

# universitas

AVRIL 2016-03 | LE MAGAZINE DE L'UNIVERSITÉ DE FRIBOURG, SUISSE | DAS MAGAZIN DER UNIVERSITÄT FREIBURG, SCHWEIZ

## Europa

Comment vas-tu?



## Edito

Die Flagge der Europäischen Union zeigt zwölf Sterne auf blauem Grund. Wir zeigen zwölf Bilder von Ereignissen, die Europa im Laufe der letzten rund 70 Jahre geprägt haben. Beim Betrachten der Auswahl wird schnell klar: Europa hat gelitten. Und Europa hat sich verändert. Die EU ist entstanden und gewachsen, Länder wurden geteilt, neue Staaten gegründet und die Mauer als Teil des Eisernen Vorhangs ist gefallen.

Die Zeiten des Umbruchs sind nicht vorbei; erreicht Geglauhtes steht auf dem Prüfstand. Die Artikel im Dossier des vorliegenden Magazins setzen sich, unter anderem, mit der Frage auseinander, wie und ob Europa die aktuelle Krise meistern kann – und wie es überhaupt dazu gekommen ist. So wirft Gilbert Casasus im Interview mit universitas die Frage auf: «Was bringt ein gemeinsames Europa?» Der Professor für Europastudien spielt dabei auf den zunehmenden Individualismus der EU-Mitgliedstaaten an. Auf den Mangel an Solidarität, den Verlust des Friedensgedankens, der bei der Entstehung des Projekts Europa eine zentrale Rolle spielte. Die Rechtsprofessorin und Migrationsexpertin Sarah Progin-Theuerkauf untersucht in ihrem Beitrag das in den Medien prognostizierte Ende von «Schengen und Dublin». Sind die beiden Systeme in ihrer aktuellen Form in der Lage, die Flüchtlingskrise aufzufangen?

In seinem «Libro del Cortegiano» beschreibt Baldassare Castiglione zu Beginn des 16. Jahrhunderts die ideale höfische Gesellschaft. Seine Vorstellung des gesellschaftlichen Ideals hat Europa geprägt, und seinem Appell zum respektvollen Umgang miteinander, zur Anerkennung und nicht zur Unterdrückung von Unterschieden, sollte, so der Professor für italienische Literatur Uberto Motta, gerade heute wieder mehr Gehör geschenkt werden. Solidarität – und *Sprezzatura*.

Herzlich,

Claudia Brühlhart  
Chefredaktorin

## Inhalt



### Ende des Zweiten Weltkriegs

8. Mai 1945, Tag der Befreiung. Die Menge feiert das Ende des Zweiten Weltkriegs in den Strassen von Paris. In verschiedenen europäischen Ländern wird der 8. Mai als Gedenktag gefeiert, an dem der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht und dem Kriegsende gedacht wird.

## 8 dossier > Europa

- 4 fokus  
Wissenschaftsplattform: Science matters – what else?
- 54 recherche  
Carrière professionnelle: Travailler sans diplôme, et après?
- 56 recherche  
Sociologie: La spirale de la délinquance juvénile
- 58 portrait  
Thomas Truttmann, Marketing & Communications Director, McDonald's Schweiz
- 60 lectures
- 62 news

Fotos: [www.keystone.ch](http://www.keystone.ch)

# Science matters – what else?

Täglich schiessen im Zeichen des digitalen Wandels neue Geschäftsmodelle aus dem Boden. Nur das wissenschaftliche Publizieren hat sich seit der Aufklärung nicht verändert. Bringt die Online-Plattform «Matters» die Revolution? Roland Fischer

Man schicke einer geschätzten Zeitschrift einen Brief, in welchem man seine Forschungsarbeit schön von A (Anfangsidee) bis Z (Zerpflücken der Argumente der Kollegen mit anderen Ansichten) schildere, warte anschliessend auf die mehr oder weniger freundliche Genehmigung und mache sich dann daran, die nächste interessante Story zu entwickeln. Alles ziemlich langsam und ziemlich intransparent. Und voller falscher Anreize, findet Lawrence Rajendran. Also hat der Molekularbiologe der Universität Zürich in den letzten Jahren über eine zeitgemässere und vor allem bessere Art des Publizierens nachgedacht – und dies hat Früchte getragen. Matters. Stories can wait, science can't. So heisst es im Logo der Webseite, die ein kleines Team um Rajendran Ende Februar aufgeschaltet hat. Ja, er will mit Matters ein wenig die Welt verbessern. Aber er will auf keinen Fall ein neuer Reed Elsevier oder ein Springer werden.

## Lego für Forschende

Rajendran nennt Storytelling «das Paradigma des wissenschaftlichen Publizierens». Und er glaubt, dass man mit diesem Paradigma schleunigst aufräumen sollte – ja, schon längst hätte aufräumen sollen. Einerseits, weil die Möglichkeiten des Digitalzeitalters ganz andere Arten des Teilens und Bewertens von Informationen möglich machen und andererseits, weil er viele der Probleme, die das Wissenschaftssystem derzeit plagen, mit dem Geschichtenerzählen in Zusammenhang bringt. Er möchte die Forschergemeinde dazu bringen, einzelne Beobachtungen zu kommunizieren, ein wenig wie Erkenntnis-Legosteine. Und sich zunächst einmal nicht um den grösseren Zusammenhang der Beobachtungen zu

scheren – ein interessanter Befund aus dem Labor soll so ohne Umwege rasch veröffentlicht werden können. Solche «single observations» seien viel rascher und unkomplizierter auf ihre Publikationswürdigkeit hin zu beurteilen – das schlanke Peer-Review-System von Matters werde dies bestenfalls innert Stunden erledigen, verspricht Rajendran. Dies weil die Reviewer sich um ein wichtiges Beurteilungskriterium nicht zu kümmern brauchen: um die Relevanz (siehe auch Interview auf Seite 6). Diese zu beurteilen obliegt der Community, die auf Matters aktiv ist – die Plattform wird nach den drei Schlagworten Open Access, Open Data und Open Science funktionieren. Erfährt eine Beobachtung viel Aufmerksamkeit, wird sie geteilt, kommentiert, erweitert oder mit anderen Beobachtungen verlinkt, und dann wird sie automatisch sichtbar. Die Crowd wird also beurteilen, was interessant ist, welche Legosteine besonders wertvolle Eigenschaften haben. Ganz ohne Peer Review wird es aber auch auf Matters nicht gehen: Rajendran hat ein grosses Editorial Board versammelt, das beurteilen soll, ob das kommunizierte Resultat methodisch in Ordnung ist. Wenn die Experten der Ansicht sind, dass da seriös gearbeitet worden ist, geben sie grünes Licht und die Beobachtung wird aufgeschaltet.

## Dreifacher Blindtest

Dabei haben die Reviewer keine Ahnung, von wem die Beobachtung kommt. Rajendran nennt dies «Triple-blind Peer review»: weder Reviewer noch Autor noch Editor kennen ihre jeweilige Identität. Rajendran selber stammt aus einfachen Verhältnissen, aus Indien. Daher auch seine Mission: Nicht der klingende Name einer Hochschule oder

eines Journals soll einem Forschungsergebnis zu Aufmerksamkeit verhelfen, sondern einzig als wie wertvoll es sich für die Forschergemeinde erweist. Bestenfalls könnten so in Zukunft sogar Amateurforschende (Liebhaber der Wissenschaft) ohne formale Hochschulanstellung oder gar -ausbildung zum grossen Gebäude der Wissenschaft beitragen. Fast scheint Rajendran ein wenig enttäuscht, wenn er vom «Best-of-Schau-fenster» auf Matters Select erzählt, in dem die besten Beobachtungen präsentiert werden: Erst eine Publikation hat es in diesen exklusiven Club geschafft; sie kommt – notabene – aus Harvard.

### Gefährliche Geschichten

Die Steine zu einem grösseren Ganzen zusammensetzen, das kommt in der Matters-Philosophie erst an zweiter Stelle. Der «Newswert» einer Forschungsarbeit sei das Fundament des jetzigen Publikationssystems – und das ist vor allem aus zwei Gründen problematisch, findet Rajendran: Erstens würden so keine Anreize für Forscher bestehen, bereits publizierte Resultate zu überprüfen, also Replikationsstudien zu machen. Dieser Umstand lässt (zumindest in manchen Forschungsfeldern) das gesamte Wissenschaftsgebäude wackelig werden, weil die Resultate auf statistisch schwachen Beinen stehen – unter den Epidemiologen beispielsweise geht das Bonmot, dass auch bei Studien prinzipiell «einmal ist keinmal» gelte. Und zweitens schaffe dieser Fokus auf der schönen und möglichst überraschenden Geschichte ungute Anreize, seine Schlussfolgerungen nach Bedarf ein wenig zurechtzubiegen und die Daten entsprechend besser aussehen zu lassen als sie womöglich sind. Das muss nicht mal bis zum offensichtlichen Betrug gehen, es gibt viel subtilere Mittel, die Daten zu «foltern, bis sie gestehen», wie Statistiker scherzhaft – aber wohl sehr treffend – sagen.

Stichwort Anreize: die lassen sich ja nicht ganz aus der Welt schaffen, sondern höchstens zum Besseren verändern. Sieht der Pionier auch problematische Anreize bei seinem Publikationsmodell? Er zögert mit der Antwort und meint, das sei eine gute Frage. «Womöglich wird es dazu führen, nur noch



Matters-Gründer und Forscher Lawrence Rajendran will Publikationshürden abbauen – für alle.

Keime von Ideen in grosser Zahl zu generieren und sich dann nicht um ihr weiteres Spriessen zu kümmern.» Aber das sei schwer vorauszusehen – und hänge dann ja vor allem davon ab, wie die Forschungsarbeit honoriert werde. Es wird tatsächlich interessant sein zu verfolgen, wie die Institutionen und Forschungsbehörden auf diese neue Art des Publizierens reagieren – schliesslich hat man auch da erkannt, dass die Fixation auf Publikationen in Topjournals in die forschungspolitische Sackgasse führt. Rajendran erwartet, dass sich, wenn seine Idee richtig einschlägt, andere Journals auf das Storytelling spezialisieren: dass es also spezifische Review Journals geben wird, deren Aufgabe es ist, aus den Einzelbeobachtungen grössere Zusammenhänge zu schaffen – und sich dabei womöglich auf Beobachtungen aus ganz unterschiedlichen institutionellen Kontexten stützen, die von der Crowd schon mal provisorisch verwoben worden sind. Auch eine interessante Frage: Wird es im Beruf des Forschers dann eine Auffächerung geben? Wird es die obsessiven Beobachter auf der einen und die assoziierenden Geschichtenerzähler auf der anderen Seite geben? ▶

## Everybody's Baby

Egal wie sich die Dinge entwickeln – bis dahin müssen sie ja auch finanziert werden können. Das Matters-Modell sieht einen Beitrag der Forschenden für das Aufschalten ihres Beitrags vor – der allerdings im Vergleich beispielsweise mit «Nature Communications» (wo über 5000 Dollar für eine Publikation fällig sind) durchaus bescheiden ausfällt: 150 Dollar pro publizierte Beobachtung. Davon geht die Hälfte an die Reviewer, die andere Hälfte behält Matters. «Im Moment basiert unser Businessmodell auf 75 Dollar» sagt Rajendran mit einem Lachen und vergleicht die Idee mit dem «Swatch-Modell». Man sei auf der Suche nach weiteren Investoren, dabei denkt er aber eher an Geldgeber wie die Velux-Stiftung, die auf grosszügige Weise

die Anschubfinanzierung sichergestellt hat, und nicht an Risikokapitalgeber, die in Matters womöglich so etwas wie das Soziale Netzwerk der Zukunft im Wissenschaftsbereich sehen und es dabei vor allem auf die aggregierten Daten abgesehen haben könnten. Die fixe Idee, die Rajendran die letzten Jahre umgetrieben hat, will er jetzt, da sie Realität zu werden verspricht, nicht so einfach wieder aus der Hand geben. Statt der Goldgräberstimmung im Silicon Valley sucht er lieber den Kontakt zu Gleichgesinnten wie etwa der Open Knowledge Foundation. Und wiederholt seine Mission: Matters soll allen zugute kommen, und zwar nicht mehr nur allen ohnehin Privilegierten, sondern wirklich allen, die sich für Forschungsbegeistern. ■

## «Um die Relevanz geht es nicht»

**Prof. Urs Albrecht ist Mitglied des grossen Editorial Boards von Matters. Im Gespräch mit universitas spricht er über Stärken und Schwächen der neuen Plattform.**

### Urs Albrecht, worin besteht Ihre Aufgabe?

Wir überprüfen, ob die eingereichten Arbeiten methodisch solide sind. Das erledigen wir entweder selbst oder suchen passende Reviewer, wenn wir nicht über die nötige Expertise verfügen.

### Weisen Sie Arbeiten auch zurück, weil Sie sie als zu wenig bedeutsam erachten?

Nein, das ist ja das besondere am Review-Prozess bei Matters; um die Relevanz geht es nicht. Wenn jemand denkt, eine interessante Beobachtung gemacht zu haben, kann er sie bei uns präsentieren, ohne grossen Kontext. Das reduziert den Stress der «Geschichtenkonstruktion», wie ich das mal nennen möchte.

### Was ist denn so verkehrt an einer guten Geschichte?

Im Prinzip nichts. Aber wenn der Fokus zu stark auf ihr liegt, kann sie zur Fehlinterpretation von Resultaten führen, dazu, dass man die gefundene Beobachtung in eine Theorie hineinpasst. Man muss als Forscher immer auf der Hut sein, damit man seine Resultate nicht überinterpretiert.

### Wissenschaft besteht also nicht aus Fakten, sondern aus Interpretationen?

Etwas weniger strikt formuliert: Ja. Jedes

Resultat muss man interpretieren. Und diese Interpretation ist bis zu einem gewissen Grad subjektiv; jemand anderes kann eine andere Geschichte ableiten – aus denselben Daten. Dasselbe gilt für die Frage der Relevanz – nicht jedes Resultat muss für jeden gleich relevant sein. Das zuzulassen könnte gerade die Stärke von Matters sein.

### Sehen Sie auch Schwächen?

Ja, es gibt bestimmte Wege, den Bewertungsprozess durch die Community zu manipulieren. Zudem könnte es sein, dass ein Modell wie Matters Anreize schafft, alles mögliche zu publizieren, dass wir es also mit einer Flut von uninteressanten Beobachtungen zu tun bekommen.

### Wie sind Sie zu Matters gekommen? Gibt es einen Dissidentenclub, der nach Wegen sucht, um das Problem des Storytellings zu lösen?

Ganz ehrlich: Dass sich daran etwas ändert – da ist niemand dagegen. In der Forschergemeinde ist man sich eigentlich einig, dass es um den Content und nicht um die Stories geht. Aber indirekt sind wir wohl auch ein wenig selber schuld an dem Missstand: im hektischen Forschungsbetrieb schauen wir uns bei Bewerbungen die geleistete Arbeit nicht mehr so genau an, sondern blättern gleich zur Publikationsliste. RF



Urs Albrecht ist Professor am Departement für Biologie der Universität Freiburg. Der Biochemiker untersucht mit seinem Team die Mechanismen der inneren Uhr und deren Auswirkung auf das Denken und Verhalten von Menschen und Mäusen.  
urs.albrecht@unifr.ch

A close-up portrait of an elderly man with white hair and glasses, smiling slightly. He is wearing a dark jacket and a patterned scarf. The background is a plain, light color.

**Économie, Droits de l'Homme,  
Culture et littérature**  
**Wirtschaft, Menschenrechte,  
Kultur und Literatur**

**41<sup>e</sup> Journée de l'Europe**  
de l'Université de Fribourg  
**Europatag**  
der Universität Freiburg

Mercredi 27 avril  
Mittwoch, 27. April **2016**

**Don Quijote reitet über alle Grenzen**  
Europa als Raum der Inspiration

Vortrag von **Peter von Matt**  
Schriftsteller und emeritierter Professor für Neuere  
Deutsche Literatur an der Universität Zürich  
17h15, Auditorium «Joseph Deiss»,  
Bd de Pérolles 90, PER 22

# Europa

- 10 **«Die EU ist so nicht praktikabel»**  
Daniel Ryser
- 14 **Existe-t-il un style de management européen?**  
Eric Davoine
- 16 **Europa an seinen Grenzen**  
Sarah Progin-Theuerkauf
- 20 **Europakompatibler Islam**  
Hansjörg Schmid
- 23 **Suisse – UE: vers des défis considérables**  
Philippe G. Nell
- 26 **Grundlegendes zum «Volkswillen»**  
Astrid Epiney
- 28 **Des chercheurs dans le flou**  
Christian Doninelli
- 31 **Warum in die Ferne schweifen?**  
Dirk Morschett
- 34 **Tauwetter in Europa**  
Christian Hauck
- 36 **Les Etats-Unis d'Europe**  
Gilbert Casasus
- 39 **Ökumene für ein alternatives Europa**  
Barbara Hallensleben
- 42 **L'Europe: une question linguistique et sociale**  
Zorana Sokolovska
- 44 **Keine EU im Mittelalter**  
Hans-Joachim Schmidt
- 46 **Un livre pour l'Europe**  
Uberto Motta
- 49 **Europa: Exklusion und Inklusion**  
Mariano Delgado
- 51 **Une Europe spirituelle à deux poumons**  
François-Xavier Amherdt



**Les traités de Rome**

Les traités de Rome furent signés le 25 mars 1957 dans la salle des Horaces et des Curiaces du Capitole. Ces traités ont donné naissance au Marché commun.

# «Die EU ist so nicht praktikabel»

Die Erweiterung der EU offenbart nicht nur ein Demokratiedefizit, sie hat auch zum Verlust zentraler Werte wie der Solidarität geführt, sagt Gilbert Casaus, Professor für Europastudien. Er fordert radikale Reformen. Daniel Ryser

**Gilbert Casaus, die aktuelle Krise lässt uns gerade in rasantem Tempo gewahr werden, dass die EU halt doch vor allem eines ist: Ein Projekt nationaler Egoismen.**

Es stimmt: Die mittel- und osteuropäischen Länder sind zurzeit eine grosse Enttäuschung. Sogar Österreich gehört mittlerweile dazu. Die polnische oder die ungarische Regierung sind mit ihrem Verhalten kein Vorbild für Europa, im Gegenteil: Viktor Orbán hat sich zum Totengräber der europäischen Idee profiliert. Man will Subventionen von der EU, kümmert sich weder um einen intellektuellen Austausch, noch um den zentralen Solidaritätsgedanken. Italiens Premier Matteo Renzi hat recht, wenn er sagt: Europazugehörigkeit bedeutet nicht bloss Kohäsionsgelder und Subventionen zu kassieren.

**War die europäische Idee also bloss ein Schönwetterprojekt?**

Natürlich stellt sich die Frage, was los ist, wenn sich in der Flüchtlingskrise das konservativ regierte Deutschland vorbildlicher verhält als das links regierte Frankreich. Trotzdem: Die europäische Idee ist nicht tot, man muss sie bloss wieder intensiver kultivieren.

**Wie meinen Sie das?**

Als das Projekt Europa 1950 entstand, hatte der Gedanke des Friedens Priorität. Dieser Gedanke und die damit verbundene Wertedebatte haben auch die Wirtschaft eingeschlossen, weil sie verbunden waren mit der Frage, wie stark Deutschland werden darf. Europa befand sich in einem Aufbauprozess, der auch ein Prozess gegenseitiger Verständigung war. Als Frieden irgendwann als gegeben empfunden

wurde, fehlten mobilisierende Themen. Die Migration ist eine verpasste Chance, grundsätzliche Fragen neu zu stellen: Was bringt ein gemeinsames Europa? Gerade auch gegenüber Ländern, in denen Krieg herrscht? Stattdessen dominiert politischer und wirtschaftlicher Individualismus. Man hat die EU relativ gedankenlos erweitert, statt sie zuerst einmal zu vertiefen. Ein absehbarer Fehler, der sich jetzt rächt.

**Sie sagen also, dass die EU zu schnell erweitert wurde?**

In der Tat. Geopolitische, wirtschaftliche und mainstreampolitische Interessen sind dafür verantwortlich. Man erweiterte, statt zum Beispiel zuerst einmal über demokratische Defizite zu diskutieren. Defizite, die zum Beispiel der Lisbon-Vertrag zum Vorschein gebracht hatte: Warum wohl haben ihn die meisten Länder bloss durch die Parlamente absegnen lassen?

**Was schlagen Sie vor?**

Europa ist in der heutigen institutionellen Verfassung nicht in der Lage, sich richtig zu steuern. Deshalb wäre eine Fokussierung auf ein Kerneuropa der richtige Weg.

**Wie bitte soll ein solches Kerneuropa aussehen?**

Die Idee ist nicht neu. Schon 1994 waren Vorschläge in diese Richtung präsentiert worden. Das sogenannte Schäuble-Lamers-Papier wollte statt auf schnelle Expansion auf ein Kern-Europa setzen, um die Integration voranzutreiben. Den Kern bilden die sechs Gründerstaaten Deutschland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, die

Niederlande, Italien. Man könnte zudem über Anrainerstaaten wie Spanien und Portugal nachdenken. Die Schwachstelle liegt darin, dass kein skandinavisches Land vertreten ist. Darüber müsste man nachdenken.

### **Aber die mittel- und osteuropäischen Länder wären raus?**

Nicht raus aus der EU, aber sie wären kein Teil von Kerneuropa. Nicht, dass ich grundsätzlich dagegen wäre, aber im Moment ist das unvorstellbar. Und daran sind sie selbst schuld. Sie könnten also nicht gleich stark profitieren wie die Kernländer und hätten auch weniger Kompetenzen. Ich habe kein Problem damit zu sagen, dass Europa unterschiedliche Geschwindigkeiten hat. Ich stelle mir eine funktionierende EU als ein Haus mit Lift vor: Man kann vom ersten in den zweiten Stock fahren und vom zweiten in den dritten. Aber dazu muss man etwas leisten und gewisse Kriterien erfüllen. Der wichtigste Punkt ist der Euro. Die gemeinsame Währung verbindet wirtschaftlich. Ich könnte mir deshalb auch eine Art Euroland vorstellen mit den neunzehn Eurostaaten, welche die Wirtschaftspolitik steuern, während das Kerneuropa Ideen entwickelt für die EU, so, wie damals Schengen entstanden ist. An der grundsätzlichen Aussage ändert sich nichts: Wer von der EU profitieren will, muss auch den Solidaritätsgedanken teilen.

### **Ich kann Ihnen sagen, wie die Antwort lautet.**

Bitte.

### **«Brüssel will diktieren, was wir zu tun haben.»**

Und was ist daran schlecht?

### **Fragen Sie mal den CVP-Präsidenten Christoph Darbellay. Die neuen EU-Waffengesetze seien mit der «schweizerischen DNA» nicht vereinbar, hat er kürzlich ausgerufen. Und Darbellay ist nicht gerade der klassische EU-Gegner.**

Natürlich stellt die EU im Kern ein Angriff auf die nationale Souveränität dar. Nur was ist daran eigentlich schlecht?

Angesichts der heutigen politischen Lage getraut sich einfach fast niemand, das zu sagen. Ist es denn nicht positiv, wenn einer in Deutschland den Bachelor macht und damit in Italien ein Masterstudium beginnen kann? Zu viel Subsidiarität wird Europa viel härter treffen als Angriffe auf die nationale Souveränität einzelner Länder. Der polnische Aussenminister will wirtschaftlichen Profit aus der EU schlagen, gleichzeitig sagt er, die EU dürfe sich aufgrund der Subsidiarität nicht in die innenpolitischen Belange seines Landes einmischen, soll also die Verletzung von Menschenrechten und Pressefreiheit akzeptieren. Diesen Widerspruch darf die EU nicht dulden.

### **Bald kommt der nächste Hammer: Das britische Stimmvolk wird im Juni den Brexit beschliessen.**

Ich kann mir nicht vorstellen, dass es dazu kommt. Aber gut, gehen wir einmal davon aus: Ein Brexit wäre eine Katastrophe für die EU, ein fatales Signal, abgesehen davon, dass England ein wichtiger Partner ist. Länder wie Dänemark könnten mit einem Exit flirten, während andere Länder noch fester an die Beitrittstür klopfen würden. Positiv an einem Brexit wäre einzig, dass er die Idee einer von einem harten Kern geführten EU befeuern würde, einem Kern, der die EU neu definiert in Bezug auf Aussen- und Wirtschaftspolitik.

### **Gibt es eigentlich ein Europa ohne EU?**

Eine Rückkehr zu einer Nationalisierung Europas wäre fatal. Damit hat man in Europa immer die schlimmsten Erfahrungen gemacht. Aber in der Tat gibt es Leute, die gerne mit dem Feuer spielen.

### **Wenn man die Zeitungen liest, könnte man meinen, dass man zum Beispiel in den neuen Bundesländern nicht allzu traurig wäre über einen Abschied von Europa. Offenbar gibt es eine steigende Anzahl von Menschen, die Angst haben, ihre Identität zu verlieren.**

Ich kann nachvollziehen, dass der aktuelle Flüchtlingsschub Ängste auslöst. Gleichzeitig ist es aber auch ein Märchen so zu tun, als sei nur Europa betroffen. Am ▶



Gilbert Casasus wurde 1956 in Lyon, Frankreich geboren. Der franko-schweizerische Staatsbürger hat in Deutschland und Frankreich Politikwissenschaften studiert und sowohl in der Schweiz, in der Bunderepublik als auch in Frankreich unterrichtet. Er gilt als Spezialist deutsch-französischer Beziehungen und ist als Kenner der Europapolitik bekannt. Seit 2008 ist Gilbert Casasus als Professor für Europastudien an der Universität Freiburg tätig. gilbert.casasus@unifr.ch

stärksten betroffen von der aktuellen Krise sind Länder wie Libanon oder Jordanien. Es ist ein Phänomen der Krise ist, dass nicht mehr differenziert wird. Das ist aber dringend nötig. Die Menschen tun so, als hätte es Migration nie gegeben. Und vor allem tun sie so, als wäre Migration etwas Negatives.

### **Im sächsischen Clausnitz würden das viele Menschen unterschreiben.**

Die Fakten sprechen eine andere Sprache als die Emotionen: In Sachsen leben drei Prozent Ausländer. Das Bundesland hat doch das gegenteilige Problem: Es ist ein Auswanderungsland mit fünfzehn Prozent weniger Einwohnern als 1990. In den neuen Bundesländern ist die Bevölkerung seit dem Mauerfall um fast vier Millionen geschrumpft, von 16 auf 12,5 Millionen. Man kämpft mit existentiellen Problemen wie einer massiven Überalterung der Gesellschaft, und klar, jetzt kommen Flüchtlinge, und die krachen in ein Vakuum, in eine Gesellschaft, in der grundlegende Dinge nicht mehr funktionieren. Und das befeuert Probleme. Gegenbeispiel: Das Einwanderungsland Bayern stellt die achtstärkste Wirtschaftsmacht Europas dar. Oder nehmen Sie die Schweiz, sie ist das allerbeste Beispiel: Sie ist reich geworden, als die Italiener kamen. Ein Land ist dann erfolgreich, wenn es ein Einwanderungsland ist. Ansonsten überaltern wir und sterben aus.

### **Vor Ort klingt das in einem erheblichen Teil der Gesellschaft anders: Der Feind heisst Flüchtling, Merkel, EU. Fürchten Sie sich eigentlich vor dem langsamen, aber stetigen Aufstieg des Rechtspopulismus in zahlreichen europäischen Ländern?**

Ich würde das nicht als Populismus bezeichnen. Von diesem Begriff halte ich nichts. Ich bin nicht der Meinung, dass Volk per se etwas Schlechtes ist. Ich erinnere an den Front populaire in Frankreich, der sich als Gegner der Nationalsozialisten verstand. Wenn wir von Rechtspopulismus reden, meinen wir eigentlich rechte Parteien, die eine Scharnierfunktion übernommen haben zwischen dem Konservatismus und dem Rechtsradi-

kalismus. Und ja, ich halte dies für extrem gefährlich, wenn etablierte Parteien rechtsradikalen Jargon übernehmen, wie etwa die FPÖ in Österreich, die im übrigen, das darf man nie vergessen, von Nazis gegründet wurde. Diese Parteien sind nicht hundertprozentig rechtsradikal, aber eben auch nicht hundertprozentig demokratisch. Aber all diese Parteien haben einen gemeinsamen Nenner, einen gemeinsamen Feind. Und dieser Feind heisst Europa.

### **Der Feind Europa als Identitätsmerkmal – auch in der Schweiz kriegen wir die Folgen solcher Politik zu spüren: Sie dozierten Europastudien, aber wir haben noch nicht einmal mehr Erasmus.**

Ich muss etwas zurückhaltend sein an dieser Stelle, denn ich ärgere mich hier nicht nur über die Kurzsichtigkeit des Schweizer Stimmvolks. Die Reaktion der EU hat mich genauso empört: Dass sie ausgerechnet die Studenten, die so auf die EU angewiesen sind, den Preis bezahlen lässt. Aber Europas Reaktion war legitim. Die Schweiz trägt für den Ausschluss der schweizerischen Studierenden aus den EU-Programmen die Hauptschuld. Gleichzeitig fehlt es in der Schweiz an der Bereitschaft, einen Dialog zu führen. Fährt eine Bundesdelegation nach Brüssel, präsentiert sie ein Paket, in dem Vokabular, Agenda und Inhalt schon vorgegeben sind. Wie soll so ein Austausch funktionieren? Man will, wie andere Länder auch, den Fünfer und das Weggli. So funktioniert Europa nicht. Schlimm ist, dass viele Leute hierzulande gar nicht sehen, was sie zum Beispiel der eigenen Jugend antun. Gerade kürzlich habe ich versucht, einen Zuschuss für ein geplantes Studententreffen in Freiburg bei einer europäischen Institution zu beantragen.

### **Wie lautete die Antwort?**

Sie sind aus der Schweiz? Ernsthaft? Von uns kriegen Sie nichts. ■



1968

### **Das Ende des Prager Frühlings**

Junge Demonstrantinnen und Demonstranten tragen am 21. August 1968 eine mit Blut getränkte CSSR-Fahne durch Prag. Einen Tag zuvor hatten Truppen des Warschauer Paktes die Tschechoslowakei besetzt. Damit fand der im April 1968 eingeleitete «Prager Frühling», das Experiment einer Demokratisierung von Partei, Staat und Wirtschaft, ein gewaltsames Ende.

# Existe-t-il un style de management européen ?

L'Europe a-t-elle su développer une approche manageriale au-delà de ses frontières politiques? Existe-t-il une manière européenne de diriger une entreprise? Petit tour d'horizon, des années 1990 à aujourd'hui. Eric Davoine

## Der europäische Manager

Was definiert den «europäischen» Manager? Gibt es überhaupt eine «europäische» Art, ein Unternehmen zu führen? Fragen wie diese wurden zu Beginn der 1990er-Jahre gerne erörtert, als es darum ging, zusammen ein Projekt zu entwerfen, eine gemeinsame Identität zu definieren – weit über den Anspruch hinaus, einen gemeinsamen Markt zu schaffen. Die Frage war grundlegend: Schliesslich umfasst ein Management-Stil auch die Art und Weise, wie Macht ausgeübt wird in einer Organisation, einem Unternehmen, in der Verwaltung. Die Palette an verschiedenen Managementformen war gross und es zeigte sich, dass zwischen Süd- und Nordeuropa eine Art Grenze verlief. So gab es Studien die beispielsweise aufzeigten, dass die nordischen Länder und Grossbritannien partizipativen Führungsstrukturen offen gegenüberstehen und eine weniger ausgeprägte Beziehung zu Macht und Hierarchie aufweisen als die Länder des Südens. Eine klare Antwort auf die Eingangsfrage gibt es auch 20 Jahre später nicht – weder die Globalisierung, noch die Öffnung Europas gegen Osten haben diesbezüglich zu mehr Klarheit beigetragen.

La question du style de management européen était récurrente au début des années 1990, l'époque de l'Union Européenne à 9 puis à 12, celle où il s'agissait de façonner un projet ensemble et de se définir une identité commune, au-delà de la seule ambition de construire un marché unique. Cette question était essentielle, puisqu'un style de management, c'est la manière dont le pouvoir est exercé dans les organisations, entreprises, administrations ou même associations; pouvoir en principe incarné par des managers à différents échelons hiérarchiques.

Or, dans les années 1990, chercher à définir ce qu'était l'euromanager, c'était découvrir une grande diversité de pratiques nationales de management. Globalement, dans les recherches en management, on distinguait une frontière poreuse entre l'Europe du Sud et l'Europe du Nord, comme on distinguait, dans les études de consommation, une frontière entre l'Europe du vin et de l'huile d'olive et celle de la bière et du beurre; les Iles Britanniques étant souvent considérées comme un monde à part, en cuisine comme en management.

## Tu, vous, you

Par exemple, plusieurs recherches montraient que les pays du Nord et la Grande-Bretagne avaient une relation au pouvoir et à la hiérarchie moins marquée, plus favorable à certaines pratiques participatives que les pays du Sud. D'autres recherches montraient que, dans les pays méditerranéens ou la Grande-Bretagne, le management était plus personnalisé, plus lié au charisme, au dynamisme ou aux compétences personnelles du chef. La structure organisationnelle, les règles

et les processus pouvaient être plus formalisés en Grande-Bretagne et en France qu'en Allemagne, mais semblaient respectés plus fidèlement dans les pratiques manageriales allemandes que dans les pratiques manageriales françaises ou britanniques.

La communication des managers était, par contre, plus formalisée dans les organisations allemandes. Le vouvoiement professionnel était de rigueur, alors que le tutoiement était plus courant dans les pays latins et scandinaves, avec cependant des codes hiérarchiques parfois complexes dans les pays latins. Les Britanniques, quant à eux, se posaient moins de problèmes en disant *You* à tous. On doit rappeler ici que la diversité des langues européennes a aussi une influence sur la diversité des styles de management. En effet, c'est dans cette diversité linguistique que s'inscrivent la communication quotidienne et les catégories avec lesquelles le manager décrit son organisation et son environnement. Ainsi, un *Vorstandsvorsitzender* ou *-sprecher* n'est pas un *Président Directeur Général*. Le premier est un *primus inter pares*, qui parle au nom des autres membres du comité, tandis que le second est plutôt un chef suprême, pointe d'une pyramide souvent effilée. *Manager*, le terme anglo-saxon d'origine latine, est une notion floue et protéiforme, qui se révèle par ailleurs extraordinairement pratique pour définir la catégorie supra-nationale de ceux qui ont à exercer du pouvoir ou une responsabilité dans une organisation.

## Cadres nationaux

Les styles de management nationaux sont aussi influencés par différents éléments institutionnels nationaux, comme le cadre légal de représentation des intérêts des

employés ou les particularités du système éducatif local, qui forge les qualifications. Ainsi, les banquiers américains travaillant pour le Crédit Suisse à Zurich s'étonnaient du nombre de leurs collègues managers issus d'une formation professionnelle bancaire et pas d'une *college education* comme eux. Les banquiers suisses s'interrogeaient devant le nombre d'anciens hauts fonctionnaires parmi les cadres dirigeants des banques françaises. Tandis que les banquiers d'affaires allemands, qui ont souvent une qualification bancaire complète et hyperspécialisée de la *Banklehre* au *Doctor rerum politicum* se montraient troublés que leurs homologues britanniques aient suivi des études universitaires d'histoire médiévale ou de langues classiques, avant d'exercer le même métier qu'eux.

### Globalisation anglo-saxonne

Deux décennies plus tard, le manager européen est d'autant plus difficile à caractériser que les économies nationales se sont globalisées et que l'Europe, celle de l'UE, s'est ouverte et agrandie à l'Est, à des pays aux cultures nationales et régionales tout aussi diverses, mais que leur situation historique de rupture rendait encore plus ouverts aux standards occidentaux, c'est-à-dire principalement anglo-saxons, du management. Ainsi, on observe, dans les mécanismes de globalisation contemporains, des processus de standardisation non seulement des formes organisationnelles, des outils et des instruments de management, mais aussi des contenus de formation. Élément important de cette standardisation: toujours plus de managers européens ont acquis une formation initiale ou complémentaire en management. Enfin, on constate un accroissement de l'influence anglo-saxonne, plus américaine que britannique, sur ces formations supérieures en management, au travers de concepts et de «bonnes pratiques» d'entreprises, diffusés en modèle dans le monde entier, via des revues scientifiques et professionnelles et le poids de sociétés de conseil et d'entreprises multinationales, qui occupent des positions symboliques dominantes sur le marché européen. A titre d'exemple, les diplômés de MBA concurrencent aujourd'hui

les anciens diplômés d'institutions d'élite nationales, qui suffisaient auparavant à donner une autorité légitime aux managers. De nombreuses institutions nationales européennes ont d'ailleurs elles-mêmes lancé des programmes de MBA ou des programmes master en langue anglaise. Ces phénomènes de standardisation des organisations et des formations entraînent un nombre toujours plus grand d'éléments communs dans les styles de management en Europe: l'euromanager d'aujourd'hui parle plus anglais que celui d'hier, évolue dans des organisations moins dissemblables et utilise plus souvent des concepts et des cadres de référence qui sont des standards globaux.

### Préparer les étudiants

Pourtant, les styles de management sont encore loin d'être uniformisés. Les réalités nationales restent complexes et spécifiques. Même dans les entreprises les plus globales, les langues nationales continuent à co-exister avec l'anglais dans les interactions quotidiennes et des pratiques nationales voisinent avec les pratiques globales officielles. Ces phénomènes d'hybridation représentent un véritable défi pour les chercheurs, qui veulent les décrire et les analyser, mais aussi pour les enseignants européens en management. Il s'agit de préparer des étudiants à assumer des responsabilités dans un environnement de travail à la fois national, multinational et globalisé. La meilleure approche est, sans doute, d'offrir des cours de portée internationale et comparative avec des références nationales, de renforcer le multilinguisme, de favoriser les interactions avec des étudiants étrangers, d'Europe et d'ailleurs, ainsi que des séjours à l'étranger dans les programmes de type Erasmus. Les managers européens d'aujourd'hui sont ainsi de plus en plus nombreux à développer une sensibilité aux différences culturelles, un domaine où certains pays, comme la Suisse ou la Belgique, avaient traditionnellement quelques longueurs d'avance. C'est sans aucun doute un avantage compétitif qu'il s'agit de conserver. ■

### Pour aller plus loin

- > A. Bergmann, *Le Swiss way of management, ou les évidences cachées des entreprises suisses*, Eska, 2000
- > D. Cazal, E. Davoine, P. Louart, F. Chevalier, *GRH et mondialisation: nouveaux contextes, nouveaux enjeux*, collection AGRH, Vuibert, 2011
- > E. Davoine, S. Ginalska, A. Mach, Cl. Ravasi, «Impacts of globalization processes on the Swiss business elite community – A diachronic analysis of Swiss large corporations (1980–2010)», Special issue: *Elites on trial, Research in the Sociology of Organizations*, G. Morgan, S. Quack, P. Hirsch (eds.), Volume 43, 131–163, 2015
- > E. Davoine, Cl. Ravasi, «The relative stability of national top management career profiles in the age of globalization: a comparison of France, Germany, Great Britain and Switzerland», *European Management Journal*, 31, pp. 152–163, 2013

---

Eric Davoine est professeur au Département de gestion d'entreprise. eric.davoine@unifr.ch

# Europa an seinen Grenzen

**Grexit und Brexit waren noch nicht abgewendet, als die EU bereits mit einer weiteren Herausforderung konfrontiert wurde: Der Flüchtlingskrise. Diese stellt, neben der EU, auch Schengen und Dublin auf den Prüfstand.** Sarah Progin-Theuerkauf

## La solidarité contre la crise?

La «crise des réfugiés» signe-t-elle la «fin des accords de Schengen/Dublin»? La convention de Schengen et la convention d'application des accords de Schengen avaient pour principal objectif de supprimer le contrôle des personnes à l'intérieur de l'espace Schengen, tout en renforçant les contrôles aux frontières extérieures. Le code frontière permet cependant de réintroduire le contrôle aux frontières en cas de menaces graves pour l'ordre public ou la sécurité intérieure. Le but du système de Dublin est de combattre deux phénomènes: l'«asylum shopping» et les «réfugiés en orbite». Il s'agit simplement d'un système de répartition entre les Etats. La crise des réfugiés s'est muée en crise surtout parce qu'on a sous-estimé le potentiel des sources de conflits comme déclencheur de migration. En définitive, les Etats membres du système de Dublin luttent depuis des années pour une répartition plus «équitable» des requérants d'asile. Aussi longtemps que chaque pays suivra sa propre stratégie, la crise continuera et pourrait bien s'avérer être une véritable pierre de touche pour l'Union Européenne.

Die «Flüchtlingskrise» wird als Begriff von den Organen der EU selbst in offiziellen Dokumenten verwendet. Eine gemeinsame europäische Antwort auf die Flüchtlingskrise jedoch konnte noch nicht gefunden werden – zu verschieden sind im Moment die Ausgangslagen und politischen Standpunkte der EU-Mitgliedstaaten. Einige bevorzugen nationale Wege ohne europäische Solidarität zur Bewältigung der Krise und haben Grenzkontrollen an den Schengen-Binnengrenzen wieder eingeführt. Auch das Dublin-System, das seit Jahren in der Kritik stand, geriet immer mehr unter Druck. In den Medien war bereits von einem «Ende von Schengen und Dublin» zu lesen. Ob dies wirklich zutrifft, soll im Folgenden untersucht werden. Wichtig dabei ist, die beiden Systeme, die insbesondere in der öffentlichen Wahrnehmung in der Schweiz oft als eins empfunden werden, zu unterscheiden.

## Fass ohne Boden

Fakt ist, dass in der EU im Jahr 2015 laut Eurostat weit über eine Million erste Asylanträge gestellt wurden. Diese Zahl ist allerdings nicht sehr aussagekräftig, da in einigen Mitgliedstaaten wegen der Überlastung der Behörden viele Menschen offiziell noch gar keinen Asylantrag stellen konnten, sondern nur registriert wurden und einen Termin für die Stellung des Asylantrags erhalten haben. Im Jahr 2014 kamen die meisten Asylsuchenden in der EU aus Syrien, gefolgt von Afghanistan, Kosovo, Eritrea und Serbien. Die Erhebungen zu 2015 liegen noch nicht vor, dürften aber ähnlich ausfallen.

Eine Überraschung waren die stark gestiegenen Flüchtlingszahlen in der EU für Experten nicht – die Krisen in vielen Regionen der Welt, allen voran in Syrien, haben sich

zugespitzt und der Leidensdruck der einheimischen Bevölkerung ist derart hoch, dass sich inzwischen auch immer mehr Frauen und Kinder auf den gefährlichen Weg nach Europa machen, den in den vergangenen Jahren vor allem junge Männer wagten. Aussicht auf eine rasche Besserung der Lage in Syrien, dem Irak oder Afghanistan besteht aktuell nicht, so dass mit einem Anhalten des Zustroms an Menschen zu rechnen ist.

Die Migrationsrouten haben sich dabei aufgrund der am schlimmsten betroffenen Krisengebiete geändert: Statt von Libyen ausgehend Richtung Italien oder Malta verlief 2015 die Haupteinreisroute über die Türkei, von wo aus die Betroffenen in der Regel per Boot nach Griechenland übersetzten. Danach ging es über die Balkanroute nach Mitteleuropa weiter. Da Griechenland mit den ankommenden Flüchtlingen seit Jahren überfordert ist, was mehrere Gerichtsurteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) bestätigt haben, reisen die Betroffenen weiter. Sie verlassen damit die EU für die Durchreise von Mazedonien und Serbien. Ungarn war bis zu seiner Grenzschiessung im Oktober 2015 der erste EU- und Dublin-Staat nach Griechenland, in den die Flüchtlinge einreisten. Inzwischen verläuft die Route über Kroatien und Slowenien nach Österreich und Deutschland. Kroatien ist zwar seit 2013 EU-Mitglied, allerdings nicht Mitglied von Schengen und Dublin.

## Wieviel ist viel?

Auch in der Schweiz ist die Zahl der Asylanträge zuletzt stark angestiegen. Im Jahr 2015 wurden laut Staatssekretariat für Migration 39'523 Asylgesuche gestellt. Im ▶



1973

### **Bloody Sunday**

Im Dezember 1973 explodiert im Zentrum von London eine Autobombe. Dieses Attentat gehörte zu einer Reihe von Terroranschlägen, mit welchen sich die irisch-republikanische Armee für den Bloody Sunday in Derry rächte, bei dem im Januar 1972 durch die britische Armee über ein Dutzend unbewaffnete Katholiken getötet wurden.

Vergleich zur EU verlief der Anstieg der Asylgesuche im vergangenen Jahr in der Schweiz allerdings moderat, ihr Anteil an allen Asylgesuchen in Europa betrug nur gerade drei Prozent – der niedrigste Wert seit 1998.

Weltweit befinden sich nach Angaben des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) nach wie vor über 80 Prozent der Flüchtlinge in Entwicklungsländern. Die Hauptaufnahmestaaten für Flüchtlinge sind dabei die Nachbarstaaten von Konfliktgebieten: Die Türkei, Pakistan und der Libanon. Die Auffassung, Europa sei am stärksten von einem Zustrom an Flüchtlingen betroffen, ist also klar unzutreffend.

### Grenzenlos

Grundlage des Schengen-Raums bilden das 1985 zwischen Frankreich, Deutschland und den Benelux-Staaten geschlossene Schengener Abkommen sowie das 1990 abgeschlossene Schengener Durchführungsübereinkommen. Die Abkommen hatten insbesondere das Ziel, die Personenkontrollen an den Binnengrenzen des Schengen-Raumes abzuschaffen, bei gleichzeitiger Verstärkung der Kontrollen an den Aussengrenzen sowie weiterer Massnahmen zur Eindämmung des Sicherheitsdefizits (z.B. der Errichtung des Schengener Informationssystems, Einführung eines Schengen-Visums, Regelungen zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität). Mit dem Amsterdamer Vertrag wurde der Schengen-Besitzstand in den rechtlichen und institutionellen Rahmen der EU überführt. Grosse Teile des Schengen-Rechts wurden dabei «vergemeinschaftet», d.h. in die (damalige) Europäische Gemeinschaft überführt. Die übrigen Teile wurden in den Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen integriert, eine rein völkerrechtliche Zusammenarbeit zwischen den EU-Staaten. Die Schweiz ist seit 2008 (Bilaterale Verträge II) an den Schengen-Raum assoziiert.

### Mit Netz und doppeltem Boden

Die operativen Regeln des Schengen-Systems enthält seit 2006 der Schengener Grenzkodex. Danach dürfen Binnengrenzen des Schengen-Raumes unabhängig von der Staatsangehörigkeit der betreffenden Person an jeder Stelle ohne Personenkontrollen überschritten werden. Die Aussengrenzen des Schengen-Raums dürfen hingegen nur über zugelassene Grenzübergangsstellen überschritten werden. An den Grenzübergangsstellen erfolgt eine Kontrolle der Einreisevoraussetzungen (bei

EU-Bürgern eine Mindestkontrolle, bei Nicht-EU-Bürgern eine eingehende Kontrolle). Ausserhalb dieser Grenzübergangsstellen findet eine Grenzüberwachung statt. Art. 23 und Art. 23a des Schengener Grenzkodex (erst 2013 neu gefasst) erlauben die Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen für bestimmte Zeit, im Falle einer schwerwiegenden Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder inneren Sicherheit. Grenzkontrollen dürfen maximal für sechs Monate, bei aussergewöhnlichen Umständen für maximal zwei Jahre wieder eingeführt werden. Für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen ist ein spezielles Verfahren vorgesehen. Von diesen Ausnahmebestimmungen haben im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise Deutschland, Österreich, Ungarn, Slowenien, Schweden, Norwegen und Frankreich (nach den Attentaten von Paris) Gebrauch gemacht. Bei einer ernsthaften Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit in einem Mitgliedstaat, die sofortiges Handeln erforderlich macht, können auch für einen Zeitraum von zehn Tagen, insgesamt aber maximal zwei Monaten, sofort wieder Kontrollen an den Binnengrenzen eingeführt werden (Art. 25). Auf diesen Fall hat sich bislang nur Dänemark berufen. Schliesslich erlaubt auch Art. 26 des Schengener Grenzkodex im Falle aussergewöhnlicher Umstände, unter denen das Funktionieren des Raums ohne Kontrollen an den Binnengrenzen insgesamt gefährdet ist, die Wiedereinführung von Grenzkontrollen für sechs Monate (höchstens dreimal verlängerbar um je weitere sechs Monate). Auf diese Ausnahme hat sich bisher kein Mitgliedstaat berufen.

### Einmalige Gelegenheit

Das Dublin-System wurde 1990 von den damals zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft errichtet. Seine Rechtsgrundlage war zunächst ein völkerrechtlicher Vertrag, das Dubliner Übereinkommen. Es wurde 2003 mit wenigen Änderungen zu einer Verordnung im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft (Dublin-II-Verordnung). Seit 2008 ist die Schweiz auch an das Dublin-System assoziiert. Erst 2013 wurde das Dublin-System angepasst, nunmehr gilt die Dublin-III-Verordnung. Das Dublin-System möchte zwei Phänomene bekämpfen: Zum einen das sogenannte «asylum shopping», d.h. das Aussuchen des besten Asylstaates und das Stellen mehrerer paralleler oder sukzessiver Asylgesuche. Zum anderen aber auch das Phänomen der

«refugees in orbit», für deren Asylgesuch sich kein Staat für zuständig erachtet. Es ist immer nur ein Staat für die Prüfung des Asylgesuchs zuständig («one chance only»). Das Dublin-System ist ein reines Verteilungssystem zwischen Staaten (unabhängig von den Wünschen der betroffenen Person), das auf einem (modifizierten) Verantwortungsgrundsatz beruht: Derjenige Staat, der die Einreise des Asylgesuchstellers zu verantworten hat, ist auch für die Prüfung seines Asylgesuchs zuständig. Achtung: Der Asylantrag ist nur in den seltensten Fällen der Anknüpfungspunkt für die Zuständigkeit eines Staates für die Prüfung.

Eine materielle Harmonisierung der Asylgesetze in den Mitgliedstaaten verlangt das Dublin-System nicht (hierzu hat die EU im Laufe der Zeit Richtlinien erlassen, die aber die Schweiz nicht binden), es beruht aber auf der Prämisse, dass alle Mitgliedstaaten des Systems «sicher» und ihre nationalen Asylregelungen «gleichwertig» sind. Nach einer festgelegten Rangfolge von Kriterien wird die Zuständigkeit eines Dublin-Staates für die Prüfung eines Asylgesuchs ermittelt. So wird (in dieser Reihenfolge) der Aufenthalt von Familienangehörigen, bei Minderjährigen das Stellen eines Asylantrags, die Einreise mit Visa oder das Vorliegen eines Aufenthaltstitels, die illegale Einreise oder ein mindestens 5-monatiger illegaler Aufenthalt, eine visafreie Einreise und ein Asylantrag im Transitbereich eines Flughafens geprüft. In der Realität ist in über 80 Prozent der Fälle derjenige Staat zuständig, in dem der Asylgesuchsteller erstmalig illegal über eine Dublin-Aussengrenze in den Dublin-Raum eingereist ist. Damit sind es die Länder an den Aussengrenzen der EU, die für die Prüfung der meisten Asylgesuche zuständig sind, in erster Linie Griechenland und Italien. Das «Durchwinken» von Flüchtlingen ist kein Kriterium, aus dem eine Zuständigkeit erwächst. Das System ist somit sehr unausgewogen. Eine «Lastenverteilung» innerhalb der EU ist nicht vorgesehen.

Der Asylgesuchsteller wird nach Ermittlung des zuständigen Staates in diesen überstellt und erhält dort sein Asylverfahren. Nur bei «systemischen Schwachstellen» im eigentlich zuständigen Staat kann von der Überstellung abgesehen und ein anderer zuständiger Staat ermittelt werden. Jeder Staat kann aber unabhängig vom nach den Dublin-Kriterien für die Prüfung des Asylgesuchs zuständigen Staat sein Ermessen ausüben und das Asylgesuch selbst prüfen. Dies macht Deutschland aktuell bei syrischen Asylgesuchstellern.

### Kompliziert und teuer

Das Dublin-System wird also nicht verletzt, wenn ein nicht zuständiger Staat Asylgesuche selbst prüft, für die eigentlich ein anderer Staat zuständig wäre. In der Realität werden schliesslich viele Asylgesuchsteller nicht in den eigentlich zuständigen Dublin-Staat überstellt, weil sich die Überstellung nicht innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten realisieren lässt, wie es die Dublin-Verordnung vorschreibt. In diesem Fall geht die Zuständigkeit auf den Staat über, in dem sich der Asylgesuchsteller befindet. De facto ist der Verwaltungsaufwand (und damit die Kosten) im Dublin-System sehr hoch, der Nutzen aber eher gering. Die Schweiz allerdings gehört zu den «Netto-Gewinnern» des Dublin-Systems; sie überstellt mehr Personen, als sie erhält. Idealerweise würde das Dublin-System durch einen – wie auch immer ausgestalteten – Verteilschlüssel oder ein System von finanziellen Anreizen für die Aufnahme von Flüchtlingen ersetzt. Hierauf konnten sich die EU-Mitgliedstaaten aber bislang nicht einigen.

### Das Ende von Schengen und Dublin?

Das Empfinden, man befinde sich in einer kaum zu bewältigenden Krise, wird stark von Politik und Berichterstattung in den Medien beeinflusst. Eine «Krise» wurde die Flüchtlingskrise aber vor allem dadurch, dass weltweit Konflikte und Krisenherde als Auslöser für die Migration von Menschen, auch Richtung Europa, unterschätzt wurden, reguläre Möglichkeiten zur Migration kaum bestehen und in Bezug auf die Aufnahmestrukturen für Asylgesuchsteller in der EU schlicht zu wenig antizipiert wurde. Zudem ringen die Mitgliedstaaten des Dublin-Systems seit Jahren um eine «gerechtere» Verteilung von Asylgesuchstellern. Solange hier eine – wie auch immer geartete – europäische Lösung, die den Grundsatz der Solidarität beachtet, nicht gefunden wird und jeder Staat seine eigene Strategie verfolgt, wird es sicher auch eine Krise bleiben, die ein Prüfstein für die gesamte EU sein könnte. Schengen und Dublin sind jedoch nach wie vor in Kraft und lassen rein rechtlich betrachtet Ausnahmestimmungen zu. Wenn die Ausnahme die Regel wird, macht das System allerdings langfristig wenig Sinn. De facto müssten also bald andere Regelungen gefunden werden, die der Realität besser Rechnung tragen. Wie diese genau aussehen sollten, das hat schon so manchen kreativen Juristen ein graues Haar gekostet. ■

---

Sarah Progin-Theuerkauf ist Professorin für Europarecht und Europäisches Migrationsrecht am Departement für Internationales Recht und Handelsrecht, Co-Direktorin des Zentrums für Migrationsrecht und Projektleiterin im Rahmen des NCCR-On the move. [sarah.progin-theuerkauf@unifr.ch](mailto:sarah.progin-theuerkauf@unifr.ch)

# Europakompatibler Islam

**Muslimische Flüchtlinge, internationale Konflikte und religiös motivierter Terror: Die Omnipräsenz des Islam im Krisenherd Europas trübt den öffentlichen Blick. Dabei sind Islam wie Europa in ständiger Entwicklung begriffen.** Hansjörg Schmid

## L'Europe et l'islam

Une des particularités de l'Europe c'est sa diversité, sur laquelle ont été instaurées les règles du débat. Celles-ci permettent une gestion constructive de la pluralité et s'incarnent dans la démocratie et l'Etat de droit. Elles garantissent à chacun le droit de participer de manière équitable et indépendamment de son appartenance religieuse. Elles contribuent aussi à positionner l'Etat comme un acteur neutre qui gère les différentes représentations que les uns et les autres se font d'une bonne vie. Les musulmans en Europe sont ainsi confrontés aux processus d'interaction les plus divers, au travers desquels l'islam tend également à changer. Il existe, cet islam européen, même si la plupart des musulmans sont encore réticents à utiliser ce concept par crainte d'une manipulation extérieure de leur religion. L'Europe n'est pas un concept définitif, abouti, auquel les musulmans devraient juste s'adapter; elle est en constante re-création. Ainsi se rencontrent deux forces inachevées et étroitement liées: l'Europe et l'islam.

In der gegenwärtigen Krise Europas spielt das Thema Islam eine zentrale Rolle. Ein Grossteil der Flüchtlinge sind Muslime, was Ängste vor einer stark anwachsenden muslimischen Bevölkerung in Europa verstärkt. Hinzu kommen internationale Konflikte und terroristische Anschläge, die eine religiöse Motivation für sich beanspruchen. Auch wenn sich islamische Organisationen davon distanzieren, ist ihre Stellung in den öffentlichen Debatten nicht stark genug, um ein verbreitetes Misstrauen zu überwinden. Der Diskussionsbedarf in der Gesellschaft scheint auch durch noch so viele Talkshows und Veranstaltungen unstillbar.

## Angst macht blind

Angesichts gewalttätiger Ereignisse wird der Islam in Europa weitgehend als Sicherheitsrisiko wahrgenommen. Dies verstärkt bereits bestehende Abgrenzungen gegenüber dem Islam. So werden Muslime und der Islam oft als kulturfremd und nicht-europäisch konstruiert. Dem wird nicht selten das Konstrukt einer «christlich-jüdischen Tradition» gegenübergestellt, obgleich dieses die jahrhundertlange Judenfeindschaft in Europa ausblendet und letztlich eine Vereinnahmung des Jüdischen zum Zweck einer Ausgrenzung des Islams darstellt. Muslime stehen unter Verdacht. Wie sich dieser Verdacht wiederum auf ihre Identifikation mit Europa auswirkt, lässt sich noch nicht empirisch fassen. Während muslimische Intellektuelle, die sich wie Hamed Abdel Samad oder Saïda Keller-Messahli weitgehend vom Islam distanzieren, medial sehr präsent sind, finden vermittelnde Positionen wenig Gehör, und wenn, dann allenfalls reaktiv zur Kommentierung von irgendeinem Anschlag.

All dies stellt für die Frage nach dem Islam in Europa keine leichte Ausgangslange dar. Europa ist gekennzeichnet durch ein gemeinsames Überwinden von Brüchen und Krisenerfahrungen. Kriege, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen bildeten vielfach die Ausgangssituation für eine starke Bindung an positive Werte. Inwiefern das in der aktuellen Krise so sein wird, muss sich zeigen. Dabei ist es wichtig, auch Muslime als Subjekte in den Blick zu nehmen: So engagieren sich nicht wenige Moscheevereine weitgehend unbemerkt von einer breiteren Öffentlichkeit mit humanitären Aktionen beispielsweise in der Flüchtlingshilfe. Wenn es ihnen zu vermitteln gelingt, dass eine gleichzeitige Identifikation mit islamischen Traditionen und mit Europa keinen Widerspruch darstellt, können sie eine Schlüsselrolle bei der Integration von Flüchtlingen spielen.

## Gleiche Werte für alle

Auch wenn in Debatten oftmals die «europäischen Werte» beschworen werden, lassen sich diese angesichts der empirisch vorfindlichen Wertevielfalt und der Unschärfe des Wertebegriffs nicht leicht bestimmen. Versuche, Europa zu definieren, sind mit ähnlichen Schwierigkeiten verbunden. Ein unbestrittenes Kennzeichen Europas ist seine Vielfalt, aus der heraus Regeln des Diskurses erwachsen sind, die einen konstruktiven Umgang mit Pluralität ermöglichen und die sich in Demokratie und Rechtsstaat niedergeschlagen haben. Warum sollten nicht auch Muslime in diesem vielfältigen Diskurs Raum finden?

Zu den Regeln des Diskurses gehört, dass alle möglichst gleichberechtigt sowie unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit ►



1978

**Enlèvement d'Aldo Moro**

Aldo Moro, homme politique italien et deux fois président du Conseil, a été enlevé en mars 1978 par les *Brigate Rosse*. Retenu comme otage pendant 55 jours, il a été trouvé le 9 mai 1978 dans le coffre d'une 4L. Son assassinat marque la fin de l'idée du *compromesso storico* entre les démocrates chrétiens et les communistes italiens.

### Quellen/Literatur

- > Michael Hüttenhoff (Hg.), *Christliches Europa? Studien zu einem umstrittenen Konzept*, Leipzig 2014
- > Friedrich Jaeger/Hans Joas (Hg.), *Europa im Spiegel der Kulturwissenschaften*, Baden-Baden 2014
- > Hans Joas/Klaus Wiegandt (Hg.), *Die kulturellen Werte Europas*, Frankfurt a. M. 2005
- > Frank Peter/Rafael Ortega (Hg.), *Islamic Movements of Europe. Public Religion and Islam-ophobia in the Modern World*, London/New York 2014
- > Hansjörg Schmid, *Islam im europäischen Haus. Wege zu einer interreligiösen Sozialethik*, Freiburg, 2. Auflage 2013
- > Hansjörg Schmid, *Religion mit/ohne Kultur? Am Beispiel muslimischer Identitätsdiskurse in Europa*, in: Schweizerische Zeitschrift für Religions- und Kulturgeschichte 109 (2015), 367–378

daran partizipieren können und der Staat als neutraler Akteur zwischen unterschiedlichen Vorstellungen guten Lebens moderiert. Reislamisierungsbestrebungen in unterschiedlichen Teilen der sogenannten «islamischen Welt» treten diesen Prozessen der Ausdifferenzierung vielfach entgegen. Analysen von Positionen zahlreicher in Europa beheimateter muslimischer Denker zeigen jedoch, dass sie eine Form von Säkularität, die Religion nicht ausschliesslich im privaten Raum verortet, anerkennen und wertschätzen. Gerade die autochthonen Muslime des Balkans haben in den letzten rund 150 Jahren entsprechende Verhältnisbestimmungen zwischen Religion und Staat entwickelt, auf die sich auch in anderen Teilen Europas zurückgreifen lässt.

### Gemeinsames Gestalten

Die Muslime in Europa unterliegen so den unterschiedlichsten Interaktionsprozessen, durch welche sich auch der Islam verändert. Dazu gehören etwa interreligiöse Dialoge, Gesprächsprozesse auf kommunaler Ebene oder der Aufbau einer islamisch-theologischen Reflexion im Rahmen staatlicher Universitäten. Auch bei der Religionsvermittlung blicken Muslime darauf, wie diese in anderen Religionen stattfindet und welche pädagogischen Modelle in Europa entwickelt wurden, um junge Menschen in ihrer Lebenswelt abzuholen. Als vielfältige von Europa geprägte Wirklichkeit gibt es also bereits einen europäischen Islam, auch wenn nicht wenige Muslime diesen Begriff aus Furcht vor einer Fremdbestimmung ihrer Religion allenfalls zurückhaltend verwenden.

Nicht nur der Islam unterliegt dynamischen Veränderungen. Die Prozesshaftigkeit ist auch ein Merkmal Europas, das gerade in der aktuellen Krise wieder besonders ins Bewusstsein tritt. Europa ist nicht etwas Abgeschlossenes, Fertiges, dem sich die Muslime nur anzupassen bräuchten, sondern eine Gestaltungsaufgabe. So begegnen sich zwei unabgeschlossene und eng miteinander verflochtene Grössen.

### Europäische Vielfalt

Auch wenn es übergreifende Trends gibt, stehen zunächst länderspezifische Besonderheiten im Vordergrund, die stark von der jeweiligen Religionspolitik geprägt sind. So bietet das laizistische Frankreich den Religionen wenig Gestaltungsraum in der öffentlichen Sphäre, lenkt aber gleichzeitig die Organisationsstruktur der Muslime mittels eines nationalen Islamrats und

regionaler Räte. In Deutschland, wo religiöses Engagement traditionell in die Strukturen der Wohlfahrtspflege inkorporiert ist, wird derzeit ausgehend von der vom Bundesinnenminister geleiteten Deutschen Islam Konferenz eine Debatte über die staatliche Förderung muslimischer Sozialarbeit geführt. Auch in Österreich kam es mit dem 2015 erlassenen neuen Islamgesetz zu einer Steuerung von oben. Es handelt sich hierbei um den Versuch, gleichzeitig ausländische Einflüsse zu unterbinden und die staatliche Förderung des anerkannten Islams zu intensivieren. In der Schweiz hingegen finden die entscheidenden Entwicklungen wieder weitgehend auf lokaler und kantonaler Ebene statt, seitdem der nationale Muslim-Dialog 2011 abgeschlossen wurde. Hier steht wirklich die Selbstorganisation der Muslime im Vordergrund, was ihnen grosse Freiräume eröffnet, aber auch ein sehr hohes Mass an Eigenverantwortung abverlangt.

An den Beispielen wird deutlich, dass der Islam, wie insgesamt Religionen in der Moderne, stark durch staatliche Vorgaben und Interventionen geprägt sind. Dies bietet die Möglichkeiten, den Muslimen gezielt Räume zur Reflexion und Partizipation anzubieten. Die Länderbeispiele zeigen jedoch, dass Europa keine einheitliche Grösse ist. Obwohl es Ansätze zu Dialogen und Netzwerken auf europäischer Ebene gibt (wie das European Muslim Network) und transnationale Bewegungen (wie die Hizmet-Bewegung um den Prediger Fetullah Gülen) eine wichtige Rolle spielen, ist derzeit die Ebene der Nationalstaaten entscheidend, die unterschiedliche Ausformungen des Islams hervorbringt. Von da aus zeigen sich Konvergenzprozesse zu einem europäischen Islam, der aber nicht weniger vielfältig ist als Europa selbst. Weitgehend auf Freiwilligenarbeit basierende Organisationen, soziales Engagement, eine kritische Selbstreflexion sowie ein positives Verhältnis zum Staat gehören zu seinen Markenzeichen. ■

# Suisse – UE : vers des défis considérables

**La Suisse fait face à une situation très complexe avec l'UE et à un triple risque : poursuite du blocage de tout nouvel accès au marché de l'UE, recul du niveau d'intégration et affaiblissement de la croissance.** Philippe G. Nell

## **Bedeutende Herausforderungen**

Seit dem Ende des 2. Weltkriegs hat sich die Schweiz ihren eigenen Weg gesucht, um am europäischen Integrationsprozess teilzunehmen. Es ist ihr gelungen, in Etappen und in einem klar abgesteckten Rahmen, einen sehr guten Zugang zum Europäischen Binnenmarkt zu erhalten. Die Position der Schweiz wird heute aber stark in Frage gestellt. Einerseits durch die Schwierigkeit, die Verhandlungen zu einem neuen institutionellen Regime unter Dach und Fach zu bringen. Und andererseits durch den neuen Verfassungsartikel, der im Februar 2014 angenommen wurde und die Personenfreizügigkeit mit der EU einschränkt, indem innert drei Jahren Zuwanderungskontingente und der Inländervorrang eingeführt werden sollen. Die Schweiz befindet sich in einer äusserst komplexen Situation, die ein dreifaches Risiko birgt: Die Weiterführung der Blockierung sämtlicher neuer Zugänge zum EU-Binnenmarkt, die Reduktion des Integrationsniveaus und schliesslich die Schwächung des Wirtschaftswachstums in der Schweiz. Sowohl politisch wie wirtschaftlich steht enorm viel auf dem Spiel.

Depuis la fin de la 2<sup>e</sup> guerre mondiale, la Suisse s'est tracé une voie pour participer au processus d'intégration européenne en tenant compte de sa politique de neutralité, de la démocratie directe, du fédéralisme et de domaines particulièrement sensibles tels l'immigration et l'agriculture. Ces facteurs ont joué un rôle clef pour déterminer le niveau d'intégration, alors que l'UE s'élargissait et approfondissait les relations entre ses membres par le biais de politiques communes, d'un marché intérieur, d'une monnaie unique et de nouveaux traités. Plusieurs degrés d'intégration s'établissaient non seulement au sein de l'UE, mais aussi avec les pays tiers, selon leur appartenance au continent européen et leur niveau de développement.

## **La voie suisse**

Dans un cadre clairement défini, la Suisse est parvenue, au fil des années, à éliminer des désavantages compétitifs significatifs face à la CEE, en premier lieu par le biais de l'Accord de libre-échange de 1972, puis, n'étant pas en mesure d'adhérer à l'Accord sur l'Espace Economique Européen (EEE, 1992), avec deux séries d'accords bilatéraux (1999 et 2004). Ces derniers ont marqué un tournant en augmentant très sensiblement le niveau d'intégration dans plusieurs domaines et en entraînant des adaptations législatives importantes, y compris par des mesures autonomes, telles que l'introduction en droit suisse d'un principe Cassis de Dijon unilatéral.

La Suisse s'est retrouvée largement gagnante, passant d'un taux de croissance inférieur (1992–2004) à supérieur (2005–2014) à celui de l'UE et en subissant une récession beaucoup moins prononcée en 2009, lors de

la crise financière. Cet essor économique a résulté pour une grande partie de l'introduction progressive de la libre circulation des personnes. Très faible de 1991–2001, (+400/an), le solde migratoire avec l'UE est devenu largement positif de 2002 à 2014 (+42'100/an). Faisant face à un manque constant de main d'œuvre qualifiée, les entreprises ont beaucoup mieux pu réaliser leur potentiel, la consommation et les investissements internes étant également renforcés.

Avec la première série d'accords bilatéraux entrés en vigueur en 2002, des efforts majeurs ont été effectués pour chercher des solutions aux limites politiques suisses à l'intégration dans les domaines de l'immigration et des transports routiers sur l'axe transalpin. Face à l'enjeu économique d'une participation partielle à l'EEE, les autorités suisses ont accepté d'ouvrir ces deux secteurs. Pour les camions, des mesures de sauvegarde temporaires ont été prévues en cas d'augmentation massive du trafic transalpin. Pour les personnes, la libéralisation s'est déroulée sur cinq ans avec une confirmation sept ans plus tard et une clause de sauvegarde unilatérale exerçable pendant une période transitoire de douze ans. Celle-ci a été utilisée envers les nouveaux membres de l'UE d'Europe centrale et orientale (2012–14) et les Quinze (2013–14). Après avoir accepté cette nouvelle politique à plusieurs occasions dans les urnes, la population suisse l'a rejetée en février 2014.

Chaque accord bilatéral de la première série contient une disposition selon laquelle la dénonciation de l'un d'entre eux entraînerait la caducité de tous les autres dans un délai de six mois. L'essence de cette clause dite « guillotine » est politique: l'UE a voulu ►

**Pour aller plus loin**

- > Philippe G. Nell, *Suisse – Communauté européenne: au coeur des négociations sur l'Espace économique européen*, Fondation Jean Monnet pour l'Europe (Lausanne) et Economica (Paris), 2012
- > BAK Basel Economics, *Die mittel- und langfristigen Auswirkungen eines Wegfalls der Bilateralen I auf die Schweizerische Volkswirtschaft*, novembre 2015
- > ECOPLAN, *Volkswirtschaftliche Auswirkungen eines Wegfalls der Bilateralen I*, novembre 2015
- > SECO, *11<sup>e</sup> Rapport de l'Observatoire sur la libre circulation des personnes entre la Suisse et l'UE*, juin 2015.

éviter que la Suisse puisse revenir sur des engagements dans un domaine particulièrement sensible, tel la libre circulation des personnes ou les transports routiers, tout en continuant à bénéficier des avantages des autres accords couvrant les barrières techniques aux échanges, les marchés publics, les produits agricoles, le transport aérien, ainsi que la coopération scientifique et technologique.

**La circulation des personnes**

L'acceptation, le 9 février 2014, d'une initiative populaire portant sur un nouvel article constitutionnel réintroduisant dans un délai de trois ans des contingents liés à l'immigration avec l'UE et la préférence nationale lors de l'engagement de personnel a créé une situation très délicate. En décembre 2014, le Conseil de l'UE a confirmé son refus de renégocier, à la demande de la Suisse, l'Accord sur la libre circulation des personnes (ALCP), ce domaine représentant un fondement essentiel du marché intérieur dont les quatre libertés sont indivisibles. L'UE pourrait ne plus se sentir liée par cet accord et revoir la participation suisse à l'espace Schengen, à l'acquis de Dublin et à certains de ses programmes. En septembre 2015, le Parlement européen a exprimé sa position en rappelant que la libre circulation a toujours été une partie indissociable de l'approche bilatérale et a soutenu le rejet de l'UE de renégocier l'ALCP. En décembre 2015, le Conseil fédéral s'est prononcé pour l'option d'une clause de sauvegarde qui, à défaut d'un accord avec l'UE, pourrait être unilatérale, déclenchée à partir d'un seuil d'immigration et concrétisée avec des contingents.

**Le régime institutionnel**

De plus, la Suisse fait face à un défi institutionnel de portée majeure. En 2010, le Conseil de l'UE releva l'absence de modalités efficaces pour la reprise des nouvelles règles de l'UE, y compris la jurisprudence de la Cour de justice, ainsi que pour la supervision et l'application des accords existants. L'UE refusa dès lors de conclure tout nouvel accord lié au marché intérieur. En 2012, le Conseil renforça son message en indiquant que la voie bilatérale avait atteint ses limites et devait être réexaminée. Toute évolution de ce système d'accords complexes et différents rendrait leur gestion plus difficile, remettrait en cause l'homogénéité du marché intérieur et augmenterait l'insécurité juridique.

En 2014, le Conseil considéra que la Suisse n'entretenait pas seulement une relation

bilatérale avec l'UE, mais participait au marché intérieur, c'est-à-dire à un projet multilatéral et devait en assurer l'homogénéité et la sécurité juridique. Après plus d'une année de discussions exploratoires, des négociations institutionnelles furent lancées en mai 2014. A ce stade, les contours d'un accord sont les suivants. Le nouveau cadre institutionnel serait applicable à tous les accords actuels et futurs concernant les domaines du marché intérieur auxquels la Suisse participe. Chaque partie assurerait la surveillance de l'application des accords sur son territoire et une surveillance conjointe aurait lieu au sein des comités mixtes. S'agissant des développements du droit de l'UE intégré dans les accords Suisse-UE, la Suisse les reprendrait dans le respect de ses propres procédures, tout en bénéficiant d'une participation appropriée de ses experts à leur élaboration. Les négociations sont encore en cours sur le règlement des différends et sur les conséquences d'un désaccord persistant.

**L'avenir**

Avec 1,3 million de ressortissants de l'UE vivant en Suisse et plus de 285'000 travailleurs frontaliers en 2014, un large excédent commercial et des investissements considérables, l'UE a un intérêt pour une Suisse dynamique et prospère. A ce jour, la libre circulation des personnes est toutefois prioritaire par rapport aux intérêts globaux de l'UE face à la Suisse et aux sensibilités politiques suisses. Non seulement la voie bilatérale est bloquée depuis 2010 par la difficulté de conclure un accord institutionnel, mais encore l'UE a lancé un processus de désintégration en suspendant les négociations portant sur Erasmus+ (2014-20) et MEDIA, la Suisse appliquant de son propre chef des régimes transitoires, et en restreignant son statut d'associé à un seul pilier du programme-cadre de recherche «Horizon 2020» et ceci seulement jusqu'à la fin de 2016.

Diverses analyses montrent que la Suisse aurait beaucoup à perdre si la clause «guillotiné» devait s'appliquer à la suite de la dénonciation de l'ALCP. La politique d'intégration européenne de la Suisse est dans une phase critique, l'UE n'ayant que très peu de marge de manœuvre pour un compromis, notamment en raison des questions soulevées par la Grande Bretagne face à une éventuelle sortie de l'UE. Un scénario de désintégration conduirait définitivement à une situation «lose-lose» et ne bénéficierait à aucun des deux partenaires. Il doit à tout prix être évité. ■



### **Kohl et Mitterrand main dans la main**

Poignée de main historique entre le Président de la République François Mitterrand et le Chancelier Helmut Kohl devant l'ossuaire de Douaumont pour commémorer la bataille de Verdun. C'est la première fois qu'un chef d'Etat français et un chef de Gouvernement allemand célèbrent ensemble la mémoire des victimes de guerre.

# Grundlegendes zum «Volkswillen»

**Der Volkswille wird nach Bedarf zitiert und instrumentalisiert. So auch in der Kritik an Entscheiden des Bundesgerichts, etwa zur Personenfreizügigkeit. Nur: Das Volk untersteht der Verfassung und diese wiederum dem Völkerrecht.** Astrid Epiney

## «Libre» circulation des personnes

Selon les principes du droit international, les dispositions concernant la libre circulation des personnes (ALCP), qui s'appuient sur le droit de l'Union européenne, doivent être interprétées de la même manière que dans le droit de l'UE; la jurisprudence de la Cour de justice des Communautés européennes (CJCE) doit également être prise en considération. Cela vaut aussi pour l'adoption de l'initiative «contre l'immigration de masse». L'interprétation des traités internationaux s'appuie, quant à elle, non pas sur le droit national, considéré comme inapproprié pour de telles modifications internes à l'Etat, mais sur le droit international. Cette conclusion du Tribunal fédéral est contraignante, mais rationnellement justifiée: c'est le résultat de l'application cohérente de l'ordre constitutionnel, en vertu duquel les traités internationaux représentent le droit en vigueur en Suisse et doivent être interprétés d'après les principes de droit international. Alors, en cas de conflit avec le droit national, la priorité revient-elle à l'ALCP? Au niveau du droit constitutionnel et d'après l'art. 190 Cst., ce sont le droit international et les lois fédérales qui s'appliquent, malgré une possible inconstitutionnalité.

Die Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union sind durch die sog. Bilateralen Abkommen geprägt. Diese betreffen eine Reihe von Bereichen und sehen in der Regel eine Einbindung der Schweiz in den Unionsbesitzstand dergestalt vor, dass die Schweiz an den betreffenden Teil des Unionsrechts über das jeweilige Abkommen gebunden ist. Auf diese Weise soll in dem jeweiligen Bereich in der Union auf der einen Seite und im Verhältnis zur Schweiz auf der anderen Seite eine möglichst parallele Rechtslage gelten.

Eine solche völkerrechtliche Verpflichtung der Schweiz muss – soll sie effektiv sein bzw. auch tatsächlich eingehalten werden können – auch im Rahmen der nationalen Rechtsordnung zum Zuge kommen. Die hier massgeblichen verfassungsrechtlichen Grundsätze sollen im Folgenden skizziert werden, eine Problematik, die gerade in jüngerer Zeit im Zuge diverser Volksinitiativen, die zumindest in einem Spannungsfeld mit dem in diesem Beitrag im Vordergrund stehenden Personenfreizügigkeitsabkommen (FZA) stehen, von höchster Aktualität ist.

## Klare Auslegung

Nach den hier heranzuziehenden völkerrechtlichen Prinzipien sind diejenigen Bestimmungen des FZA, die sich an Unionsrecht anlehnen, grundsätzlich ebenso wie im Unionsrecht auszulegen, wobei auch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zu berücksichtigen ist. Denn das Abkommen lässt klar erkennen, dass im Verhältnis zur Schweiz eine parallele Rechtslage wie innerhalb der Union sichergestellt werden soll, was eine «Übernahme» (auch) der unionsrechtlichen Auslegung impliziert.

Auch das Bundesgericht geht von diesem Ansatz aus, wobei es auch neuere Rechtsprechung des EuGH für massgeblich hält, es sei denn «triftige Gründe» sprächen dagegen (BGE 136 II 5). Diese Formulierung erklärt sich durch Art. 16 Abs. 2 FZA, wonach die Rechtsprechung des EuGH bis zum Datum der Unterzeichnung des FZA (2002) zwingend zu beachten ist, was nach der (zutreffenden) Ansicht des Bundesgerichts nichts daran ändert, dass die erwähnte Zielsetzung des FZA darüber hinaus eine grundsätzliche Berücksichtigung der neueren Rechtsprechung des EuGH verlangt.

## Keine Frage des «Volkswillens»

Dies gilt nach einem neueren Urteil des Bundesgerichts (2C\_716/2014) auch nach der Annahme der sog. Masseneinwanderungsinitiative. Denn für die Auslegung völkerrechtlicher Verträge sei nicht innerstaatliches Recht, sondern Völkerrecht anzuwenden, das jedoch derartige Modifikationen des innerstaatlichen Rechts nicht für relevant ansieht. «Triftige Gründe» für eine einschränkende Übernahme der neueren Rechtsprechung des EuGH lägen somit nicht vor.

Dieser Schluss des Bundesgerichts ist zwingend und unaufgeregt rational begründet: Er ergibt sich aus der konsequenten Anwendung der geltenden Verfassungsordnung, wonach für die Schweiz verbindliche völkerrechtliche Verträge als solche auch in der Schweiz geltendes Recht sind und nach völkerrechtlichen Grundsätzen auszulegen sind. Dass eine (spätere) Modifikation des innerstaatlichen Rechts nicht als solche Einfluss auf die Auslegung der so verbindlichen völkerrechtlichen Verträge entfalten kann, ist dieser Konzeption inhärent und

trägt auch dem Rechtsstaatsprinzip Rechnung, das u.a. beinhaltet, dass Rechtsnormen grundsätzlich nur nach demselben Verfahren bzw. Regeln aufgehoben werden können wie sie erlassen wurden (was in Bezug auf Völkerrecht auf die völkerrechtlichen Möglichkeiten der Vertragsbeendigung verweist).

Wenn daher in Bezug auf dieses Urteil davon gesprochen wird, das Bundesgericht weigere sich, dem «Volksentscheid zur Zuwanderung auch nur ansatzweise Rechnung zu tragen» (so K. Fontana, NZZ v. 30.1.2016, 18, s. auch den irreführenden Titel des Beitrags: «Der Volkswille spielt keine Rolle»), zeugt dies von einer grundlegenden Verkennung des gewaltenteiligen Rechtsstaates, so wie er in der BV zugrunde gelegt ist. Danach hat das Bundesgericht nach den anerkannten rechtswissenschaftlichen Auslegungsmethoden das geltende Recht anzuwenden, was es im vorliegenden Urteil gerade getan hat. Mit anderen Worten ergibt sich die Irrelevanz des «Volksentscheids» zur Zuwanderung für die Auslegung des Personenfreizügigkeitsabkommens aus der geltenden Verfassungsordnung, wie das Bundesgericht im Einzelnen darlegt. Eine Kritik des Entscheids des Bundesgerichts darf sich daher nicht mit dem Hinweis auf einen «Volkswillen» begnügen, übt doch auch das Volk seine Befugnisse im Rahmen der geltenden Verfassungsordnung aus. Eine Verabsolutierung des «Volkswillens» ist der geltenden Verfassungsordnung fremd und insofern entbehren entsprechende Bezugnahmen jeglicher rechtlicher Grundlage.

### Vorrang des FZA

Damit rückt die Frage, ob dem FZA im Falle eines Konflikts mit innerstaatlichem Recht Vorrang zukommt, ins Blickfeld: In Bezug auf Verfassungsrecht sind nach Art. 190 BV Völkerrecht und Bundesgesetze anzuwenden, dies ungeachtet einer möglichen Verfassungswidrigkeit. Dafür dass diese Regel in Bezug auf das Verhältnis von älteren Verträgen und jüngeren Verfassungsbestimmungen nicht zum Zuge kommen soll (wie verschiedentlich insinuiert wird), gibt es keine Anhaltspunkte.

In Bezug auf Bundesgesetze geht das Bundesgericht in ständiger Rechtsprechung von einem Vorrang des Völkerrechts aus, es sei denn, der Gesetzgeber wolle «bewusst» gegen das Völkerrecht verstossen (sog. Schubert-Praxis). Diese Gegen Ausnahme gilt aber nicht im Verhältnis zu menschenrechtlichen Verpflichtungen, denen das

Bundesgericht die sich aus dem FZA ergebenden Verpflichtungen gleichstellt, dies im Wesentlichen unter Hinweis auf den im FZA gewährleisteten Rechtsschutz sowie die vorgesehene sektorielle Beteiligung am Binnenmarkt durch die Übernahme von auch in der EU direkt anwendbaren Grundfreiheiten.

Dieser Ansatz, der in dem eben erwähnten neuen Urteil des Bundesgerichts bestätigt wird, impliziert, dass dem FZA auch dann Vorrang einzuräumen ist, wenn der Gesetzgeber sich – z.B. bei der Umsetzung der sog. Ausschaffungsinitiative oder der sog. Masseneinwanderungsinitiative – bewusst über gewisse Verpflichtungen aus dem FZA hinwegsetzt.

Dieser Ansatz des Bundesgerichts ist m.E. zutreffend (wenn auch die Begründung nicht ganz überzeugt; hier erschiene der Hinweis auf den Grundrechtscharakter der Freizügigkeitsrechte treffender). An der Sache vorbei geht der Vorwurf, das Bundesgericht schränke den Gesetzgeber in seiner Handlungsfreiheit ein (so Fontana, op.cit.). Denn selbstverständlich schränkt das zu beachtende Recht den Gesetzgeber ein; alles andere wäre in einem Rechtsstaat doch eher merkwürdig, und dass das Bundesgericht eine komplexe Frage der Normenhierarchie (die wohl gemerkt in der Verfassung nicht ausdrücklich beantwortet wird) so und nicht anders beantwortet hat, liegt in jeder Beziehung in seiner Kompetenz. Auch hier gilt somit, dass man das Gericht möglicherweise kritisieren kann; jedoch wäre eine rationale rechtliche Argumentation auf dem Boden des in der Verfassung verankerten gewaltenteiligen, demokratischen Rechtsstaats hilfreich.

### Bewährte Grundlagen

Die geltende Verfassungsordnung erlaubt auf viele wichtige Fragen im Zusammenhang mit der innerstaatlichen Wirkung der Bilateralen Abkommen zielführende Antworten, die in der Rechtsprechung seit langem anerkannt sind (letzteres geht gelegentlich unter, es geht hier gerade nicht um eine neue «Richterrevolution»). Diese stellen eine effektive Beachtung der völkerrechtlichen Vorgaben sicher und haben sich insgesamt in den vergangenen Jahrzehnten bewährt. Es wäre fatal, sie im Hinblick auf die Verfolgung letztlich kurzfristiger politischer Ziele in Frage zu stellen (Stichwort «Selbstbestimmungsinitiative»), und jedenfalls entbehrt eine Verklärung bzw. Verabsolutierung des «Volkswillens» jeglicher Grundlage im geltenden Recht. ■

### Quellen/Literatur

- › Astrid Epiney/Beate Metz/Benedikt Pirker, *Zur Parallelität der Rechtsentwicklung in der EU und in der Schweiz. Ein Beitrag zur rechtlichen Tragweite der «Bilateralen Abkommen»*, 307 S., Zürich 2012
- › Astrid Epiney, *Beziehungen Schweiz-EU: Status quo und Perspektiven*, in: Patrik Schellenbauer/Gerhard Schwarz (Hrsg.), *Bilateralismus – was sonst? Eigenständigkeit trotz Abhängigkeit*, Zürich 2015, 25–80

---

Astrid Epiney ist Professorin und geschäftsführende Direktorin des Instituts für Europarecht sowie Rektorin der Universität. [astrid.epiney@unifr.ch](mailto:astrid.epiney@unifr.ch)

# Des chercheurs dans le flou

Depuis un certain 9 février 2014, Julian Randall, responsable du Service Promotion Recherche de l'Université de Fribourg, se bat pour maintenir ouvertes les portes du programme Horizon 2020. Christian Doninelli

## Horizon 2020 pour les Nuls

Les premiers programmes-cadres de recherche (PCR) européens remontent aux années 1980. Ils ont pour objectif de fédérer les capacités de recherche des pays européens.

## Et la Suisse dans tout ça ?

La Suisse participe aux PCR depuis 1987 et y est associée depuis 2004. Suite à la votation du 9 février 2014 sur l'initiative contre l'immigration de masse, l'Union européenne s'est opposée à l'association complète de la Suisse à Horizon 2020. En conséquence, une association partielle prévaut jusqu'à la fin 2016.

## La question qui fâche

A partir de 2017, la Suisse sera-t-elle associée pleinement à Horizon 2020 ou sera-t-elle rétrogradée au rang de pays tiers pour tous les domaines d'Horizon 2020 ? La réponse à cette question dépendra des négociations CH-EU en cours concernant la libre circulation et de la ratification par la Suisse du protocole d'extension à la Croatie.

## Julian Randall, le 9 février 2014 a-t-il eu l'effet d'un tsunami pour le monde de la recherche suisse ?

Ce terme me paraît excessif. Il n'y a pas véritablement eu de mouvement de panique. La Suisse n'a pas été éjectée du programme de recherche européen Horizon 2020. Nous souhaitons une association intégrale à ce programme, mais, suite à la votation, nous nous sommes retrouvés avec le statut de pays tiers. Je tiens à le préciser: cela n'exclut pas complètement les chercheurs suisses, mais cela rend leurs démarches plus compliquées.

## Les médias auraient-ils noirci le tableau ?

Avec le recul, on constate indéniablement des effets négatifs. Ce qui posait problème, c'était le flou qui régnait après le 9 février. Les chercheurs européens ne savaient plus s'ils pouvaient compter sur leurs homologues suisses pour monter des projets scientifiques. De telles incertitudes sont corrosives dans tous les secteurs, qu'il s'agisse de business ou d'une relation personnelle.

## Le Conseil fédéral a finalement signé début mars l'extension de l'accord sur la libre circulation des personnes. Est-ce que cela signifie que l'on est de retour à la situation d'avant la votation du 9 février ?

Non, car on ne peut pas rattraper le temps perdu et, en dépit de cette signature, il reste plusieurs inconnues, notamment l'acceptation de cet accord par le Parlement et le déroulement des négociations entre Berne et Bruxelles.

## Est-ce que cette incertitude a fait échouer des collaborations ?

Nous ne disposons pas de statistiques, mais

nous connaissons des exemples de chercheurs recalés durant la phase préparatoire de requête de fonds. Je peux aussi citer le cas d'un candidat à une bourse européenne destinée aux chercheurs talentueux. Incertain de ce qu'il adviendrait des candidatures suisses, il a opté pour une université située aux Pays-Bas, plutôt que de venir à Fribourg.

## Après le 9 février, avez-vous été beaucoup sollicités ?

Oui, mais quand un chercheur éjecté d'un projet de collaboration avec des partenaires européens vient vers nous, nous nous sentons un peu comme des médecins: nous ne pouvons pas influencer sur le «diagnostic».

## Pourtant, plusieurs Suisses ont su tirer leur épingle du jeu. Je pense en particulier à Björn Rasch, chercheur à l'Université de Fribourg, qui a obtenu 1,5 mio de francs de l'Union européenne.

C'est parce que, pour certains pans du programme Horizon 2020, la Suisse a pu négocier un statut de pays associé. Björn Rasch a ainsi pu profiter des mêmes conditions qu'un chercheur européen. Le hic, c'est que cette association partielle se terminera fin 2016, si la Suisse ne signe et ne ratifie pas l'extension à la Croatie pour la libre-circulation des personnes d'ici au 9 février 2017.

## C'est imminent! Mais que va-t-il se passer ensuite ?

Nous recevons des échos plutôt positifs de la part des chercheurs. Ils ne sont pas aussi inquiets que nous, car ils ont tendance à se fier aux messages un peu édulcorés des politiciens. Mais ce que nous entendons en coulisse nous rend plutôt pessimistes. ►



### **Mord an Olof Palme**

Der sozialdemokratische Politiker und damalige schwedische Ministerpräsident Olof Palme wurde am 28. Februar 1986 in der Innenstadt von Stockholm erschossen. Sein Mord ist bis heute nicht aufgeklärt.

Actuellement, l'objectif suisse est clairement de réintégrer pleinement H2020 au 1<sup>er</sup> janvier 2017. Toutefois, tant que nous n'avons pas de garantie, nous partons du principe que l'on doit avoir un plan B. Nous devons être prêts à gérer une situation qui pourrait mal tourner.

#### **Et ce plan, en quoi consiste-t-il?**

J'essaie de mettre en place un réseau à Bruxelles, afin de rendre visibles les chercheurs de l'Université de Fribourg. Je cherche des synergies avec d'autres universités européennes. Il est fondamental d'agir en dehors de la Suisse pour garder l'accès aux sources de financement. C'est un travail de fond. C'est long, mais il s'agit d'un investissement auquel je crois vraiment.

#### **La concurrence est vive, je suppose?**

Bien sûr! Nous sommes en compétition avec des institutions suisses et européennes. Celles-ci peuvent compter sur des collaborateurs qui s'occupent de ce travail de liaison à plein temps. A Fribourg, je m'en acquitte avec des ressources plus restreintes.

#### **Les contacts directs sont-ils aussi importants?**

Tout à fait et c'est l'un de mes buts. J'ai fait la connaissance d'un homologue aux Pays-Bas impliqué dans le montage de plusieurs consortiums. Avec mon équipe, nous avons signalé ces opportunités aux professeurs fribourgeois potentiellement intéressés. Nous n'arrivons bien sûr pas à convertir chaque action en argent, mais j'espère au moins que la réputation de l'Université de Fribourg puisse en bénéficier.

#### **Malgré tous vos efforts, sera-t-il possible de combler le manque à gagner en cas d'exclusion de la Suisse du programme de recherche européen?**

Ce serait très difficile. Prenons l'exemple des ERC Grant, ces bourses destinées aux scientifiques talentueux. Si l'accès à ce type de subventionnement devait se fermer, ce serait vraiment dommage pour l'Université de Fribourg. Les revenus européens baisseraient sensiblement. Il serait impossible de rattraper la perte avec les projets collaboratifs ou nationaux, sans compter que l'attractivité de toutes les Hautes écoles suisses diminuerait.

#### **Pour quelles raisons?**

Un exemple: si la Suisse perd son statut de pays associé, les chercheurs suisses ne pourront plus remporter des ERC Grant, subventions qui s'élèvent entre 1.5 et 3.5 millions

d'euros par projet. Ce serait une perte très difficile à combler. Nous encourageons donc les chercheurs suisses à se diriger vers des projets de type collaboratif, c'est-à-dire montés en association avec d'autres partenaires européens. Dans ce genre d'association, les montants obtenus sont plus faibles, de l'ordre de quelques centaines de milliers de francs.

#### **Pour l'heure, les chercheurs peuvent donc encore participer à Horizon 2020, même dans les domaines où la Suisse est considérée comme un pays tiers.**

Absolument! A la condition que les chercheurs suisses s'associent à des partenaires de trois autres pays. On parle de projets collaboratifs. Compte tenu de leur relative complexité, l'enthousiasme reste modéré. Nous encourageons néanmoins d'ores et déjà les chercheurs à diversifier leurs sources de financement, par exemple avec les programmes bilatéraux COST ou EUREKA.

#### **En conclusion, on sent que l'environnement n'est plus aussi propice aux collaborations scientifiques entre la Suisse et l'Europe?**

Sans vouloir généraliser, il est vrai que les premiers résultats suisses pour Horizon 2020 sont en recul par rapport à la moyenne 2007-2013. Citons, à titre d'exemple, le taux de projets menés par des institutions suisses. Cependant, la Suisse a des ressources et je garde l'espoir qu'elle va rebondir. Il faut voir comment vont tourner les négociations entre le Conseil fédéral et l'UE. Il ne faut pas non plus sous-estimer la contribution financière de la Suisse aux programmes de recherche européens. C'est un atout. Sans oublier qu'il y a une longue tradition de collaboration avec l'Europe qu'on ne peut pas balayer d'un revers de la main. La Suisse et ses institutions restent actuellement une destination attractive dans le monde scientifique.

#### **Il n'empêche que votre service va avoir du pain sur la planche durant les années à venir.**

(Il rigole) On aura besoin de nous pendant un bout de temps encore! Il va falloir plusieurs années pour retrouver la confiance. Le Service Promotion Recherche de l'Université de Fribourg reste très motivé. Nous avons le privilège d'accompagner les chercheurs et nous obtenons tout de même de beaux succès. C'est passionnant! ■

# Warum in die Ferne schweifen?

**Trotz aller Schwierigkeiten: Business mit Europa bleibt essenziell für Schweizer Unternehmen. Wer richtig vergleicht, merkt rasch, dass hohe Wachstumsraten nicht gleichbedeutend sind mit hohen Gewinnen.** Dirk Morschett

## Miser sur les avantages locaux

Du point de vue des entreprises suisses, on ne devrait pas sous-estimer l'Europe en tant que marché, site d'approvisionnement et de production. Les compagnies ne devraient pas se laisser influencer par le nombre d'habitants et le haut taux de croissance des pays émergents, au point de perdre de vue que les marchés européens sont toujours d'une très haute importance pour eux. Ainsi, en 2015, le montant des exportations suisses vers le géant indien et ses quelque 1,3 milliard d'habitants s'élève à environ 1,8 milliard de francs suisses; les marchandises exportées vers la petite Belgique et ses 11 millions de citoyens ont rapporté 5,2 milliards. En management international, il est prouvé que la distance culturelle représente l'un des principaux obstacles pour une internationalisation réussie. On observe d'ailleurs actuellement une tendance à déplacer les commandes destinées aux marchés asiatiques vers des marchés plus proches; les coûts de production sont certes légèrement plus élevés en Europe de l'Est, mais des coûts logistiques plus bas, des temps de livraison plus courts et une fiabilité plus grande se révèlent souvent un avantage.

In den letzten Jahren, unter dem Eindruck des extremen Wachstums der Schwellenländer und der aktuellen Krise in Europa, entstand in der öffentlichen Wahrnehmung häufig der Eindruck, dass Europa für Schweizer Unternehmen schnell an Relevanz verlieren wird. Prognosen der OECD, nach denen beispielsweise der Anteil des Euroraums am Welt-BIP von 17 Prozent in 2011 auf 12 Prozent in 2030 schrumpfen wird, während alleine China und Indien ihren Anteil in diesem Zeitraum von 24 auf 39 Prozent ausbauen werden, bekräftigten diese Einschätzung.

## Keine Frage der Grösse

Aus der Perspektive der Schweizer Unternehmen sollte man aber die Bedeutung Europas als Absatzmarkt, Beschaffungsmarkt und möglichen Produktionsstandort keinesfalls unterschätzen. Zwar ist es tatsächlich so, dass das Weltwirtschaftswachstum im letzten Jahrzehnt fast ausschliesslich von den Emerging Countries getragen wurde, die sich extrem dynamisch entwickelt haben. BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) oder auch MINT-Staaten (Mexiko, Indonesien, Nigeria, Türkei) sind nur zwei der vielen Bezeichnungen, die für die neuen Wachstumsregionen geprägt wurden. Von daher ist es sicherlich wichtig für viele Schweizer Unternehmen, sich diesen Wachstumsregionen zuzuwenden und sich mit Chancen und Risiken der Emerging Markets zu befassen. Dies darf aber nicht zu Lasten des Engagements in den europäischen Märkten geschehen, denn die Unternehmen sollten sich von den enormen Einwohnerzahlen und den (zumindest bis vor kurzem) sehr hohen Wachstumsraten der

Schwellenländer nicht darüber hinwegtäuschen lassen, dass in absoluten Zahlen die Märkte Europas für sie eine immer noch deutlich höhere Bedeutung haben. Eine Vergleich kann dies verdeutlichen: So exportierte die Schweiz 2015 Güter für etwa 1.8 Mrd. Schweizer Franken in das riesige Indien, mit seinen rund 1.3 Mrd. Einwohnern. Gleichzeitig wurden aber alleine in das kleine Belgien mit nur 11 Mio. Einwohnern Schweizer Güter für ca. 5.2 Mrd. Schweizer Franken exportiert. Und dieser Unterschied gilt – anders als häufig impliziert – sogar für das Wachstum der Exporte: Denn auch wenn z.B. 2014 der Schweizer Export nach China um 7.5 Prozent zulegte und der Export nach Deutschland nur um 2.8 Prozent, sieht dies in absoluten Zahlen anders aus. Obwohl dies in der öffentlichen Wahrnehmung nicht deutlich wird, legte 2014 der Export nach Deutschland um mehr als 1 Mrd. Schweizer Franken zu, der nach China um lediglich 650 Mio. Schweizer Franken.

## Kleine Hürden, grosser Vorteil

Tatsächlich bieten die europäischen Nachbarländer trotz der relativ geringen Wachstumsraten und der aktuellen Krise zahlreiche Vorteile für Schweizer Unternehmen. Dies gilt für alle Unternehmen, insbesondere aber für KMU, durch die die Schweizer Wirtschaft bekanntlich geprägt ist. Durch die recht hohe Ähnlichkeit der Märkte Westeuropas zur Schweiz, sowohl bzgl. Kundennachfrage als auch bzgl. technischer Standards, kann man in anderen europäischen Ländern, anders als in Schwellenländern, Schweizer Produkte ohne grosse Anpassungen anbieten. Die kulturelle, geographische, administrative und ►

wirtschaftliche Nähe der europäischen Länder zur Schweiz macht die Internationalisierung wesentlich kostengünstiger als dies für weiter entfernte Länder der Fall ist. Im internationalen Management wird regelmässig belegt, dass kulturelle Distanz eine der wichtigsten Hürden erfolgreicher Internationalisierung ist. Innerhalb Europas ist diese recht gering. Zudem ist der Rechtsrahmen so ähnlich, dass es auch für KMU keine grosse Hürde darstellt, in die EU zu verkaufen. Intellektuelles Eigentum ist geschützt, was für die innovationsorientierten Schweizer Unternehmen eine hohe Bedeutung hat. Und trotz der aktuellen Krise zeigt sich, dass die Volatilität der meisten europäischen Märkte weitaus geringer ist als dies in den Schwellenländern der Fall ist. Politische Länderrisiken bestehen kaum.

Auch bezüglich der Währungsentwicklung ist es – und diese Erkenntnis wird in der aktuellen Situation, in der viele Schweizer Unternehmen wg. des starken Frankens bzw. des schwachen Euros unter Druck sind, überraschen – sehr viel sicherer, Geschäftsbeziehungen in die EU zu unterhalten. Während der Franken gegenüber dem Euro im letzten Jahr um ca. 11 Prozent zulegte, was für Margen der exportorientierten Unternehmen bereits verheerend war, legte der Franken gegenüber dem Rubel um 24 Prozent und gegenüber dem Brasilianischen Real sogar um 46 Prozent zu. Solche Währungsschwankungen machen Transaktionen teuer, sie bringen eine enorme Unsicherheit bei Exportaktivitäten mit sich und erfordern teure Währungsabsicherungsgeschäfte.

### Beziehungen und Logistikvorteile

Die Transaktionskosten sind also niedriger und die Wissensbasis von Schweizer Unternehmen kann für Aktivitäten in Europa wesentlich besser genutzt werden als in anderen Regionen der Welt. Zudem bestehen intensive, jahrzehntelange Geschäftsbeziehungen mit Kunden in Europa, wo Schweizer Unternehmen häufig als Zulieferer erfolgreich in Wertschöpfungsketten integriert sind. Dieses Beziehungsnetzwerk macht eine Weiterentwicklung relativ einfach. Eine solche Regionalisierung anstatt wirklicher Globalisierung wurde in den letzten 15 Jahren für viele Unternehmen der Welt empirisch nachgewiesen. Analoge Überlegungen wie für den Export lassen sich auch für andere Unternehmensaktivitäten anstellen. So zeigt sich in den letzten Jahren ein Trend, den Einkauf von

den weit entfernten Beschaffungsmärkten Asiens wieder zurück in die nahen Beschaffungsmärkte, u.a. in Osteuropa, zu verlagern, denn in einer Gesamtbetrachtung sind die etwas höheren Produktionskosten in Osteuropa bei gleichzeitig aber wesentlich geringeren Logistikkosten, kürzeren Lieferzeiten und höherer Lieferzuverlässigkeit oft vorteilhafter. Und auch für die unter dem Begriff «Offshoring» diskutierte Verlagerung einzelner Unternehmensprozesse, z.B. in IT oder Verwaltung, ist nach einer umfassenden Analyse Osteuropa oft vorteilhafter als Asien.

### Beliebtes Europa

Nicht zuletzt kann man auf die vielen Unternehmen aus Emerging Markets verweisen, die sich in den letzten Jahren in Europa engagieren. So kaufte ChemChina vor wenigen Wochen den deutschen Kunststoffmaschinenhersteller KraussMaffei und im letzten Jahr den italienischen Reifenhersteller Pirelli. Dass die Premium-Automarken Jaguar und Range Rover seit einigen Jahren zur indischen Tata Motors gehören, ist bekannt. Dabei geht es bei solchen Akquisitionen meist nicht nur um Technologie oder bekannte Marken, sondern auch darum, starke Positionen in den europäischen Märkten zu gewinnen. Auch dies kann als Signal verstanden werden, dass die europäischen Märkte und Unternehmen immer noch sehr attraktiv sind.

### Heimvorteil nutzen

Insgesamt zeigt sich, dass es für viele Schweizer Unternehmen zwar künftig wichtiger wird, die Wachstumschancen in den Emerging Markets zu nutzen, dass dies aber vor allem für solche Unternehmen gilt, die bereits in Europa erfolgreich sind und an Wachstumsgrenzen stossen. Gerade für KMU ist es oft vorteilhafter, sich zumindest in der Anfangsphase der Internationalisierung auf Europa zu fokussieren, wo hohe Chancen, relativ ähnliche Marktverhältnisse und überschaubare Risiken bestehen. Nur am Rande sei angemerkt, dass für diese äusserst wichtigen Geschäftsbeziehungen von Schweizer Unternehmen mit der EU verlässliche Rahmenbedingungen essentiell sind. Den Nutzen der bilateralen Verträge darf man daher nicht unterschätzen. Insgesamt bleiben europäische Unternehmen auch im nächsten Jahrzehnt sicherlich noch die dominanten Geschäftspartner für Schweizer Unternehmen. ■



1990

**Deutsche Wiedervereinigung**

Seit dem Mauerfall am 9. November 1989 kein seltenes Bild mehr: Ein Trabi fährt über eine Grenzöffnung nach Westdeutschland.

# Tauwetter in Europa

**Die Erforschung der Kryosphäre ist von grosser Relevanz. Sie ermöglicht uns verlässliche Prognosen zur Klimaentwicklung und zu den daraus hervorgehenden Konsequenzen für Mensch und Umwelt. Nutzen wir diese Chance!** Christian Hauck\*

## Des données inutilisées

Dans le domaine de la cryosphère, la recherche ne s'intéresse pas uniquement aux glaciers polaires et alpins, mais également aux différences régionales du manteau neigeux, ainsi qu'au permafrost. Ces trois variables sont des indicateurs essentiels du climat terrestre, même si certains pays hésitent à utiliser ces observations. Cette base de données fondamentale permet pourtant d'élaborer des modèles de projection fiables concernant, entre autres, l'élévation du niveau de la mer, l'évolution des extrêmes climatiques ou encore les risques inhérents aux catastrophes naturelles. Le permafrost est un sous-sol gelé de manière ininterrompue pendant deux ans au moins. En Europe, on le trouve à différentes échelles: en plus du permafrost arctique, il existe le pergélisol de montagne (en Suisse également), situé dans des régions bénéficiant d'un ensoleillement réduit et soumises à de basses températures. Malgré ces conditions climatiques particulières et la nécessité de réseaux de mesures de haute qualité, la coopération institutionnelle portant sur le contrôle du permafrost au niveau européen est malheureusement très réduite.

Die Geographie Europas vereinigt auf relativ kleinem Raum sehr verschiedene klimatische Bedingungen, die von der polaren Arktis im buchstäblichen Sinne «über» die zentral gelegenen Alpen bis in die warme und immer heisser werdende Mittelmeerregion reichen. Dies stellt die Geowissenschaften traditionell vor komplexe Aufgaben, da kontinuierliche Messreihen von z.B. atmosphärischen (Temperatur, Niederschlag) oder terrestrischen Variablen (Schneebedeckung, Bodenfeuchte) in vergleichsweise hoher räumlicher Auflösung gemessen werden müssen, um verlässliche Aussagen über Wetter und Klima treffen zu können. Mittelungen über grössere Gebiete sind aufgrund der stark ausgeprägten Topographie und Wasser-Land Verteilung meist unmöglich. Die Topographie erschwert auch die Analyse von Satellitendaten (die Domäne der Fernerkundung), da sich das indirekte vom Satelliten empfangene Signal aus einer Reihe von durch die starke Topographie geprägten Einzelsignalen zusammensetzt, die man nur sehr schwer voneinander trennen kann. Dass Europa aus mehr als 50 Einzelstaaten mit unterschiedlich langen Messreihen, z.T. unterschiedlichen Messstrategien sowie unterschiedlichen Messstandards besteht, macht die Sache nicht einfacher.

## Wertvolle Kristallkugel

Im Bereich der Kryosphäre (Eis, Schnee, Permafrost; ein Forschungsschwerpunkt der Physischen Geographie am Departement Geowissenschaften der Universität Freiburg) werden neben den bekannten polaren und alpinen Gletschervorkommen auch die regional sehr unterschiedliche Schneedecke sowie der Permafrost erforscht. Diese

drei Variablen wurden auf internationaler Stufe durch das Global Climate Observing System als essentielle terrestrische Klimavariablen definiert. Die internationalen Empfehlungen zur Beobachtung dieser Variablen werden in den einzelnen Ländern nur sehr zögerlich und langsam umgesetzt, obwohl sie als ausserordentlich wichtige Klimaindikatoren anerkannt sind. Sie stellen ausserdem eine fundamentale Datenbasis für die Kalibrierung von Modellen dar, welche glaubwürdige Projektionen in die Zukunft in gesellschaftlich relevanten Bereichen wie Meeresspiegelanstieg, der Entwicklung von Klimaextremen oder der Risiken infolge Naturgefahren ermöglichen.

## Gesichter des Permafrost

Der Permafrost ist die am wenigsten bekannte Kryosphären-Variable. Er ist definiert als über mindestens zwei Jahre dauerhaft gefrorener Untergrund. In Europa kommt Permafrost überraschend häufig und in unterschiedlicher Ausprägung vor: neben dem arktischen kontinuierlichen Permafrost gibt es vielerorts den diskontinuierlichen Gebirgspermafrost (neben Skandinavien auch in den gesamten Alpen, und damit auch in der Schweiz) welcher in Gebieten mit geringer Einstrahlung und damit niedrigen Jahresmitteltemperaturen auftritt. Zusätzlich tritt Permafrost auch auf kleinsten räumlichen Skalen auf (sogeannter sporadischer Permafrost), wenn nämlich das lokale Mikroklima durch Abschattung, Kälteseen oder Kühlungseffekte durch Luftzirkulation innerhalb von Schutthalden extrem niedrige Bodentemperaturen erzeugt. Solch sporadischer Permafrost tritt in den meisten Mittelgebirgen Europas auf, die bekanntesten Beispiele in

der Schweiz sind in den bewaldeten Schutthalden von Creux-du-Van (NE), Dreveneuse (VS) und im Brüeltobel (AI) zu finden. Diese Luftzirkulation ermöglicht auch das Vorkommen von sporadischem Permafrost in Kalkgebieten in tiefen Lagen wie zum Beispiel in den Eishöhlen von Monlési bei La Brévine (NE) oder von Les Diablotins im Vallon des Mortays im Kanton Freiburg.

### Europäische Vernetzung nötig

Trotz dieser einzigartigen klimatischen Bedingungen sowie dem Bedarf an qualitativ hochwertigen Messnetzen, gibt es auf europäischer Ebene zurzeit wenig institutionelle Kooperation im Bereich Permafrostmonitoring. Das von 1998 bis 2001 durchgeführte EU-Projekt PACE (Permafrost and Climate in Europe) bildet bis heute das Rückgrat des europäischen Permafrostmonitorings, in welchem zwei 100 m tiefe Bohrlöcher in der Schweiz am Schilthorn im Berner Oberland (2900 mü.M.) und am Stockhorn in den Walliser Alpen (3400 mü.M.) als Teil eines sieben Bohrlöcher umfassenden Transektes zwischen Spitzbergen und Südspanien realisiert wurden (Harris et al. 2003). Eine weitere Initiative (PermaNET) verband von 2007–2013 die Permafrostbeobachtungen im Alpenraum (Mair et al. 2011). Jedoch existiert bis heute kein umfassendes Messnetz, welches die Vielfalt der Permafrostvorkommen in ganz Europa abbildet.

### Nicht nur Treibhauseffekt

Dies mag z.T. an den immer noch schwach ausgeprägten Kooperationen zwischen Nord-/Westeuropa und Zentral-/Osteuropa liegen – ein zweiter Permafrost-Transekt zwischen Frankreich und Russland wäre aus geographisch-klimatischer Sicht aufgrund der ansteigenden Kontinentalität gegen Osten jedenfalls sehr sinnvoll. Auf der anderen Seite zeigen zirkumpolare Beobachtungsnetzwerke in der Arktis die prinzipielle Kooperationsbereitschaft Europas im Bereich des Permafrostes (die Netzwerke Global Terrestrial Network for Permafrost GTN-P, und Circumarctic Active Layer Monitoring CALM). Hier ist jedoch die internationale Fokussierung aufgrund der drohenden Klima-Rückkopplung *auf-tauender Permafrost – Kohlenstofffreisetzung – Erhöhung des Treibhauseffektes* momentan sehr gross. Dies, obwohl Fragen der Stabilität von auftauenden Gebirgshängen, bezüglich des Einflusses des Permafrosttauens auf die Wasserverfügbarkeit für zukünftige Generationen sowie der ökologischen Bedeutung sporadischer Permafrostvorkommen

ebenfalls koordinierte internationale Aktivitäten erfordern.

### Der Countdown läuft

In einem sich aufheizenden Klima sollten aber alle Permafrostliebhaber gewarnt sein: Die ansteigenden Lufttemperaturen der vergangenen Jahrzehnte haben bereits an vielen Orten zu beginnendem Permafrosttau geführt. Wie im kürzlich abgeschlossenen SNF-Sinergia-Projekt TEMPS (2011–2015; [www.temps-symposium.ch](http://www.temps-symposium.ch)) unter der Federführung der Physischen Geographie der Universität Freiburg intensiv erforscht werden konnte, sind die Herausforderungen von auftauendem Permafrost für die Schweiz, wie für alle Gebirgsregionen, insbesondere relevant in Bezug auf ein potentiell ansteigendes Risiko infolge Naturgefahren (z.B. Murgänge oder Felsstürze) oder Instabilitäten von in Permafrost gebauter Infrastruktur (z.B. Bergbahnen in Skigebieten oder Lawinenverbauungen). Eine Temperaturzunahme im Untergrund in Verbindung mit einer Schmelze des Bodeneises kann zu einer Verringerung der Stabilität steiler Gebirgshänge führen. Das Potential für Felsstürze und Murgänge aus Permafrostregionen steigt somit. In tiefliegenden sporadischen Permafrostvorkommen sind inselartige, seit der letzten Eiszeit konservierte Ökosysteme langfristig bedroht. In der Schweiz werden einige dieser Permafrostregionen operationell im Rahmen des Schweizer Permafrostbeobachtungsnetzwerks PERMOS überwacht, das seit 2015 vom Departement Geowissenschaften der Universität Freiburg koordiniert ist. Ein europäisches Beobachtungsnetzwerk würde jedoch die Vielfalt der Permafrostvorkommen besser abdecken können, und damit auch der klimatischen, ökologischen, geotechnischen und gesellschaftlichen Auswirkungen und den damit verbundenen Herausforderungen des Permafrosttauens gerechter werden, als dies nationale Netzwerke können. ■

### Quellen/Literatur

- > Mair, V., Zischg, A., Lang, K., Tonidandel, D., Krainer, K., Kellerer-Pirklbauer, A., Deline, P., Schoeneich, P., Cremonese, E., Pogliotti, P., Gruber, S., Böckli, L., (2011): PermaNET - Permafrost Long-term Monitoring Network. *Synthesis report*. INTERPRAEVENT Journal series 1, Report 3. Klagenfurt
- > Harris, C., Vonder Mühl, D., Isaksen, K., Haeberli, W., Sollid, J.L., King, L., Holmlund, P., Dramis, F., Guglielmin, M. and Palacios, D., 2003. *Warming permafrost in European mountains. Global and Planetary Change*, 39(3), pp.215–225
- > PERMOS Netzwerk: [www.permos.ch](http://www.permos.ch)
- > SNF-Sinergia Projekt TEMPS: [www.temps-symposium.ch](http://www.temps-symposium.ch); <http://p3.snf.ch/project-136279>
- > GTN-P: <http://gtnp.arcticportal.org/>
- > CALM: <http://www.gwu.edu/~calm/>

\* In Zusammenarbeit mit Reynald Delaloye, Christin Hilbich, Martin Hoelzle, Nadine Salzmann & Benno Staub

Christian Hauck und Martin Hoelzle sind Professoren im Jobsharing am Departement Geowissenschaften; Reynald Delaloye ist assoziierter Professor am Departement Geowissenschaften; Nadine Salzmann ist Lehr- und Forschungsrätin am Departement Geowissenschaften; Christin Hilbich und Benno Staub sind Wissenschaftliche Mitarbeiter am Departement Geowissenschaften.

# Les Etats-Unis d'Europe

Que signifiait réellement le célèbre discours que prononça Churchill le 19 septembre à l'Université de Zurich? Où est passée cette Europe? Quelques éléments d'analyse sur un malentendu devenu mythe fondateur. Gilbert Casasus

## Ein europäisches Missverständnis

«Therefore I say to you: let Europe arise!» Mit diesen Worten beendete Winston Churchill am 19. September 1946 seine Europarede an der Universität Zürich. Prof. Gilbert Casasus' Antwort darauf: «Therefore I say to you: Churchill's Europe never arose!» Seit 70 Jahren würde Churchill's Rede falsch interpretiert. Dabei waren die Aussagen des englischen Staatsmanns klar: Er wollte Europa ein britisches Modell aufzwingen, das wenig mit der heutigen Europäischen Union gemein hat. Ins Abseits gedrängt durch die Entstehung des gemeinsamen Europas, endete Churchill's Idee als Flop. Unter dem Antrieb von Frankreich und Deutschland schrieb Europa ein neues Kapitel seiner Geschichte, das, trotz Krisen und Kapriolen, seinesgleichen sucht.

«Therefore I say to you: let Europe arise!» Voilà comment Winston Churchill concluait son discours sur l'Europe, le 19 septembre 1946 à l'Université de Zurich. En réponse, «therefore I say to you: Churchill's Europe never arose!» Et heureusement, d'ailleurs, qu'il en fut ainsi! Provocation ou simple constatation, «les Etats-Unis d'Europe» de Winston Churchill font partie de ces mythes fondateurs que l'intégration a su, ou plus encore voulu, entretenir depuis près de septante ans. Non qu'il s'agisse là d'un mauvais discours, mais d'un discours qui n'a cessé de faire l'objet d'une mauvaise interprétation. A savoir celle d'une analyse erronée qui, entretenue des décennies durant, faisait croire que, de l'armistice à la fin de sa vie, Churchill aurait fait de l'Europe sa principale raison d'être. De l'Europe, il en voulait certes, à condition toutefois qu'elle ne le concerne pas le moins du monde. L'Europe, c'était pour les autres, mais pas pour lui!

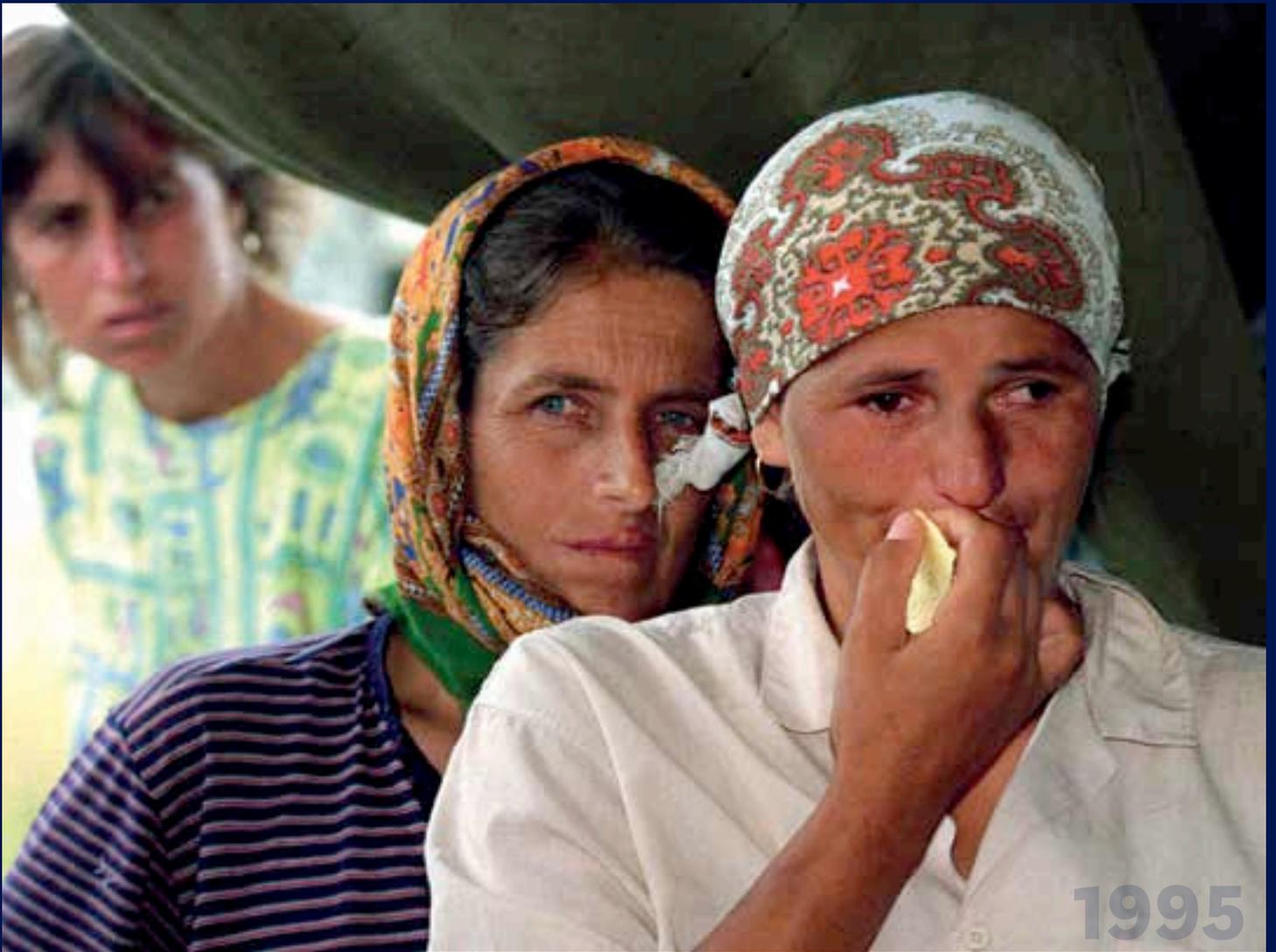
## Churchill, ce héros

Alors, on entend déjà s'élever les voix effarouchées qui dénoncent ce verdict arbitraire. On devine déjà les critiques fuser contre cette vile accusation qui, sans autre forme de procès, s'en prend non seulement au vainqueur de la Bataille d'Angleterre, mais aussi à celui qui, par ses propres mots, souhaitait ériger quelque chose comme les *Etats-Unis d'Europe*. Et, de surcroît, comment ne pas souligner l'engagement européen de celui qui, en mai 1948, eut le privilège d'assurer la présidence d'honneur du Congrès de La Haye? Il n'y a rien à dire, rien à réfuter: Winston Churchill fait partie de ces pères fondateurs de l'Europe traités à tout jamais comme des héros d'une histoire

exemplaire, car sans autre exemple. Mais, à seulement quelques mois de la célébration du septantième anniversaire du discours de Churchill à l'Université de Zurich, le temps n'est plus aux envolées lyriques. Celles-ci n'ont que trop imprégné une présentation idyllique de l'intégration européenne. Face aux critiques dont elle est aujourd'hui l'objet, l'Europe ne peut plus se contenter de ce *satisfecit* historique auquel, bercée par trop d'illusions, elle a toujours succombé. Parce que se croyant toujours irréprochable, elle n'accepte toujours pas les reproches qui lui sont adressés. Ne gardant de sa propre histoire que ce qu'elle aimerait que l'on retienne d'elle, elle feint d'oublier que trop rares furent les résistants au nazisme qui ont œuvré pour sa construction. En revanche, trop nombreux furent ses précurseurs à n'avoir jamais pris les armes contre le fascisme, à l'exemple de Robert Schuman dont les CV officiels ne retracent même pas l'indignité nationale dont il fut frappé et la brève privation des droits civiques qu'il a subie pour avoir voté les pleins pouvoirs au Maréchal Pétain le 10 juillet 1940.

## France et Allemagne, main dans la main

Là, Winston Churchill fait figure d'exception. Son courage et sa détermination contre la barbarie du Troisième Reich méritent toujours de demeurer dans ce que le sociologue français Maurice Halbwachs, mort en mars 1945 à Buchenwald, appela la *mémoire collective*. Intellectuel français, fils d'un professeur d'allemand, féru de littérature et de philosophie allemandes, celui-ci aurait peut-être aimé entendre ce que Winston Churchill déclara en ce 19 septembre 1946 à Zurich: «Le premier pas vers ►



### **Massaker von Srebrenica**

Bosnische Flüchtlinge aus Srebrenica in einem UN-Flüchtlingslager auf der Tuzla Air Base im Juli 1995. Rund 8000 Bosniaken wurden im Juli 1995 in Srebrenica durch bosnisch-serbische Truppen unter der Führung von Ratko Mladic getötet. Es war das grösste Massaker in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

une nouvelle formation de la famille européenne doit consister à faire de la France et de l'Allemagne des partenaires. Seul ce moyen peut permettre à la France de reprendre la conduite de l'Europe. On ne peut pas s'imaginer une renaissance de l'Europe sans une France intellectuellement grande et sans une Allemagne intellectuellement grande.»

Maurice Halbwachs aurait également apprécié les paroles d'André Philip, à savoir celles de l'un des seuls membres de la résistance armée à avoir participé, dès ses débuts, à l'aventure européenne. A moins d'une semaine avant l'armistice du 8 mai 1945, celui-ci écrivait dans la revue *Esprit* que... «la guerre gagnée, il va falloir reconstruire et fêter les fondements d'une paix stable et durable... [et qu'il] ne croit pas à l'intérêt pour la France d'annexer une parcelle quelconque du territoire allemand...». Sauf que cette idée franco-allemande, si prémonitoire fut-elle, n'avait que peu de chances d'aboutir à l'époque. Idem pour le discours de Winston Churchill, dont une lecture trop naïve a laissé libre cours à une exégèse débordante d'approximations et de contre-vérités. Il suffit pour cela de se rapporter à la fin de son allocution où, selon son avis, «la France et l'Allemagne doivent se réconcilier; la Grande-Bretagne, le Commonwealth des nations britanniques, la puissante Amérique, et, je l'espère, la Russie soviétique – car tout serait alors résolu – doivent être les amis et les protecteurs de la nouvelle Europe et défendre son droit à la vie et à la prospérité».

### L'Europe des vainqueurs et des vaincus

Nul besoin d'être un fin limier politique pour comprendre ce que l'ancien Premier ministre de sa gracieuse Majesté voulait insinuer: l'Europe continentale, soit l'Europe des vaincus, devait dorénavant s'unir sous la houlette de l'Europe du vainqueur, à savoir la Grande-Bretagne, et sous la bannière plus lointaine des Etats-Unis, voire de l'URSS. CQFD! «Les Etats-Unis d'Europe de Churchill» n'étaient rien d'autre que «les Etats d'Europe unis par la défaite»; n'en déplaise d'ailleurs au Général de Gaulle et à la France qui, nonobstant la collaboration avec l'occupant allemand, a officiellement gagné la Seconde Guerre mondiale.

Analysé avec un recul plus que nécessaire, le discours de Winston Churchill du 19 septembre 1946 à Zurich avait le mérite de la clarté. Son auteur voulait imposer un

modèle britannique de l'Europe qui ne ressemble guère à l'Union européenne d'aujourd'hui. Jamais il n'aurait pu s'imaginer que celle-ci, née du traité de la «Communauté européenne du Charbon et de l'Acier», signé par six pays le 18 avril 1951, regrouperait 28 Etats membres en 2016. Pour preuve, le Royaume-Uni encouragea la création le 5 mai 1949 du Conseil de l'Europe. A l'exception de la CEDH, celui-ci n'est toutefois plus que l'ombre de lui-même, voire un quelconque résidu politique qui, loin s'en faut, n'arrive désormais même pas à la cheville de l'UE.

### Suisse, rendez-vous ratés

Et pourtant, honorée par la primauté des propos que Churchill avait prononcés sur son sol, la Suisse a toujours montré une très grande allégeance à la politique européenne de la Grande-Bretagne. De son adhésion à l'AELE en 1960, au mépris qu'elle manifesta à l'encontre du traité franco-allemand de l'Elysée du 22 janvier 1963, dont elle prédisait l'inéluctable disparition, jusqu'à son adhésion, la même année, au Conseil de l'Europe, hissé au pinacle de la construction européenne par le Conseil fédéral de l'époque, la Confédération helvétique s'est toujours laissé gagner par le virus d'une Europe pro-anglaise. Ainsi s'est-elle trompée d'objectif à maintes reprises, renouant, à intervalles réguliers avec ce qu'il convient désormais d'appeler «les rendez-vous ratés de la Suisse avec l'Europe».

Rétrospectivement, le discours de Churchill du 19 septembre 1946 ne mérite plus l'attention qui lui a trop longtemps été accordée. Reprenant à son compte l'idée des «Etats-Unis d'Europe», que Victor Hugo avait développée, dès le 21 août 1949, à l'occasion du Congrès international de la Paix à Paris, il a rapidement montré ses limites. Parce que démentie par l'histoire de la construction européenne, l'Europe churchillienne s'est, par conséquent, soldée par un échec. Sous l'impulsion de la France et de l'Allemagne, l'Europe a écrit une autre page d'histoire qui, malgré ses crises et soubresauts, n'a trouvé nulle autre pareille. Entre-temps, plus de cinq cents millions d'Européens l'ont compris. Sauf les Suisses qui encore, même au sein de quelques-uns de leurs instituts européens les plus prestigieux, continuent, malgré tout, de cultiver, bon an, mal an, le souvenir d'un discours qui a fait son temps. Grand bien leur fasse! Mais grand bien nous fasse d'en faire autrement; pour l'avenir suisse en Europe et celui de l'Europe avec la Suisse. ■

# Ökumene für ein alternatives Europa

Die Gründerväter Europas wollten nach dem II. Weltkrieg Frieden unter den Kriegsnationen stiften, mit dem Ziel einer gemeinsamen Handelsunion. Was zunächst Mittel war, ist heute Selbstzweck ohne Ziel und Zukunft. Barbara Hallensleben

## Union des chrétiens d'Europe

Alors que l'Union européenne se limitait d'abord aux pays occidentaux, l'Eglise a, depuis le début, considéré l'Europe dans son unité géographique et culturelle: la Conférence des Eglises européennes et le Conseil des Conférences épiscopales d'Europe représentent environ la moitié des chrétiens d'Europe – une excellente condition préalable pour une coopération fructueuse. Preuve en est, en 1989, le rassemblement des chrétiens d'Europe en vue de l'Assemblée mondiale des chrétiens de 1990 à Séoul. Les manifestations pacifiques en RDA, qui ont conduit à la chute du mur de Berlin, ont également été soutenues par des délégués bâlois. La *Charta oecumenica*, signée en 2001, peut donc être considérée comme une *Charta europaica*: «Des siècles durant, c'est une Europe majoritairement chrétienne qui s'est développée. Pourtant, les chrétiens ont fait beaucoup de mal en Europe et ailleurs. En tant qu'Eglises et communautés internationales, nous ne pouvons négliger le risque que l'Europe évolue dans le sens d'un Ouest intégré et d'un Est désintégré. Parallèlement [...], il faut renforcer la responsabilité de l'Europe envers l'humanité et plus particulièrement envers les pauvres du monde entier».

Die Ökumenische Bewegung ist durch die politischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts geprägt worden, hat jedoch in ihren Hochformen jeweils alternative Perspektiven für Europa hervorgebracht. Während sich die Europäische Union zunächst auf Westeuropa beschränkte, hatten die kirchlichen Initiativen von Anfang an Europa in seiner geographischen und kulturellen Einheit im Blick: Die Gründung der «Konferenz Europäischer Kirchen» (KEK – ausser der katholischen Kirche), erfolgte 1959. Die Satzungen wurden bei der Vollversammlung von 1964 an Bord der MS Bornholm im Kattegat angenommen, weil Visa-Probleme die Einreise der osteuropäischen Delegierten verhinderten. 1971 folgte auf katholischer Seite die Gründung des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE), der heute seinen Sitz in St. Gallen hat. Beide Gremien vertreten etwa die Hälfte der Christen Europas – eine gute Voraussetzung für eine fruchtbare Zusammenarbeit.

## Christen verändern Europa

Die Gelegenheit bot sich zu entscheidender Stunde 1989, als die Verantwortlichen für die Vorbereitung der Weltversammlung der Christen in Seoul 1990 die europäischen Kirchen aufforderten, eine Vor-Versammlung zu halten, um die gravierenden Fragen des Nord-Süd-Gefälles durch innereuropäische Debatten zu dominieren. Aus der Randerscheinung wurde ein Ereignis, das die Gestalt Europas nachhaltig wandelte. Die erstmalige Teilnahme grosser osteuropäischer Delegationen begünstigte nachweisbar den Zusammenbruch der ideologischen Regime. Die friedlichen Demonstrationen in der DDR, die wenige Monate nach der Basler Versammlung zum Fall der Berliner

Mauer führten, wurden entscheidend von Basler Delegierten getragen.

## Am Puls der Zeit

In Basel haben Christen die Erfahrung gemacht, dass sie in der Kraft des Gebetes, durch die Aufmerksamkeit für die Zeichen der Zeit und ihren entschiedenen Einsatz dem «gemeinsamen Haus Europa» eine menschenwürdigere Gestalt geben können. Die beiden europäischen ökumenischen Folgeversammlungen in Graz (1997) und Hermannstadt-Sibiu (2007) griffen ebenfalls die Herausforderungen der Zeit auf. Nach der Euphorie von 1989 begegneten Christen in Graz der eingetretenen Ernüchterung in der Perspektive der «Versöhnung – Gabe Gottes und Quelle neuen Lebens». Einen geographischen Schritt gen Osten tat die Versammlung von Hermannstadt-Sibiu in Rumänien, vorbereitet durch Pilgerwege quer durch Europa. Das Motto «Das Licht Christi scheint auf alle – Hoffnung auf Erneuerung und Einheit in Europa» übersieht nicht die Schattenseiten der europäischen Entwicklungen, sondern proklamiert eine Hoffnung, die «stärker ist als die Finsternis» (Schlussbotschaft). Die 2001 unterzeichnete «Charta oecumenica» kann als «Charta europaica» bezeichnet werden: Christen geben hier gemeinsam nicht nur Erklärungen ab, sondern gehen Selbstverpflichtungen ein, mündend in einen Abschnitt über «Unsere gemeinsame Verantwortung für Europa». Die lokale Selbstwahrnehmung geht mit einer weltweiten Perspektive einher: «Durch die Jahrhunderte hindurch hat sich ein religiös und kulturell vorwiegend christlich geprägtes Europa entwickelt. Zugleich ist durch das Versagen der Christen in Europa und über dessen Grenzen hinaus ▶

**Quellen/Literatur**

- > CCCEE: [www.ccee.eu/](http://www.ccee.eu/)
- > KEK: [www.ceceurope.org](http://www.ceceurope.org)
- > COMECE: [www.comece.eu/](http://www.comece.eu/)
- > GEKE: [www.leuenberg.net/de](http://www.leuenberg.net/de)
- > Miteinander für Europa:  
[www.miteinander-wie-sonst.org](http://www.miteinander-wie-sonst.org)
- > Charta Oecumenica:  
[www.ceceurope.org/current-issues/charta-oecumenica/](http://www.ceceurope.org/current-issues/charta-oecumenica/)
- > EÖV: [www.oekumene3.eu/](http://www.oekumene3.eu/)

viel Unheil angerichtet worden. Wir bekennen die Mitverantwortung an dieser Schuld und bitten Gott und die Menschen um Vergebung [...] Wir sind überzeugt, dass das spirituelle Erbe des Christentums eine inspirierende Kraft zur Bereicherung Europas darstellt. [...] Als Kirchen und als internationale Gemeinschaften müssen wir der Gefahr entgegentreten, dass Europa sich zu einem integrierten Westen und einem desintegrierten Osten entwickelt. Auch das Nord-Süd-Gefälle ist zu beachten. Zugleich ist jeder Eurozentrismus zu vermeiden und die Verantwortung Europas für die ganze Menschheit zu stärken, besonders für die Armen in der ganzen Welt».

**Brüssel – das neue Rom?**

Die Aufmerksamkeit für das «gemeinsame Haus Europa» wird von Christen seither aktiv gepflegt. Papst Benedikt XVI. gehört zu den christlichen Denkern, der Europa eigene theologische Reflexionen widmete. Für ihn gründet Europa in der Begegnung von Jerusalem, Athen und Rom. Bischof Dr. Josef Homeyer von Hildesheim (+ 2010) ermutigte unermüdlich die orthodoxen Kirchen Osteuropas, ständige Büros bei den Europäischen Institutionen in Brüssel zu eröffnen. Unter dem Namen «Miteinander für Europa» bilden seit 1999 Bewegungen verschiedener christlicher Traditionen ein internationales Netzwerk. Die KEK, die lange im Schatten des Weltkirchenrates in Genf wirkte, verlegte kürzlich ihren Sitz in die Europastädte Brüssel und Genf. Bereits seit 1980 engagiert sich in Brüssel eine katholische «Commission of the Bishops' Conferences of the European Community» (COMECE). Die seit 1973 in der Leuenberger Konkordie verbundenen lutherischen, reformierten und methodistischen Kirchen Europas änderten 2003 ihren Namen in «Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa» (GEKE).

**Daheim in der Fremde**

Ist die Ökumene ein Epiphänomen der politischen Herausforderungen geworden? Hat sie ihre eigenständige theologische Aufgabe verloren? Im Gegenteil: Die Krisenerscheinungen in Europa brauchen keinen religiösen Durchlauferhitzer. Das Europa

der Zukunft kann nur hervorgehen aus der Befreiung des Politischen aus der Übermacht von Ökonomie und Recht (bis hin zu den Menschenrechten), aus der Vergegenwärtigung der historischen Möglichkeiten Europas, aus dem Aufweis einer Lebensform, die weiss, worum es dem Leben geht, und die es aus seinen selbstgewählten Versklavungen herausführt. Die Konzentration der Ökumene auf Brüssel ist in diesem Rahmen eher eine Versuchung als eine Chance. Christen finden in der Distanz des Gebets die Kraft der engagierten Präsenz: «Bemüht euch um das Wohl der Stadt, in die ich euch weggeführt habe, und betet für sie zum Herrn; denn in ihrem Wohl liegt euer Wohl», heisst es beim Propheten Jeremia (29,7). In jeder orthodoxen Liturgie wird gebetet «für diese Stadt, für jede Stadt, jedes Land und für die im Glauben darin Lebenden».

**Ökumene in der Bewährung**

Zwei Aufgaben stehen in enger Verbindung mit der Flüchtlingsfrage in den jetzigen Entwicklungen an: die Integration der ostkirchlichen Stimme, die zur Zeit durch den Konsens über die Einberufung eines panorthodoxen Konzils vom 16. bis 27. Juni 2016 nach Kreta gestärkt wird; und die Bemühung um ein friedvolles Zusammenleben mit dem Islam. Beiden Aufgaben widmet sich die Theologische Fakultät in ihrem Institut für Ökumenische Studien, im Institut für den interreligiösen Dialog und in ihrer Mitwirkung im Schweizerischen Zentrum für Islam und Gesellschaft. Christen haben sich als fähig erwiesen, ihr Bekenntnis mit einer Offenheit für die *oikoumene*, den bewohnten Erdkreis, zu verbinden. Die «Ökumene für ein alternatives Europa» bleibt eine Bewährungsprobe für die Lebendigkeit christlicher Sendung und ihrer theologischen Reflexion. ■



### **Introduction de l'euro**

Les monnaies sonnantes et trébuchantes de l'euro ont été introduites le 1<sup>er</sup> janvier 2002. Entre-temps, 19 des 28 pays membres de l'UE ont adopté la monnaie commune.

# L'Europe : une question linguistique et sociale

L'Europe ne se construit pas que sur des questions politiques, mais aussi linguistiques et sociales. Le discours du Conseil de l'Europe sur la diversité linguistique et le plurilinguisme illustre ces processus. Zorana Sokolovska

## Mehrsprachiges Europa

Europa stützt sich nicht nur auf politische Belange, sondern auch auf linguistische und soziale Fragen. Der Diskurs des Europarates zur linguistischen Diversität und zur Mehrsprachigkeit illustriert diesen Prozess. Seit seinen Anfängen, hat sich der Europarat gegen die Annahme und Verwendung einer einzigen internationalen Kommunikationssprache gewehrt. So wurde ihm je länger, je mehr die Position des Hauptakteurs im Bereich der Mehrsprachigkeit und des Erwerbs der Mehrsprachigkeit zuteil. Das Bild eines pluralistischen und auf dem Gebiet der Sprache vereinten Europa geht zurück zum Ende der 1960er-Jahre, mit der Erschaffung der sprachlichen Vielfalt als «europäisches Kulturgut». Ein Bild, das in den Folgejahren aufrechterhalten und gepflegt wurde durch die regelmäßige diskursive Aktivität des Europarates. Die wohl wichtigste Legitimation davon war die Entstehung des Diskurses rund um die Mehrsprachigkeit zu Beginn des neuen Jahrtausends.

Le discours de Winston Churchill, prononcé en 1946 à l'Université de Zurich, est souvent considéré comme un événement qui marque le début de la construction européenne. C'est également sous la présidence de Churchill que s'est déroulé le Congrès de la Haie de 1948, l'événement pré-fondateur du Conseil de l'Europe (CoE). Le CoE est une des premières organisations européennes interétatiques qui a émergé après la Deuxième guerre mondiale. Il a vu le jour le 5 mai 1949 à Londres, comptant alors uniquement les dix Etats fondateurs qui s'engageaient à «réaliser une union plus étroite entre ses membres afin de sauvegarder et de promouvoir les idéaux et les principes qui sont leur patrimoine commun et de favoriser leur progrès économique et social» (Statut 1949). Cette union des Etats dans l'après-guerre devait notamment être fondée sur trois piliers : la démocratie, les droits de l'homme et l'Etat de droit. A présent, le CoE est composé de 47 Etats membres, à savoir la quasi-totalité des Etats européens.

## Une «Europe» parmi d'autres

L'Europe émerge quasi quotidiennement comme sujet de discussions variées. C'est qu'elle-même est variée. «Europe» serait, en fait, un terme polysémique et polyréférentiel, qui renvoie aux différentes formes institutionnelles et géopolitiques que l'Europe a prises et continue à prendre. Ainsi, la conceptualisation de l'Europe dépend de la perspective depuis laquelle elle est considérée. «Europe» est donc avant tout à comprendre dans son dynamisme, sa complexité et sa pluralité. Ce terme désignerait ainsi des images de l'Europe, résultant des discours qui visent à la construire. Le CoE

est donc un espace de production d'une image spécifique de l'Europe, en lien étroit avec les conditions et les enjeux de son émergence, son objectif statutaire et sa structuration. Le CoE s'engage ainsi depuis 1949 à réaliser une idée de l'Europe qui doit s'inscrire dans la lignée idéologique de sa vocation politique et idéologique, marquée par le compromis entre les différentes visions de l'Europe qui circulaient lors du Congrès de la Haie et par le compromis nécessaire entre les Etats qui le composent et qui le font exister et fonctionner. Ainsi l'Europe construite par le CoE est une Europe à la fois pluraliste et unie.

## Unité politique et diversité des langues

La production discursive sur les langues du CoE a également été mobilisée dans la création, la légitimation, le maintien et la gestion de cette idée de l'Europe. L'intérêt pour la question des langues en Europe s'est manifesté assez tôt dans la production discursive du CoE, dans le cadre des débats sur l'amélioration de la coopération entre les Etats au moyen d'une meilleure compréhension qui se réaliserait, entre-autres, par une communication interpersonnelle directe. Depuis ses débuts, le CoE s'est positionné contre l'adoption et l'usage d'une seule langue de communication internationale. Par conséquent, le Conseil de l'Europe a progressivement acquis le statut d'acteur principal dans le domaine de l'apprentissage de plusieurs langues, en élaborant des séries de recommandations au fil des décennies. Les recommandations les plus marquantes sont celles produites en 1969, 1977, 1982, 1998 et 2008, auxquelles s'ajoutent la Convention culturelle européenne (1954) et la Charte européenne des

langues régionales ou minoritaires (1992). Ces textes sont le résultat d'un travail interétatique, expert et institutionnel, entrepris au sein des différentes instances du CoE, notamment les organes statutaires, le Comité des Ministres et l'Assemblée parlementaire.

### **L'image de l'Europe**

La création de l'image de l'Europe pluraliste et unie sur le terrain des langues remonte à la fin des années 1960, avec la construction de la diversité linguistique comme «patrimoine culturel européen». Par la suite, cette image a été maintenue et gérée au travers de la production discursive régulière du CoE dans le domaine des langues. La légitimation la plus importante se réalise avec l'émergence du discours sur le plurilinguisme (compétences partielles, mais complémentaires des individus), dès le début des années 2000. Afin de célébrer et de promouvoir la diversité des langues de l'Europe, des événements comme l'Année européenne des langues et la Journée européenne des langues ont vu le jour. Cette dernière est organisée chaque année et, de par son ampleur institutionnelle et géopolitique, elle est un événement de légitimation et de reproduction annuelles de l'image de l'Europe sur le terrain des langues et du plurilinguisme.

Dans la pluralité des langues et la diversité des pratiques linguistiques, cette Europe cherche toujours à rassembler les Etats membres dans un élan commun. Le discours sur la citoyenneté démocratique, la cohésion sociale et le dialogue interculturel devient alors emblématique de la période des années 2000-2010. La citoyenneté démocratique ne serait pas une notion strictement juridique, mais un terme plus vaste, adaptable aux différents contextes nationaux. Il engloberait l'idée d'une intégration politique et sociale des citoyens dans l'objectif de la création d'une démocratie participative. Pour cela, la réalisation de la cohésion sociale et du dialogue interculturel au niveau à la fois national et international apparaît comme une condition indispensable, elle-même conditionnée par les pratiques linguistiques des citoyens et de la reconnaissance de ces pratiques. Dans cette optique, c'est notamment l'adoption d'une

politique plurilingue qui est recommandée aux Etats membres. Le CoE fait donc vivre son image de l'Europe à travers son discours sur les langues, la diversité linguistique et le plurilinguisme. Dans le dispositif de célébration et de valorisation du plurilinguisme et de la diversité, c'est également l'Europe qui est célébrée. Elle est linguistiquement incarnée: «S'il faut une langue pour l'Europe, c'est le plurilinguisme», peut-on lire dans un document élaboré par l'Unité des Politiques linguistiques du CoE (2014).

### **Au-delà des discours sur les langues**

Le discours sur le plurilinguisme et sur l'Europe est produit par le CoE, puis diffusé et consommé dans différentes instances étatico-éducatives. Il est donc structurant des discours de ces dernières et organise l'ordre et les espaces sociaux européens, qui sont donc construits, gérés et maintenus par différentes pratiques linguistiques et discursives. Ces processus de construction de l'Europe sur un terrain d'articulation du linguistique et du social ne sont pas nouveaux, mais sont socio-historiquement et idéologiquement situés, négociés, légitimés et guidés par des intérêts individuels ou collectifs. De ces processus résulte donc une image de l'Europe qui est également diffusée et consommée, mais qui ne doit pas être tenue pour acquise. Ainsi, l'étude des discours sur les langues et leur enseignement et apprentissage, ainsi que l'étude des pratiques linguistiques effectives, sont révélatrices de problématiques et de questionnements qui dépassent les limites du linguistique et pointent vers des processus et enjeux sociopolitiques, la construction de l'Europe par le CoE sur le terrain des langues en étant un exemple. Dans l'intrication de ces processus, les langues deviennent un instrument de construction, mais également un objet d'instrumentalisation mis au service des productions idéologiques. ■

---

Zorana Sokolovska réalise sa thèse de doctorat en sociolinguistique sous la direction conjointe du Prof. Alexandre Duchêne de l'Université de Fribourg et du Prof. Dominique Huck de l'Université de Strasbourg.  
zorana.sokolovska@unifr.ch

# Keine EU im Mittelalter

**Europa stand – auch im Mittelalter – nicht unter einer Hegemonie. Hingegen gab es ähnliche Muster des Denkens und Handelns, es entstanden Kooperationen. Eine politische Union aber schien unmöglich.** Hans-Joachim Schmidt

## Une Europe médiévale?

Existait-il un concept de l'Europe au Moyen âge? L'Europe était d'abord un terme purement géographique, mais tout de même lié à une descendance généalogique commune imaginaire. La conscience d'une unité européenne naissait de l'appartenance à la chrétienté occidentale, définie comme acceptant la primauté du pape. La langue latine, la culture érudite, formée par les universités, leur caractère international, le droit commun, notamment celui de l'Eglise, et les relations commerciales constituaient un réseau de communication sur le plan européen. Mais une unité politique faisait défaut. Ni Charlemagne, ni les empereurs ultérieurs, ni aucun autre monarque n'exerçait une hégémonie. Les projets d'unification européenne, conçus au Moyen âge, sont restés des illusions.

Europa war in erster Linie ein geographischer Begriff. Er war im mittelalterlichen Weltbild gut etabliert. Die Vorstellung von der Welt (dass sie eine Kugelgestalt aufwies, war im Mittelalter unbestritten) fußte auf der Existenz von drei Kontinenten: Asien, Afrika, Europa. Die mittelalterlichen Karten präsentierten diese Dreigliederung in einem T-Schema, mitunter sehr schematisch dargestellt, bei dem Jerusalem im Zentrum der Welt angesiedelt wurde. Die aus der antiken Geographie tradierten Vorstellungen über die drei Kontinente verbanden sich mit Inhalten der Bibel. Einer der Söhne von Noah, Japhet, galt als Vorfahre der Bewohner Europas

## Europa als Kommunikationsraum

Aber gab es im Mittelalter tatsächlich ein Bewusstsein davon, dass Europa eine kulturelle Einheit bilden würde? Eine solche Vorstellung verband sich mit einem Begriff, der auf die Religion verwies: auf die *christianitas*, den Raum, der von Christen bewohnt war. Im engeren Sinne meinte der Begriff seit dem 11. Jahrhundert zunehmend das Gebiet, in dem der Primat des Bischofs von Rom zumindest prinzipiell anerkannt war. Es erstreckte sich vom Atlantik bis ins Baltikum und zu den Karpaten, vom Mittelmeer bis nach Skandinavien. Religiöse und kulturelle Prägungen folgten aus dem Konzept der *christianitas*. Gemeinsamkeiten entstanden. Sie bestanden zunächst einmal in dem Gebrauch einer gemeinsamen Sprache: des Lateins. Es ermöglichte Kommunikationen über den Raum der jeweiligen Volkssprachen hinweg. Latein war die Sprache vieler Rechtsordnungen, vor allem solcher, die gesamt-europäische Wirkung entfalteten, an

erster Stelle des Kirchenrechts, das überall im okzidentalen Europas Geltung besass und mehr als nur kirchliche Angelegenheiten regelte, sondern tief in die Bereiche von Familie, gerichtlichen Beweisverfahren, Handelsverkehr, Seefahrt, Schutz von Schwachen u.a. eingriff. Die grossen Handelsmessen, genannt seien insbesondere diejenigen in den Städten der Champagne, setzten Kaufleute aus verschiedenen Regionen in Kontakt, Waren wurden innerhalb Europas in grösserer Menge gehandelt als mit ausser-europäischen Regionen. Italienische Bankiers entwickelten seit dem 13. Jahrhundert Verfahren bargeldlosen Zahlungsverkehrs und ermöglichten – dank ihrer Filialen in den Handelszentren – ein ganz Europa umspannendes Netz des Waren- und Geldtransfers.

## Europäische Institutionen

Zu der päpstlichen Kurie – in Rom und in Avignon – kamen Delegierte aus ganz Europa und brachten ihre Anliegen vor, so wie die Päpste Legaten, Steuereintreiber und Inquisitoren nach ganz Europa aussandten, die die päpstliche Macht exekutieren sollten. Die Generalkonzilien waren die Foren gesamteuropäischer Diskussion und Beschlussfassung. Auf ihnen wurden auch politische Konflikte verhandelt und nach friedlichen Streitschlichtungen gesucht. Vor allem auf den langandauernden Konzilien von Konstanz (1414–1418) und Basel (1431–1449) trafen sich Kirchenfürsten, Herrscher, Botschafter, Gelehrte, Priester; ihnen folgen Handwerker, Kaufleute, Gastwirte, Prostituierte, Pfründenjäger und Prozessbevollmächtigte aus ganz Europa. Die grossen Orden formten gesamt-europäische Institutionen der Partizipation

und der Kontrolle. Besonders ausgefeilt war die Verfassung des zu Beginn des 13. Jahrhunderts entstandenen Dominikanerordens, der ein Gefüge von Generalkapitel, die regelmässig und wechselweise in verschiedenen grossen Städten Europas tagten, und von Generalmagistern und auf der Ebene von Ordensprovinzen von Kapitel und Provinzialprioren errichtete.

Die Universitäten, die seit dem endenden 12. Jahrhundert – zuerst in Bologna, dann in Paris – entstanden und schliesslich in schneller Folge in vielen Städten Europas gegründet wurden, zogen Lehrende und Studierende auch aus grosser Entfernung an. Sie schlossen sich mitunter verschiedenen regionalen Herkunftsgruppen (den *nationes*) an, lehrten und lernten aber gemeinsam, übten sich im Gebrauch der lateinischen Sprache, gebrauchten gemeinsame Verfahren des Argumentierens und formten eine intellektuelle und institutionelle Gemeinsamkeit.

Auch militärisch und politisch gab es Gemeinsamkeiten des okzidentalen Europas. Es waren Gemeinsamkeiten, die Gewalt handeln gegen Feinde der Christenheit koordinieren sollten. Der Aufruf zum Kreuzzug, den Papst Urban II 1095 in Clermont verkündete, verlangte, dass die Adligen, die sich untereinander bekämpften und sich wie Räuber aufführten, nunmehr zu Kämpfern Christi werden sollten. Der mittelalterliche Geschichtsschreiber Guibert von Nogent berichtete bewundernd, wie die Vertreter der verschiedenen Völker Europas zum Kreuzzug aufbrachen. Aber die Rivalitäten zwischen den Königen und Fürsten endeten nicht. Der englische König Richard Löwenherz und der französische König Philipp mussten sich gegenseitig zusichern, gleichzeitig ihre Königreiche zu verlassen und zum Krieg gegen die Muslime aufzubrechen, um nicht dem anderen das Feld in der Heimat zu überlassen. Rivalitäten behinderten auch während des Kreuzzuges gemeinsame Unternehmungen.

### Frühe «EU-Projekte»

Gab es in Europa politische Kooperationen oder gar politische Hegemonien? Karl der Grosse, den Papst Leo III. zu Weihnachten 800 zum Kaiser krönte, liess sich schon von zeitgenössischen Autoren zwar als Vater oder Haupt Europas bezeichnen, so auch in dem Paderborner Epos von 799. Aber ein Bestreben, eine politische Vereinigung Europas zu erreichen, gar unter seiner Herrschaft, gab es nicht. Die mittelalterlichen

Kaiser, die in der Tradition Karls des Grossen standen, haben noch weniger versucht, eine hegemoniale Position in Europa zu erringen. Das heilige römische Reich war auf Deutschland und – immer weniger wirkmächtig im späten Mittelalter – auf das nördliche Italien beschränkt. Was blieb, war ein Vorrang der Würde; Befehlsgewalt gegenüber anderen Königen war ausgeschlossen. Dies hat auch Papst Urban IV. deutlich wahrgenommen, der in einen Brief an den oströmischen Patriarchen schrieb, dass anders als dieser, der Papst mit vielen weltlichen Herrschern kooperieren und deren unterschiedliche Interessen berücksichtigen müsse. Letztlich illusionäre Projekte wurden konzipiert. Vielleicht hing Kaiser Otto III. ihnen an, die aber eine Wiederherstellung des einstigen römischen Reiches erstrebten. Der französische Jurist Jacques Dubois hat um das Jahr 1300 ein Projekt entworfen, das eine Vereinigung der europäischen Herrscher vorsah – indes unter der Herrschaft des französischen Königs, was aber keinem anderen Herrscher in den Sinn kam, zu akzeptieren. Dante Alighieri hat zur selben Zeit zwar die Notwendigkeit dargelegt, dass der römische Kaiser über die ganze Welt eine universale Herrschaft ausübe, aber dies war weder realistisch noch betraf es Europa allein. Am Ende des Mittelalters hat der böhmische König Georg Podiebrad einen europäischen Fürstenbund – diesmal auf der Basis der Gleichberechtigung – vorgeschlagen, um gemeinsam gegen die Muslime vorzugehen.

### Keine politische Einigung

Realisiert wurden diese und andere Projekte nicht. Die Menschen in Europa agierten zwar in einem eigenen Aktionsraum. Daraus entstanden auch Kooperationen. Was nicht entstand, war ein europäischer Frieden und nicht einmal eine Gemeinsamkeit der Interessen. So war auch im Mittelalter Europa der Schauplatz heftiger Konflikte. Eine institutionelle Einigung fehlte im Mittelalter. Erst in unserer Gegenwart, nach selbstzerstörerischen Kriegen und angesichts der Herausforderungen globalisierter Konkurrenz, werden gemeinsame europäische Institutionen geschaffen, um auch eine politische Einigung zu erreichen. ■

# Un livre pour l'Europe

Qu'est-ce qu'un Européen? A l'heure où l'UE politique s'interroge sur ce qui lie ses Etats, *Le Livre du courtisan* rappelle les fondements de notre vivre ensemble, fait de nonchalance, de courtoisie et d'élégance. Uberto Motta

## Anleitung zum perfekten Europäer

*Le livre du Courtisan* von Baldassarre Castiglione gehört zu jenen Werken, welche die Definition der kulturellen Identität des modernen Europa geprägt haben. Das Buch, welches 1528 in Venedig erstmals veröffentlicht wurde, genoss in den darauffolgenden Jahrzehnten und gar Jahrhunderten einen immensen Erfolg. Was Castiglione als edelstes Ziel der Zivilgesellschaft definiert hat, stellt, auch heute noch, eine unumgängliche Herausforderung für Europa dar: Die Fähigkeit, in Friede und Harmonie zusammenzuleben, ohne dabei die Unterschiede zu unterdrücken, sondern, ganz im Gegenteil, im Bewusstsein, dass eines jeden Eigenschaften zu einem wahren Reichtum beitragen. Denn: Nur über die Konfrontation verschiedener Ansichten gelingt es dem Menschen, sich der Wahrheit zu nähern. Noch heute hat Castigliones Appel zum Dialog nicht an Aktualität eingebüsst.

*Le livre du courtisan* de Baldassarre Castiglione est certainement l'un de ceux qui a le plus contribué à la définition de l'identité culturelle de l'Europe moderne. Cet ouvrage fut publié pour la première fois à Venise en 1528 et, dans les décennies et les siècles qui suivirent, il obtint un succès immense. Des traductions sont immédiatement apparues en Espagne et en France; la première version en anglais fut imprimée à Londres en 1561. En Allemagne, le texte fut d'abord apprécié dans des traductions en latin, et ne parut que plus tard dans sa version germanophone à Dillingen, Frankfurt et Dresde. La foule de ses lecteurs et admirateurs comptait, par exemple, Jean-Baptiste de Colbert, le ministre de Louis XIV, qui en possédait une copie en italien. Dans la préface à la traduction anglaise, publiée en 1724 (avec une dédicace à John, duc de Montagu), Robert Samber constatait que *Le livre du courtisan* était encore lu, aimé et étudié dans les villes de toute l'Europe, en tant qu'ouvrage exemplaire pour la définition du gentilhomme et de la femme bien élevée.

## Manuel du parfait Européen

Historiquement, *Le livre du courtisan* a rempli pour l'Europe la fonction identitaire qui, à l'époque classique, avait été endossée par des ouvrages comme *l'Ethique à Nicomaque* d'Aristote, la *Cyropédie* de Xénophon ou *Les devoirs* de Cicéron. Le texte de Castiglione a ainsi développé le parcours de formation morale et comportementale, avec ses stratégies pédagogiques et ses idéaux, auquel l'Europe entière s'est conformée à travers les siècles. Par conséquent, aujourd'hui, nous pouvons reconnaître dans cet ouvrage à la fois l'origine et les

fondements de l'homme et de la femme européens, avec leurs traits particuliers, leurs capacités et leurs désirs, ainsi que leur savoir-vivre, dont la première caractéristique est leur aptitude au dialogue constructif avec toutes et tous, au-delà des différences réciproques.

En effet, ce que Castiglione avait défini comme l'objectif le plus noble de la société civile représente, aujourd'hui encore, un défi inéluctable pour l'Europe: la capacité de vivre ensemble dans un équilibre pacifique, sans prétendre supprimer les différences, mais, au contraire, en considérant les spécificités de chacun comme de véritables richesses, car seule la confrontation de plusieurs voix permet à la nature humaine de s'approcher de la vérité. Dans cette perspective, la cour d'Urbino à l'époque de la Renaissance, que Castiglione prend comme modèle de sa construction épistémique, est une société réellement ouverte et accueillante. Personne n'en est exclu, à condition qu'il ou elle en accepte et respecte des règles de base. Personne ne peut nourrir la prétention de posséder seul le savoir. Il y est, au contraire, tenu pour acquis que la conversation et la cohabitation permettent de s'éduquer mutuellement. Castiglione transmet à l'Europe la structure maïeutique des dialogues de Platon comme schéma de base pour la construction de sociétés qui, en se complexifiant, ne cessent de chercher à être justes.

## Nouvel idéal

Dans l'histoire culturelle européenne, le texte de Castiglione constitue le maillon qui relie la magnanimité célébrée par Aristote et l'intelligence aigüe du prince ►



2015

**Charlie Hebdo**

Nice, rassemblement à la place Garibaldi en mémoire de l'attentat perpétré contre le magazine *Charlie Hebdo*, le 11 janvier 2015. L'acte terroriste a coûté la vie à 12 personnes, dont des membres de la rédaction du magazine satirique.

**Pour aller plus loin**

- > N. Elias, *Über den Prozeß der Zivilisation*, Bâle, 1939
- > M. Fumaroli, *L'âge de l'éloquence*, Paris, 1980
- > P. Burke, *The Fortunes of the Courtier*, Cambridge, 1995
- > M. Domenichelli, *Cavaliere e gentiluomo. Saggio sulla cultura aristocratica in Europa*, Rome, 2002
- > A. Quondam, *La conversazione. Un modello europeo*, Rome, 2007
- > D.M. Cox, *Aristocratic Masculinity in France (1450–1550). From Knight to Courtier*, Lampeter 2013

Hamlet esquissée par William Shakespeare, lecteur, lui aussi, du *Courtisan*. Il se fonde sur la mise en valeur des vertus de la prudence et de l'autocontrôle, de la générosité et de la discipline intérieure. Ni l'irréflexion, ni la couardise, ni l'avarice, ni la présomption, ni la naïveté, ni l'immatrité ne conviennent à l'homme moderne. Afin de bien vivre avec et parmi les autres, celui-ci doit, au contraire, apprendre la *negligentia diligens* (négligence diligente), déjà recommandée par Cicéron, qui rend les comportements humains discrets, agréables et cordiaux ou, dit autrement, urbains, sobres et respectueux. Dans l'Europe féodale, le chevalier se devait d'être agressif et imposant. Castiglione, quant à lui, prône la politesse et la gentillesse, propices à l'art de la conversation, de la politique et de la diplomatie.

**Les bases de l'élégance**

L'écrivain britannique d'origine indienne Salman Rushdie a affirmé que, pour comprendre complètement une société, il faut identifier et reconnaître les mots qui offrent une synthèse éloquente de ses idéaux. Le nouveau terme introduit par Castiglione dans la science pédagogique de l'Europe moderne est *sprezzatura* (nonchalance, *understatement* ou *Lässigkeit*). Seule la nonchalance, tirée de la conscience de ses propres limites et non de l'ostentation de ses qualités, permet de résoudre les différends dans la collaboration et le dialogue, plutôt que dans le conflit permanent. La nonchalance est, en effet, la manifestation pragmatique de la courtoisie, qui distingue l'homme bien élevé du sauvage, la politique de la guerre. Un homme civilisé – écrit Gabriel Harvey, professeur de rhétorique à l'Université de Cambridge durant la deuxième moitié du XVI<sup>e</sup> siècle, dans une annotation en marge de sa copie du *Courtisan* – sait user en toutes choses d'une certaine grâce ou politesse et est capable de défendre ses idées en respectant celles d'autrui, cherchant ainsi non l'affrontement, mais l'entente.

Durant le XVI<sup>e</sup> siècle, la force du projet de Castiglione s'affirme dans toute l'Europe, de la Pologne (où *Le courtisan* polonais de Lukasz Górnicki, dédié au roi Sigismond II,

est publié en 1566) au Portugal, avec les dialogues de *A corte na aldeia* (1619) de Francisco Rodrigues Lobo. L'ouvrage influence en profondeur les comportements quotidiens des hommes et des femmes, au-delà de la vie littéraire et indépendamment des identités nationales. Le courtisan parfait de Castiglione devient l'honnête homme en France, le *gentleman* en Angleterre. Dans les maisons de la haute bourgeoisie d'Amsterdam et de Zurich, comme dans les salons parisiens, revit l'esprit de la Renaissance italienne, dans la certitude que l'élégance est une valeur autant formelle que sociale, qui favorise le respect mutuel. Gentilshommes à la campagne et professeurs d'université, politiciens et ecclésiastiques, hommes et femmes de toute nation (à Florence, à Berne, comme en Scandinavie), ont lu et aimé durant des siècles cet ouvrage, qui a ainsi fourni un apport majeur au processus de civilisation, dont Norbert Elias affirme qu'il constitue un des ingrédients de l'Europe moderne. On arrive, en suivant cette tradition, à l'écrivain irlandais William Butler Yeats, qui – encore au début du XX<sup>e</sup> siècle – a rappelé l'importance de l'enseignement de Castiglione aux hommes malades de l'abstraite modernité, en tant que manifeste d'un art nouveau d'habiter le monde, centré sur la pleine conscience de ses propres responsabilités politiques et morales, mais aussi capable de traduire l'intelligence de la réalité en comportements joyeux et détendus (?), malgré les turbulences de la vie et de l'histoire. Aujourd'hui encore, alors que renaissent les tentations de recourir à la force et à la revendication de sa propre supériorité pour résoudre les tensions politiques, et où disparaît l'art du savoir-vivre et la maladresse redevient raison d'orgueil et de mérite, l'appel de Castiglione au dialogue et à la distanciation n'a rien perdu de son actualité. ■

# Europa: Exklusion und Inklusion

«Dass in jedem bewohnten Zentrum, [...], die Gräber auf den Friedhöfen Inschriften in den verschiedensten europäischen Sprachen tragen, aber fast alle das gleiche christliche Kreuz aufweisen». Wie christlich ist Europa? Mariano Delgado

## A qui l'Europe?

Vers 420, Paul Orose, un élève de Saint Augustin, écrit: où qu'on arrive en tant que Romain et chrétien, on trouve un «refuge», puisque partout se trouvent «une patrie, une loi et une religion». Mais l'Empire romain était-il l'«Europe»? Selon Michael Borgolte, au Moyen âge, l'Europe était définie par trois puissances religieuses ayant chacune sa propre zone culturelle: l'Eglise latine, organisée autour de Rome; la région du christianisme orthodoxe et, finalement, celle marquée par l'islam comprenant le sud de l'Espagne, la Sicile, ainsi que l'Europe centrale et occidentale. A l'Est comme à l'Ouest, on prend conscience que l'Europe était avant tout un projet chrétien visant à se distinguer du monde musulman. Tout comme les Grecs et les Romains auparavant, l'Europe chrétienne se veut un projet civilisateur contre la barbarie orientale (musulmane ou turque). Ce n'est que depuis les guerres contre les Turcs, au début de l'ère moderne, que se pose la question de la transition du paradigme de l'exclusion vers celui de l'inclusion.

In seinem Buch «Ein christliches Europa. Erkundungsgänge» (Regensburg 2004, 25–27) schlägt der bekennende Jude Joseph H. H. Weiler vor, einige – etwa fernöstliche – Touristen Europa erkunden zu lassen. Sie würden u.a. erzählen: «Dass in jedem bewohnten Zentrum, auch im kleinsten, die Gräber auf den Friedhöfen Inschriften in den verschiedensten europäischen Sprachen tragen, aber fast alle das gleiche christliche Kreuz aufweisen [...]. Dann würden sie erzählen, dass keine Stadt und kein Dorf ab einer bestimmten Grösse existiert, das nicht mindestens eine christliche Kirche hat, gelegentlich auch mehr als eine [...], oft von majestätischer Schönheit, oft in beherrschender Lage im Herzen des öffentlichen Raumes.»

Lassen wir die Frage beiseite, ob diese christlichen Spuren, zumal die Kirchenbauten, Zeichen für ein noch gelebtes Christentum «im Herzen des öffentlichen Raumes» sind oder eher im Sinne Nietzsches als «Grabmäler Gottes» zu betrachten wären: Auf alle Fälle deuten sie auf eine historisch-kulturelle Prägung Europas als christliches Projekt hin.

## Europa als christliches Projekt

Das Christentum hatte sich auf die antike Kultur eingelassen und diese umgeformt zu einem «christlichen Projekt». Paulus Orosius, ein Schüler Augustins, schreibt um 420: wo man als Römer und Christ auch hinkomme, finde man «Zuflucht», denn überall sei «ein Vaterland, ein Gesetz und eine Religion». Aber war das Römische Reich «Europa»? Auch wenn man zugibt, dass Europa keine geographische Einheit ist, sondern eher «ein vorwiegend kultureller und historischer Begriff» oder «eine wirkende geisti-

ge Gestalt», fällt es schwer, das Römische Reich als Europa zu betrachten. Denn es fehlt dabei die Christianisierung der germanischen und slawischen Völker, die von der Taufe Chlodwigs (498) bis zur (gewaltsamen) Inklusion der Balten und Pruzen im 15. Jh. tausend Jahre in Anspruch nahm und jenen inneren Verbund herbeigeführt hat, «der Europa ausmacht».

## Niederlage in der Heimat

Mit Michael Borgolte kann man sagen, dass Europa im Mittelalter von drei religiösen Kräften mit jeweils eigenen Kulturzonen bestimmt wurde: die um Rom angeordnete lateinische Kirche; die Zone des orthodoxen Christentums, die von Byzanz ausgeht und dann in die Rus' und auf den Balkan hineinwirkt; schliesslich die vom Islam geprägte Kulturzone in Südspanien, Sizilien, Ost- und Ostmitteleuropa. Das Judentum als Religion ohne Herrschaftsbereich war auch eine kulturelle Grösse. Der nachhaltigste Einfluss auf Europa als kulturellen und historischen Begriff ging zwar von der römischen, lateinischen Zone aus. So wurde in der Karolingischen Renaissance erstmals der Begriff «Europa» quasi inflationär verwendet – etwa in der Bezeichnung Karls des Grossen im Paderborner Epos als «Vater Europas», «hochragenden Leuchtturm Europas» oder «verehrungswürdigen Gipfel Europas». Gleichwohl entstand im Osten und im Westen das Bewusstsein, dass Europa ein christliches Projekt in Abgrenzung zur islamischen Welt war.

Nach dem Fall Konstantinopels 1453 bringt dies Enea Silvio Piccolomini, der spätere Papst Pius II., mit diesen Worten auf den Punkt: «In der Vergangenheit wurden wir in Asien und Afrika, also in fremden Ländern, ▶

### Quellen/Literatur

- > *Die antike Weltgeschichte in christlicher Sicht*, 2 Bde. Übers. von A. Lippold, eingel. von C. Andersen, Zürich/München 1985–1986, hier Bd. II,9: V,2,1
- > Vgl. u.a. H. Münkler, *Die politische Idee Europa*, in: *Herausforderung Europa. Wege zu einer europäischen Identität*, hg. M. Delgado / M. Lutz-Bachmann München 1995, 9–27
- > R. Guardini, «Damit Europa werde...». *Wirklichkeit und Aufgabe eines zusammenwachsenden Kontinentes*, Mainz 2003, 57.
- > A. Angenendt, *Geschichte der Religiosität im Mittelalter*, Darmstadt 2000
- > Vgl. Michael Borgolte, *Christen, Juden, Muselmanen. Die Erben der Antike und der Aufstieg des Abendlandes 300 bis 1400 n. Chr.*, Berlin 2006
- > Vgl. *Karolus Magnus et Leo Papa. Ein Paderborner Epos vom Jahre 799*, hg. von J. Brockmann u.a., Paderborn 1966
- > F. Cardini, *Europa und der Islam. Geschichte eines Missverständnisses*, München 2000, 171
- > J. L. Vives, *Obras políticas y pacifistas*, hg. von F. Calero, Madrid 1999, 283f
- > Larry Siedentop, *Demokratie in Europa*, Stuttgart 2007, 297

geschlagen. Jetzt aber trifft man uns in Europa, unserer Heimat, unserem Zuhause. Man wird einwenden, dass die Türken früher schon von Asien nach Griechenland eingedrungen waren, die Mongolen sich in Europa festsetzten und die Araber einen Teil Spaniens besetzten [...]. Aber noch nie haben wir eine Stadt oder Festung wie Konstantinopel verloren.»

### Zur Vernunft bekehren

In der Nachfolge der Griechen und Römer verstand sich das christliche Europa als zivilisatorisches Projekt gegen die asiatische (islamische oder türkische) Barbarei. Spätestens seit den Türkenkriegen der Frühen Neuzeit stellt sich aber die Frage nach dem Übergang vom Paradigma der Exklusion zu dem der Inklusion, sieht man doch dass die Muslime auf die Dauer aus Europa nicht zu verdrängen sind und durchaus zivilisierte Regierungsformen haben, wenn man vom fehlenden Christentum absieht. Auch unter den Bedingungen Europas als christliches Projekt hielten Humanisten wie Luis Vives den Einschluss der Türken für möglich. Von der Wahrheit und Schönheit des christlichen Glaubens überzeugt, hegte er die Hoffnung, dass sich ihm eines Tages auch die siegreichen Türken nicht würden verschliessen können. «Asien» müsse nicht aus Europa zurückgedrängt, sondern evangelisiert und europäisiert werden. Er forderte seine Mitchristen auf: Schlagen wir die Türken nicht mit den gewöhnlichen Waffen des Krieges zurück, sondern versuchen wir, sie mit den «Waffen Christi» umzustimmen und zu gewinnen, so wie wir selbst von den Aposteln bekehrt wurden: «mit Argumenten, die der Natur und dem Verstand des Menschen angemessen sind, mit einer integren Lebensführung». Auf dem Boden des christlichen Europa konnte die Inklusion nur durch Taufe erfolgen.

### Klare Spielregeln

Seit der Französischen Revolution (1789) leben wir tendenziell in einem neuen Paradigma: nicht das Christentum in den verschiedenen Konfessionen ist die Polis-Religion, sondern eine von den Menschenrechten geprägte Zivilreligion mit der entsprechenden politischen Kultur eines

Rechtstaats (parlamentarische Demokratie, Gewaltentrennung, Religionsfreiheit, Primat des säkularen Rechts). Für Larry Siedentop stellen die Menschenrechte so etwas wie «die ursprüngliche Verfassung Europas» dar und wurzeln in der christlichen Lehre von der sittlichen Gleichheit und Freiheit aller Menschen. Andere wie Hans Joas relativieren die Bedeutung des Christentums bei der Genealogie der Menschenrechte und verweisen darauf, dass die Grosskirchen am Anfang gegen sie waren und sich in Europa auch ein säkularer Humanismus entwickelte, der sich nicht auf das Christentum ausdrücklich zu beziehen brauchte (bzw. dieses sogar als Negativfolie benutzte).

Dieser Streit ist mühsam und ohne Aussicht auf Konsens – wie nicht zuletzt die Kontroverse über die Erwähnung der «christlichen Wurzeln» Europas in der EU-Verfassung gezeigt haben dürfte. Tatsache ist, dass Europa sich über eine Exklusion oder Inklusion der Migranten aus anderen kulturellen Räumen ernsthaft Gedanken machen muss. Mag die von Vives erträumte sanfte Integration der «Türken» ins «christliche Europa» heute obsolet geworden sein. Dringend aktuell ist weiterhin die Aufgabe, auf die neuen Migranten freundlich zuzugehen und ihnen dabei deutlich zu signalisieren, dass Europa zwar eine offene Wertgemeinschaft ist, in die man sich unabhängig von Rasse, Kultur und Religion kreativ einbringen kann, aber dass es zugleich unabdingbar ist, seine Polis-Religion und seine politische Kultur zu akzeptieren, wenn man dazugehören möchte. Ansonsten schliesst man sich selber aus. *Tertium non datur.* ■

# Une Europe spirituelle à deux poumons

Comme le disaient Jean Paul II et Benoît XVI, l'Europe respire à deux poumons, l'Orient et l'Occident. L'Europe est invitée à puiser dans son patrimoine spirituel si elle veut trouver un souffle nouveau. François-Xavier Amherdt

## Aus der Vergangenheit lernen

Wie schon Johannes Paul II und Benedikt XVI sagten: Europa verfügt über zwei Lungen, Orient und Okzident. Wenn es auch reduziert wäre, zu Europa nur von dessen «jüdisch-christlichen» Wurzeln zu sprechen – weil damit dem Islam unrecht getan würde – so ist es doch unverrückbar, dass die Gründung unseres Kontinents sich auf ein biblisches Fundament mit griechisch-lateinischem Sockel stützt. Das in Europa, vor allem in Andalusien, über Jahrzehnte zumeist friedliche Zusammenleben von Muslimen, Juden und Christen, sowohl in architektonischer, intellektueller wie auch künstlerischer Hinsicht, bleibt ein einzigartiges Model in der Geschichte. Es sollte als Matrix dienen für eine Ko-Existenz zwischen Kulturen und religiösen Traditionen in diesem zweiten Jahrzehnt des XXI. Jahrhunderts, wenn der Antisemitismus in Frankreich (wie auch in der Schweiz) erneut zu blühen beginnt und wir mit islamophoben Reaktionen antworten auf islamistische Attentatswellen, die auch auf unseren Kontinent überschwappen. Europa ist aufgefordert, heute aus seinem spirituellen Erbe zu schöpfen, wenn es erneut zu Atem kommen will.

S'il est réducteur de ne parler pour l'Europe que de «racines judéo-chrétiennes» – car ce serait oublier ce qu'elle doit à l'islam –, il est indéniable que notre continent s'appuie sur des fondations bibliques combinées au socle gréco-latin. Pour moi qui enseigne la guitare classique et tâte tant bien que mal du flamenco, il serait inconcevable de ne pas reconnaître ce que la culture européenne doit aux richesses de l'islam arabe. Sans doute, l'Occident européen ne serait-il pas absolument le même sans les traducteurs arabes d'Aristote, Averroès et Avicenne, pour ne citer qu'eux. La cohabitation, somme toute assez harmonieuse, en Europe, notamment en Andalousie pendant des siècles, des civilisations musulmane, juive et chrétienne, tant sur le plan architectural, intellectuel qu'artistique, demeure un modèle peu égalé dans l'histoire.

## Une rencontre Orient – Occident

Elle devrait servir de matrice à une coexistence entre les cultures et les traditions religieuses en cette deuxième décennie du XXI<sup>e</sup> siècle, à l'heure où l'antisémitisme recommence à fleurir en France (comme en Suisse) et où les réflexes d'islamophobie répondent à la vague d'attentats islamistes qui déferle sur notre continent et ailleurs. Je ne pense pas à cet égard que la couverture du numéro spécial de *Charlie Hebdo*, un an après le drame de janvier 2015, représentant le Dieu Trinité des chrétiens portant une kalachnikov, avec du sang sur les bras (et la légende «L'assassin court toujours»), ainsi que l'article crachant son venin contre le Pape François, les évêques et les catholiques français fassent rire quiconque, ni avancer la recherche de compréhension mutuelle. Ce genre de manifestation laïciste hargneuse

ne fait que jeter de l'huile sur le feu et creuser le vide, spirituel dans lequel s'engouffrent, hélas, les discours appelant à la radicalisation djihadiste.

Le 7<sup>e</sup> Forum bilingue et interdisciplinaire «Fribourg Eglise dans le monde», co-organisé par l'Institut pour l'étude des religions et le dialogue interreligieux, ainsi que par le Centre d'études pastorales comparées de la Faculté de théologie fribourgeoise, début décembre 2015, s'est consacré aux 50 ans de la déclaration du concile Vatican II *Dignitatis humanae* sur la liberté religieuse. A cette occasion, nous avons assisté à une rencontre musicale inédite et fascinante entre l'oud arabe (sorte de luth) de Marwan Abado et le cembalo classique de Paul Gulda (de Vienne): entendre jouer un prélude de Bach sur un instrument oriental ou un clavecin occidental se mettre au diapason des mélodies en «arabesque», au sens étymologique du terme, a littéralement captivé l'auditoire. C'est à une semblable liberté artistique et religieuse, si proche de l'indépendance d'allure du juif proche-oriental Jésus, dépassant toutes les frontières, que le dialogue interculturel et interreligieux européen est convié.

## Quelles racines?

Certes, il demeure incontestable que notre continent s'appuie sur un socle gréco-latin combiné avec des fondations judéo-chrétiennes, sans que cela exclue les autres influences, nordiques, africaines ou moyen-orientales. C'est sur la base aristotélicothomiste que s'est édifiée la philosophie européenne, et c'est dans l'interface entre la métaphysique de l'essence et de l'existence des penseurs athéniens et les composantes de l'Alliance biblique que notre culture ►

inscrit ses racines les plus profondes. Mozart et Beethoven, les cathédrales et les sanctuaires, la scolastique et la dialectique, la démocratie et les droits de l'homme en sont parmi les innombrables fruits les plus savoureux.

On parle beaucoup de ces racines judéo-chrétiennes, de la Pologne à la France, de la Hongrie à la Grèce et à la Suisse, dans les débats sur l'accueil des vagues de migrants, la déchéance de nationalité pour les binationaux, l'expulsion automatique des criminels étrangers, y compris de deuxième et troisième générations, et les massacres terroristes perpétrés par des fondamentalistes islamistes. Quoi qu'il en soit, il n'existe, ni n'existera jamais de « races pures » et l'universalité « catholique » du message du Christ évangélique et de l'Église chrétienne nous rappelle que tout être humain est un frère, une sœur, que chaque immigrant a la même dignité que nous, façonné à l'image du Dieu créateur et sauveur de tous, que le lot de l'Europe – autant que des USA ou que de l'Australie – est celui de la multiculturalité et, donc, de la pluralité des traditions religieuses.

### **Pèlerinage de confiance**

Depuis des décennies, la communauté œcuménique de Taizé en Bourgogne le rappelle aux dizaines de milliers de jeunes qui, chaque année, fin décembre, entre Noël et le passage du Nouvel-an, se rassemblent pour un « pèlerinage de confiance » dans un pays et une cité européenne (par exemple, en 2015, la 38<sup>e</sup> rencontre à Valencia, autour du thème de la miséricorde). Ce n'est qu'en puisant dans son si abondant patrimoine culturel que le Vieux Continent pourra inventer un avenir neuf. Les fondations purement économiques ne suffisent de loin pas, nous l'avons constaté à travers les crises à répétition de ces dernières années, que la Banque Européenne n'est jamais parvenue à juguler. La construction politique et institutionnelle est indispensable, mais elle peine à se réaliser. L'Europe dispose de trésors culturels et spirituels où la nouvelle génération n'attend que de s'abreuver goulument, les groupes réunis par les moines ne cessent de l'affirmer à chaque édition du rassemblement – c'était le cas également à

Genève en décembre 2007, pour la 30<sup>e</sup> rencontre annuelle de la communauté qui avait regroupé près de 40'000 jeunes.

### **Une nouvelle jeunesse**

Quand il s'est exprimé devant le Parlement européen à Strasbourg en 2014, le « vieux » Pape François, premier souverain pontife non-européen, ne s'est pas privé, avec sa verdeur habituelle, de fustiger la « vieille » Europe, vieille de son matérialisme, de sa technocratie, de ses illusions de progrès scientifiques, de ses rivalités anachroniques, de son repli frileux, de son luxe destructeur pour la planète. Il a rappelé aux politiciens présents ce que son prédécesseur polonais n'avait cessé de proclamer: l'Europe respire à deux poumons, le catholique-romain et l'oriental (catholique et orthodoxe). Elle est appelée à boire aux sources des Pères grecs et latins, autant Augustin d'Hippone, Ambroise de Milan et Grégoire le Grand que Basile de Césarée, Grégoire de Nazianze, Origène et Cyrille d'Alexandrie. Et le jubilé des 1500 ans de l'Abbaye de St-Maurice, la plus ancienne toujours en activité sans interruption au nord des Alpes, nous l'a vivement rappelé: elle doit son existence à une légion de soldats thébains égyptiens, elle se nourrit donc du lien entre l'Occident et l'une des sources du christianisme oriental.

Foin des oppositions ravivant la guerre froide entre la Russie de Vladimir Poutine et l'OTAN d'Angela Merkel et des autres européens, foin des conflits à propos de la Crimée et de l'Ukraine. Après avoir détruit le mur de Berlin, ne reconstruisons pas des barrières de barbelés en Serbie, Croatie ou Slovénie. Puissent les nombreux étudiants orthodoxes de Chambésy réalisant à Fribourg un parcours de formation et les conventions que nous avons établies avec le Patriarcat de Moscou et d'autres instances orthodoxes faire de notre Faculté catholique et de notre Université dans son ensemble un signe levé sur l'Europe spirituelle de demain! ■



### **Flüchtlingskrise 2015**

Ankunft eines Flüchtlingsboots vor der Küste bei Skala Sikamineas auf der griechischen Insel Lesbos im Oktober 2015. Alleine im August 2015 strandeten nach Schätzungen der griechischen Küstenwache 100'000 Flüchtlinge auf griechischen Inseln.

# Travailler sans diplôme, et après ?

Une nouvelle formation après plusieurs années de travail? Oui, mais que vaut mon expérience professionnelle sans diplôme pour la certifier? Un guide permet aujourd'hui de développer ces processus de validation. Philippe Morel

Judith a 31 ans. Au cours de ses études pour devenir enseignante, elle a commencé à effectuer des remplacements, puis obtenu une place fixe dans une école du secondaire I du Canton de Fribourg, laissant peu à peu ses études de côté. Aujourd'hui, elle aimerait construire sa vie familiale à Genève et, pour cela, elle souhaite postuler dans une école du bord du lac. Voilà sept ans qu'elle travaille en milieu scolaire, mais ne dispose toujours d'aucun diplôme. Judith doit-elle recommencer ses études là où elle les a laissées ou existe-t-il un moyen pour elle de valider son expérience pratique?

En effet, l'accès à la majorité des professions est conditionné par l'obtention d'un diplôme validant une formation académique et/ou professionnelle précise, acquise dans un lieu donné. Aujourd'hui, ce système montre pourtant ces limites. En effet, les reconversions sont devenues monnaie courante et les frontières géographiques s'ouvrent davantage. Alors comment faire valoir des diplômes et des expériences souvent difficilement comparables? Pour contrer ce problème, il devient absolument nécessaire de pouvoir valider ses acquis d'expérience.

L'exemple de Judith n'est pas un cas isolé. En Suisse, par exemple, la pénurie d'enseignants dans certaines matières entraîne l'engagement dans des écoles, tant privées que publiques, de professeurs qui n'ont pas complété un cursus académique d'enseignement. Lorsque ceux-ci souhaitent régulariser leur situation, l'expérience pratique ainsi acquise peut les dispenser de suivre certaines matières (jusqu'à un tiers des crédits ECTS pour l'enseignement primaire et un quart pour le secondaire), ce qui leur permet de réduire la durée de leur cursus.

Ce procédé va cependant à l'encontre de la réforme de Bologne, qui ne valide que le suivi de cours et la réussite des examens.

## Des modèles très divers

Roland Pillonel, directeur du Centre d'enseignement et de recherche pour la formation à l'enseignement (CERF) de l'Université de Fribourg, en charge de la formation des enseignants secondaires I & II, le confirme: «Grâce à son système de formation, la Suisse ne compte que peu de personnes actives sans diplôme en comparaison avec l'Union européenne. Mais l'évolution du marché de l'emploi va dans le sens d'une plus grande mobilité géographique et sectorielle.» Les expériences étant, par définition, plurielles, il est indispensable que leur validation obéisse à des critères clairement définis: «Pour les enseignants, la validation des acquis d'expérience (VAE) est harmonisée au niveau romand et se conduit sur dossier. C'est donc à chaque candidat de justifier en quoi son expérience particulière peut se substituer au suivi d'un cours. Mais ce modèle n'est pas facilement transposable à toutes les professions: un menuisier ou un horticulteur peut-il vraiment justifier son expérience sur dossier? Une autre approche serait peut-être plus adéquate.»

Le passage en revue des modalités de VAE utilisées au sein de l'Union européenne montre à quel point elles s'appliquent de manières diverses. Quelques exemples. En Suisse, elles suivent la logique du modèle de formation professionnelle et sont laissées au bon soin de chaque branche. En Belgique, par contre, c'est un consortium qui s'en charge au niveau national et les diplômes acquis de manière classique

différent de ceux acquis par VAE. En Suisse, ils sont identiques. En Belgique, le processus repose, quant à lui, sur un examen de mise en situation professionnelle, alors qu'au Luxembourg il s'accomplit uniquement sur dossier. Ce même dossier sera rédigé par le candidat lui-même en Suisse, avec l'aide d'un assistant au Luxembourg et intégralement par ce même assistant en Catalogne. «Toutes ces manières de faire ont leurs avantages et leurs inconvénients, explique Roland Pillonel. Prenons l'examen de mise en situation professionnelle: il est aisé à mettre en place, mais donner une leçon d'une heure devant un panel d'examineurs reflète-t-il vraiment la capacité d'un enseignant à conduire une classe? Sans oublier que la reconversion professionnelle touche souvent des gens qui se sont trouvés en situation d'échec scolaire, et qui ne sont donc pas à l'aise en situation d'examen.»

### Pas de solution toute faite

Alors, comment s'y reconnaître? Afin de déterminer les bases d'un guide de bonnes pratiques en matière de VAE, des chercheurs provenant de cinq pays et régions européens (Belgique, Catalogne, Irlande, Luxembourg et Suisse) ont lancé Validoss, un projet de type Leonardo da Vinci, l'un des programmes sectoriels du programme européen «Education et Formation tout au long de la vie», dont l'idée est de donner une impulsion aux systèmes de formation et d'enseignement professionnels en Europe. Roland Pillonel a piloté Validoss au niveau suisse. Le projet avait trois objectifs: mettre en parallèle les diverses pratiques, rédiger un guide soutenant la mise sur pied d'un processus de VAE et organiser un colloque sur le sujet.

Face à la diversité des pratiques observées, les chercheurs ont d'abord eu quelques doutes: est-il vraiment possible de trouver un plus petit déterminateur commun? «Mais, au final, cette diversité nous a été favorable, explique Roland Pillonel. En effet, nous nous sommes vite rendu compte qu'il était vain de proposer une méthode unique. Nous avons alors examiné la question sous la forme d'une arborescence: si je décide de fonctionner sur dossier, vais-je oui ou non faire appel à un assistant de rédaction? Si oui, va-t-il simplement assister la rédaction ou la prendre entièrement à son compte? Cette manière d'aborder le processus nous a permis de poser les bonnes questions et de ne rien laisser ouvert, tout en gardant l'entière liberté de



© thinkstock

L'expérience professionnelle de Judith auprès des enfants peut-elle être quantifiée au niveau de son cursus académique? Validoss esquisse une réponse.

nous organiser en compatibilité avec les spécificités socio-professionnelles de chaque Etat.» Le résultat du travail de recherche se présente sous la forme d'un guide, dont la pièce maîtresse est un schéma à deux axes (phases du processus de validation et acteurs) qui présente justement les questions incontournables à chaque étape du processus de validation.

A titre personnel, Roland Pillonel est convaincu de la pertinence du système de VAE par dossier au niveau suisse. «Ici, le principe de base est que le savoir s'acquiert sur les bancs de l'Université. J'y adhère totalement. Néanmoins, l'évolution de la société, notamment au niveau de la mobilité des travailleurs dans l'espace européen, implique que le monde académique devra, au-delà du seul enseignement, se poser tôt ou tard la question de la VAE. Je ne vois, par contre, aucune utilité à la mise en place d'un consortium national chargé de gérer cette question. Je préfère, au contraire, laisser la liberté à chaque branche professionnelle de s'organiser selon ses besoins.» ■



Roland Pillonel est directeur du Centre d'enseignement et de recherche pour la formation à l'enseignement (CERF) de l'Université de Fribourg. Après un baccalauréat latin-grec, il obtient une licence en mathématiques et physique à l'Université de Fribourg, avant d'enseigner la physique au Collège St-Michel. Parallèlement, il se lance dans une licence en littérature slave, histoire et philosophie et obtient un doctorat en histoire. Au début des années 2000, il devient maître d'enseignement et recherche en didactique des mathématiques et physique au Service de Formation des Maîtres (SFM) de l'Alma mater fribourgeoise. A l'occasion de la création du CERF, il en devient le directeur, le 1<sup>er</sup> août 2007, poste qu'il occupe encore actuellement.

# La spirale de la délinquance juvénile

Pourquoi les jeunes délinquants récidivent-ils? Vaste question. En quête d'identité et d'une existence positive, les adolescents se construisent souvent sur le fil et ne sont pas toujours prêts à perdre certains acquis. Magali Jenny

Dans sa thèse de doctorat, Géraldine Duvanel Aouida, lectrice au Domaine sociologie, politiques sociales et travail social, s'est penchée sur le mécanisme, à composantes multiples, de la récidive délinquante de certains jeunes. En se basant sur les récits de vie approfondis de huit d'entre eux, elle souligne que le premier passage à l'acte représente plus une forme d'expérimentation qu'une volonté de s'inscrire durablement dans la criminalité. Si les statistiques liées à la délinquance des mineurs témoignent actuellement d'une certaine diminution du nombre d'infractions, elles indiquent également qu'une quantité importante de délits demeure le fait d'un petit groupe d'adolescents. Ces jeunes qui récidivent inquiètent les pouvoirs publics et placent les parents autant que les intervenants sociaux face aux limites de leur accompagnement.

En recherche d'identité et d'un statut social reconnu, d'une capacité d'action et d'une existence positive, les adolescents accordent peu d'importance au délit et s'intéressent plutôt à la double expérience que permet la récidive: la transformation de soi et le sentiment de contrôle. En effet, l'identité et, surtout, le statut, qui s'acquièrent dans la durée, offrent des potentialités. Cette dynamique relève de quatre processus d'ancrage: la désaffiliation ancrée (fragilisation des relations favorisant l'intégration et mobilisation de soi dans la marge); la construction dynamique (action sur soi-même dans une quête de capital de caïd); la définition de soi dans le temps et dans l'espace (évasion symbolique par l'émergence d'un capital de vedette); le repositionnement identitaire (justification et rationalisation de l'expérience). C'est la coexistence de ces processus qui explique la spirale de la délinquance. Ces

jeunes cherchent donc, non pas à s'inscrire volontairement dans un parcours de délinquance, mais à se mettre activement et impérativement en mouvement.

## Le caïd et la vedette

Devenir un caïd représente une quête pragmatique d'identité et de statut. «Le capital de caïd, composé de force et de témérité, se travaille petit à petit et passe forcément par la réalisation de délits», explique Géraldine Duvanel Aouida. En parallèle, la référence symbolique constante au mythe des stars à la réussite sociale glorieuse offre aux adolescents dépourvus de repères un univers symbolique qui donne sens à l'existence. «La vedette et le caïd sont deux faces d'une même réalité. Le capital de vedette offre des promesses d'avenir et permet de rationaliser le parcours en affichant de bonnes raisons d'agir ainsi. Cela dit, chez les jeunes interrogés, il n'y a aucune valorisation de la délinquance, qu'ils perçoivent comme un échec. Tous souhaitent s'en sortir. Vedette et caïd sont deux trajectoires d'évasion, l'une symbolique, l'autre matérialisée», précise la chercheuse. Et d'ajouter: «Elles permettent de contrecarrer un vide symbolique, une expérience d'aliénation, l'absence d'espoir, en somme, la captivité dans un contexte restrictif et néfaste.»

## La marge, y rester pour s'en sortir

Pour atteindre un nouveau statut, se transformer, mais aussi et surtout pour échapper à une vulnérabilité oppressante, l'adolescent construit et colore la marge. D'une marginalisation sociale subie, il entre, via l'expérience délinquante dans un «temps à part», qui favorise non seulement une diminution des tensions dues à l'insécurité, à

l'inquiétude, à l'isolement et au manque de considération, mais aussi une véritable réappropriation de soi. Ce moment particulier est l'occasion de se mettre à l'épreuve et de montrer sa force, sa détermination, sa nouvelle capacité d'action jusqu'alors entravée. «Les délits doivent permettre de prendre du pouvoir, de s'offrir une plus-value. Dans ce sens, ils permettent de ressentir une forme de désaliénation, tant ils donnent un sentiment d'emprise, la sensation d'être capable d'agir», précise la chercheuse. Ainsi, la marge favorise un agir émancipatoire et incarne la possibilité de se libérer, d'accéder à un statut porteur, de fuir la stagnation. Elle trahit une avidité de vivre.

### Spirale incontrôlable

La délinquance, pourtant, se transforme rapidement en spirale infernale qui renforce une vulnérabilité personnelle et sociale préexistante. Si l'expérience de délinquance permet effectivement de quitter une souffrance sociale contraignante, la libération n'est qu'éphémère et les désillusions sont multiples. Pour un jeune, par définition inscrit dans un temps d'expérimentation, rester durablement délinquant juvénile, c'est atteindre une forme d'emprise sur sa propre existence ainsi que des bénéfices identitaires majeurs. Par quoi faudrait-il remplacer cette marge sans perdre ce qui a été durement acquis? Géraldine Duvanel Aouida le sait bien: «La transition est très complexe. Sortir de la récidive délinquante, ce n'est pas uniquement renoncer à commettre des délits. C'est aussi tirer un trait sur l'idée forte que <mieux vaut être mauvais que n'être rien>; c'est surtout quitter un environnement dur, parfois intraitable, mais paradoxalement bénéfique. L'enjeu est de taille, puisque la marge fait office de trajectoire d'évasion.»

### Possible réinsertion?

Pour Géraldine Duvanel Aouida, il était impératif que les huit jeunes délinquants récidivistes interviewés à plusieurs reprises durant leur placement dans deux centres éducatifs fermés soient totalement volontaires. «Je ne voulais que des gens intéressés par la démarche. Ils ont donc eu le choix de participer et pouvaient, en tout temps, mettre fin aux rencontres. Pour livrer leurs récits de vie, les jeunes devaient se réapproprier leur propre histoire. Le temps accordé à l'entrée en relation était donc particulièrement important; il était impératif qu'ils comprennent quel était mon rôle et quels étaient mes intérêts. Une fois le cadre



Ni victimes, ni coupables, les jeunes se construisent souvent à la marge, explique Géraldine Duvanel.

de la démarche fixé et la confiance établie, certains ne voulaient plus arrêter de parler; d'autres souhaitaient que je revienne», se souvient-elle.

Grâce aux informations recueillies, la scientifique a découvert des éléments surprenants. Premièrement, elle a pu établir que les jeunes, généralement perçus de manière binaire par la société, soit comme victimes soit comme coupables, ne sont ni l'un ni l'autre et encore moins à mi-chemin entre les deux. Ils sont à la fois acteurs et captifs, ce qui en fait des individus certes entravés, mais dotés d'une force que les éducateurs devraient pouvoir mobiliser. Deuxièmement, elle a constaté que les délits occupent une place secondaire dans le récit des jeunes; en fait, ce sont plutôt les logiques de captivité ontologique – soit l'enfermement dans ce qu'ils sont et ne sont pas – et de marginalisation, basées sur un jugement d'infériorité, qui dominent. La posture de ces jeunes est également étonnante: «Il n'y a aucune déresponsabilisation. Ils ne portent pas uniquement la responsabilité de leurs délits, mais aussi de leurs échecs et de leur parcours qui ne répond pas – ils le savent – à ce qu'on attend d'eux», précise la chercheuse. Enfin, elle a relevé la force de construction de la marge, la mesure de sa profondeur et de son importance, la difficulté à la quitter.

La sensation de contrôle et de pouvoir ressentie à travers leurs délits permet aux jeunes récidivistes d'expérimenter un sentiment de désaliénation. Ni victimes, ni coupables, mais acteurs et captifs, ils s'installent dans la délinquance pour s'en sortir, pour ne pas tomber. L'unique réinsertion possible se base donc sur un travail multiple et la proposition d'une alternative valorisante et concrète pour construire une existence positive. ■



Lectrice auprès du Domaine sociologie, politiques sociales et travail social de l'Université de Fribourg, Géraldine Duvanel Aouida y a également obtenu son diplôme et sa licence en pédagogie spécialisée. Après avoir travaillé comme éducatrice d'internat, elle entame une thèse de doctorat en pédagogie spécialisée qu'elle poursuit, notamment, à l'INRS de Montréal. En 2014, elle cosigne avec Jocelyn Lachance un dossier intitulé «Paroles d'ados, tabous d'adultes». Sa thèse de doctorat «Rester pour s'en sortir. Logiques de récidive chez les jeunes en situation de délinquance», traitant des sujets qui lui tiennent à cœur, comme la sociologie de la délinquance et de l'éducation, la problématique du passage à l'âge adulte, la vulnérabilité et la marginalisation, a été récompensée par le Prix Vigener de la Faculté des lettres en 2015 et sera prochainement publiée aux Editions Academia Bruylant.

# Mögen und dies auch zugeben

Eine Studie von McDonald's zeigt: 80 Prozent der Bevölkerung weiss, dass McDo ausschliesslich Rindfleisch aus der Schweiz anbietet. Aber: Nur 40 Prozent glaubt es auch. Eine Herausforderung für Marketingchef Thomas Truttmann. Gian-Andri Casutt

## **Thomas Truttmann, Sie haben kürzlich an Ihrer Alma Mater einen Marketing-Kurs gehalten. Wie haben die Studierenden auf den polarisierenden Brand reagiert?**

Ich versuche immer offen und transparent zu sein und spule nicht die reine PR-Leier ab. Mein Ziel war es, die Studenten für die Möglichkeiten bei McDonald's zu begeistern. Sie sollen hinter die Kulissen blicken und ihre eigene Meinung bilden und nicht blind die Sicht repetieren, die sie aus der Presse kennen. Diese Offenheit in den Diskussionen kann durchaus überraschend sein.

## **Inwiefern überraschend?**

Nehmen wir die Freiheit der einzelnen Ländergesellschaften. Die meisten denken, es werde alles aus den USA gesteuert. Aber von allen Produkten bei McDonald's sind gerade mal fünf international fix vorgegeben. Darunter natürlich der BigMac. Wir beziehen beispielsweise über 80 Prozent der Rohstoffe aus dem Inland. Und mit hunderten von Schweizer Bauern gibt es über unsere Lieferanten fixe Abnahmeverträge.

## **Was ist an McDonald's polarisierend?**

Wir decken einerseits ein Grundbedürfnis ab: Die Ernährung. Die Schweizer mögen unser Angebot. So besuchen uns täglich rund 290'000 Gäste. Wir stehen aber, so der Eindruck, auch für einen amerikanischen Lifestyle, den viele etwas abschätzig betrachten. Da entsteht eine Diskrepanz zwischen mögen und dies auch zugeben.

## **Und was tun Sie dagegen?**

Wir haben eine klare Strategie und verfolgen einen langfristigen Plan. Wir müssen in der Beweisführung näher ans Herz. Daher starteten wir letztes Jahr auch die

Kampagne «Aus Freude am Essen» in der man «unsere» Bauern auf deren Feldern sieht. Jeder hat die Chance einen Bauern aus seiner Region zu sehen. Wir messen die Resultate monatlich und setzen weitere Messmethoden ein, um die Wirkung der Marketingmassnahmen in der Tiefe zu begreifen. Das ist zentral. Wenn man schon Mittel einsetzt, will man wissen, ob und wie es funktioniert.

## **Warum haben Sie als Zuger in Freiburg und nicht in Zürich studiert?**

Mein Vater hatte schon in Freiburg studiert. Er war Mitglied in einer Studentenverbindung und einmal im Jahr fand ein Stiftungsfest statt. Als Kinder sind meine Schwester und ich dann meistens mitgefahren. Das gab eine erste Beziehung zu Freiburg und zur Universität. Ausserdem wollte ich auf eigenen Füssen stehen und nicht von Zug nach Zürich pendeln.

## **Sie haben Freiburg nicht gewählt, um Französisch zu lernen?**

Nein, das hat keine Rolle gespielt. Leider. Jetzt bedaure ich ein wenig, dass ich das nicht besser genutzt habe. Allerdings habe ich hier die Westschweizer Lebensweise kennengelernt und das hat mir für später viel gebracht. Ohne meine Zeit in Freiburg würde ich heute kaum schon 11 Jahre in der Westschweiz arbeiten.

## **Wie gut sprechen Sie denn mittlerweile französisch?**

Sagen wir es einmal so: Ich habe mittlerweile eine völlige Lockerheit im Umgang mit der Sprache. Es geht mir nicht mehr darum wie im Gymnasium korrekt zu sein. Ich will, dass man mich versteht.

### **Sind Sie im Nachhinein zufrieden mit der Studienwahl?**

Ja. Es ist durchaus eine gute Basis für vieles. Wenn ich nochmal vor der Wahl stände, würde ich wahrscheinlich was Technisches an der ETH oder der EPFL machen und mir BWL-Wissen später aneignen.

### **Aus persönlichem Interesse oder wegen der Berufsaussichten?**

Es hat vielleicht etwas Romantisches, aber derzeit bin ich ja unter anderem verantwortlich für die Supply Chain (Lieferkette) bei McDonald's. Und ich bin immer wieder fasziniert von den Produktionsanlagen bei unseren Partnern, wie zum Beispiel bei Ospelt in Sargans. Sie stellen unsere Chicken McNuggets auf einer 60 Meter langen, topmodernen Anlage her. Es ist faszinierend, wie genau und hygienisch so eine grosse Anlage arbeitet. Die hochstehenden Rohstoffe werden äusserst sorgfältig verarbeitet und die Endprodukte mehrfach geprüft. Es erinnert grundsätzlich in der Logik an die Abläufe zu Hause, aber selbstverständlich ist alles sehr automatisiert, exakt und das Endprodukt somit ohne Wenn und Aber hochwertig.

### **Welche Professoren der Uni Freiburg haben Sie besonders geprägt?**

Einerseits Prof. Guy Kirsch im Fach «Neue politische Ökonomie». Er war ein guter Storyteller und ein kritischer Geist. Von ihm haben wir gelernt zu hinterfragen und selber zu denken. Oder Prof. Rudolf Grünig. Bei ihm haben wir mit Case Studies gearbeitet, wie ich es später auf den amerikanischen Unis ebenfalls erlebt habe. Ein noch immer zeitgemässer Approach, bei dem man die Anwendung direkt lernt.

### **Heute müssen auch Universitäten Marketing betreiben. Können Sie uns als Profi aus der Privatwirtschaft Tipps geben?**

Ich bin weit davon entfernt, Tipps an andere Branchen zu geben. Aber grundsätzlich muss man sicher drei Elemente klären. Erstens «Wofür steht die Universität Freiburg?». Um dies zu definieren, müssen alle involviert sein, nicht dass eine Fakultät doch ausschert. Zweites sollte man festlegen, wie man dies beweisen will; also eine klare Strategie und Taktiken festlegen. Und drittens braucht es Klarheit und Transparenz betreffend der Messung des Fortschritts.

### **Was ist für das Marketing im universitären Bereich wichtig?**

Als Arbeitgeber ist es manchmal echt schwierig zu sagen, ob jemand über einen



McDonald's Marketingchef Thomas Truttmann will näher ans Herz der Konsumenten.

weichgespülten Bachelor verfügt oder aber ein handfestes Diplom in der Tasche hat. Die Universität ist wichtig als Qualitätsgarant. Wer an der Universität Freiburg abgeschlossen hat, bringt eine gute Grundausbildung mit. Er oder sie ist kulturell offen, hat sprachliche Kompetenzen, weil er an einer zweisprachigen Uni war. Es geht letztlich um relevante USP gegenüber anderen Ausbildungsstätten.

### **Sie sind auch Alumnus unserer Universität. Haben solche Netzwerke Potenzial?**

Meines Erachtens hat ein Alumni-Netzwerk höchste Relevanz. Netzwerke sind heutzutage etwas vom wichtigsten überhaupt im Berufsleben. Interessanterweise habe ich aber mit der Thunderbird University in den USA mehr Kontakt als mit der Universität Freiburg.

### **Warum?**

Gerade gestern habe ich per Mail einen Reminder für ein Fondue-Essen der Schweizer Sektion erhalten. Dieses Alumni-Netzwerk wird sehr professionell betreut. Die Universität stellt die Infrastruktur und eine technische Plattform zur Verfügung. Belebt wird das Ganze dann von den Alumni selber. Wichtig ist, dass es spannende menschliche Kontakte bringt, die auch beruflich genutzt werden können. Ein wirklich gutes, aktuelles Adressverzeichnis mit Kompetenzen-Tags wäre gut. Die gemeinsame Vergangenheit an der Uni Freiburg ist ein guter Türöffner. ■

Thomas Truttmann arbeitet seit 2005 bei McDonald's in Crissier (VD). Er ist zuständig für die Bereiche Corporate Communication, Marketing und Public Affairs sowie für die Supply Chain. Davor war er zwei Jahre im Marketing von Unilever und fünf Jahre in den Bereichen Marketing und Innovation bei The Coca-Cola Company tätig. Für McDonald's Europa verantwortete er das Sport-Sponsoring im Rahmen der UEFA EURO 2012 und der London- sowie den Soochi-Olympics. Truttmann studierte von 1992 bis 1996 Marketing an der Universität Freiburg. Er ist verheiratet, Vater eines Sohnes und wohnt in Zug.



Das Thema steht quer zum öffentlichen Diskurs: Die «Verletzlichkeit» von Personen, die mit dem Gesetz in Konflikt gekommen, inhaftiert und zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden sind. Die Massenmedien, welche die öffentliche Meinung prägen, reden oft von «Kuscheljustiz», von einer zu nachsichtigen Haltung gegenüber Kriminellen und von zu grosszügigen Haftbedingungen. Im Gegensatz dazu richteten die 9. Freiburger Strafvollzugstage (Nov. 2014) den Blick auf Situationen in der Haft, in denen Personen, die Minderheiten angehören oder durch den Vollzug besonders «vulnerabel» werden, Risiko laufen, psychisch und physisch oder in ihren Rechten verletzt zu werden.

Die Verletzlichkeit (la vulnérabilité) ist nicht nur eine individuelle, sondern klar auch eine kontextuelle (wie z. B. im Gefängnis) und eine strukturelle (gesellschaftliche) Folge verschiedener ungünstiger Faktoren.

Bestimmte Personen sind im Freiheitsentzug nicht nur durch die räumliche Abgeschlossenheit vulnerabel, sondern sie sind zusätzlich aufgrund ihres Geschlechts, ihres Alters, ihrer sexuellen Orientierung, einer bestimmten Krankheit, wegen ihrer Herkunft oder auch in Folge einer bestimmten religiösen Praxis im Freiheitsentzug potentiell einer Reihe von Risiken ausgesetzt. Diese Personen befinden sich in grosser Abhängigkeit vom Strafvollzugspersonal.

Welche Risiken und Folgen haben Situationen und der Status der Verletzlichkeit im Freiheitsentzug? Sie können zu Misshandlungen, Stigmatisierungen und Isolation führen, Diskriminierungen und Machtmissbrauch durch die Behördenvertreter zur Folge haben. Sie können zum Misserfolg des Vollzugs der Sanktionen führen und folglich negative Wirkungen auf die soziale Wiedereingliederung haben.

Bund und Kantone haben den verfassungsmässigen Auftrag, die Risiken der Gefangenen, Schaden zu erleiden, zu verringern, also dass sie etwa keine Therapieplätze erhalten oder eine hohe Mortalitätsrate aufweisen. In den letzten dreissig Jahren hat die Anzahl der Einweisungen in der Schweiz abgenommen, aber die Dauer der Inhaftierungen hat laufend zugenommen. Es herrschen «kafkaeske Zustände», besonders in Bezug auf Artikel 59 des Strafgesetzbuchs, der stationäre therapeutische Massnahmen vorsieht, aber mit viel zu wenig spezialisierten Anstalten und Programmen.

Die Tagung beschäftigte sich auch mit der schwierigen Situation des Vollzugspersonals: mit dessen Belastungen und dem zunehmenden Druck, der nicht nur von der Überbelegung vieler Anstalten, sondern auch vom sensationshungrigen Blick der Medien herrührt. Es gilt, die Aus- und Weiterbildung des Vollzugspersonals zu verbessern. Und vor allem die psychische Widerstandskraft, also die «Resilienz» des Personals zu verstärken.

Eine positive Schlussfolgerung der 9. Freiburger Strafvollzugstage ist, dass es wichtig und möglich ist, die Personen, die zu Strafen und Massnahmen verurteilt worden sind, und die Fachleute, die die Betreuungsarbeit leisten, präventiv zu unterstützen. Eine solche präventive Aufmerksamkeit gehört heutzutage zu den «Best Practice» Standards des Justizvollzugs.

Quézel Nicolas, Noll Thomas, Von Mandach Laura, Delgrande Natalia (Eds.),

### **Verletzlichkeit und Risiko im Justizvollzug**

Bern, Stämpfli Verlag, 2015

ISBN 978 3 7272 7214 1



**Auszug** Das Konzept des autonomen Nachvollzugs, welches aus der integrationspolitischen «Not» eine helvetische «Tugend» zu machen versuchte, ermunterte nicht zuletzt die schweizerische Rechtswissenschaft, sich umfassender mit Europarecht auseinanderzusetzen. [...] Nicht ganz zufällig war es die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg, welche in der Schweiz als erste eine Lehrveranstaltung zum «Europäischen Privatrecht» ins universitäre Curriculum aufnahm und damit den Weg in die Zukunft wies.

**Inhalt** Das Institut für Europarecht der Universität Freiburg feierte 2015 sein 20-Jahr-Jubiläum. Zu diesem Anlass soll eine kleine Festschrift die Aktivitäten des Instituts und – vor allem – die Rolle und Bedeutung des Europarechts für die Schweiz aufzeigen. Neben einleitenden Beiträgen zu den Aktivitäten des Instituts befassen sich die Autoren in wissenschaftlichen Beiträgen mit ausgewählten europarechtlichen Problemstellungen des Privat- sowie des öffentlichen Rechts, die Bezüge zur Schweiz aufweisen oder aus schweizerischer Perspektive das europäische Recht analysieren, sowie mit den Schwierigkeiten bei der Übernahme europäischen Rechts durch die Schweiz.

**Lesewert** Die Festschrift richtet sich an alle, die sich für die Entwicklungen des EU-Rechts und deren Implikationen für die Schweiz interessieren oder in der Verwaltung oder ihrer beruflichen Praxis mit diesen konfrontiert sind.

Institut für Europarecht der Universität Freiburg (Hrsg.), Astrid Epiney, Sian Affolter

### **Die Schweiz und die europäische Integration: 20 Jahre Institut für Europarecht**

Forum Europarecht, Zürich: Schulthess 2015  
ISBN 978 3 7255 7413 1



En 1963 déjà, dans son arrêt *Van Gend & Loos*, la Cour de justice de l'Union européenne (CJUE) qualifiait l'ordre juridique européen de « nouvel ordre juridique de droit international ». Quelques années plus tard, dans son *Avis 1/91*, la Cour ne parlait plus que d'un « nouvel ordre juridique » tout court, émancipant ainsi peut-être le droit de l'Union européenne (UE) de ses origines de droit international.

A ce jour, la question de la qualification juridique internationale du droit de l'Union européenne (UE) demeure contestée, comme celle des relations entre droit de l'Union et droit international plus généralement. Récemment, la question de la priorité des résolutions du Conseil de sécurité des Nations Unies sur le droit de l'UE, celle de l'adhésion de l'UE à la Convention européenne des droits de l'homme ou encore celle de l'effet direct des décisions prises par l'Organisation mondiale du commerce en droit de l'UE ont toutes confirmé la difficulté de ces rapports. Dernièrement, c'est le retour des méthodes intergouvernementales du droit international en droit de l'UE et, notamment, dans les relations entre Etats membres de l'UE dans le cadre de la gestion de la crise financière, mais aussi l'*Avis 2/13* et ses conséquences pour les futurs accords internationaux de l'UE et de ses Etats membres, qui nous rappellent encore le caractère profondément indéterminé de la place de l'UE en droit international.

#### Positionnement helvétique

La question des relations entre droit de l'UE et droit international est particulièrement importante pour la Suisse. En effet, ses accords bilatéraux avec l'UE sont conclus comme des traités internationaux et relèvent donc du droit international pour ce qui a trait à leur interprétation et mise en œuvre par les autorités suisses. Ils ont néanmoins un contenu matériel de droit de l'UE, dont l'interprétation pour les Etats membres de l'UE par la CJUE se fait selon des méthodes propres au droit de l'UE. Ce sont d'ailleurs, notamment, ces différences dans les modalités d'interprétation et de mise en œuvre de ces accords par leurs partis qui sont à l'origine du projet d'accord institutionnel entre la Suisse et l'UE.

L'ouvrage *L'Union européenne et le droit international – The European Union and International Law* réunit les actes du colloque doctoral qui a eu lieu les 16 et 17 avril 2015 à l'Université de Fribourg. Il s'agissait du dernier colloque doctoral de l'École doctorale romande sur les fondements du droit international et européen (MF Pro-Doc FNS 2008–11 et 2011–15). Ce programme doctoral, administré depuis l'Institut de droit européen de l'Université de Fribourg par la Prof. Samantha Besson, a réuni des doctorants en droit international et européen des quatre universités romandes et a proposé différentes activités d'encadrement portant sur les fondements et le contexte du droit européen en philosophie, histoire et économie.

Edité par les Professeurs Samantha Besson (Fribourg) et Nicolas Levrat (Genève) en collaboration avec la Dre Pola Cebulak (Fribourg et Genève), ce livre comprend des contributions, en français et en anglais, de doctorants suisses et européens, dont plusieurs doctorants fribourgeois (Odile Ammann, Stéphanie Colella, Gaëlle Mieli), et d'intervenants spécialisés, invités au colloque, issus du monde académique et de la pratique judiciaire européenne. Les thèmes traités vont des immunités de droit international de l'UE et des Etats à la place du droit coutumier international en droit de l'UE en passant par les rapports entre droits fondamentaux de l'UE et droit international des droits de l'homme.

---

Samantha Besson et Nicolas Levrat (éds.), avec la collab. de Pola Cebulak  
**L'Union européenne et le droit international / The European Union and International Law**  
Schulthess, 2015  
ISBN 978 3 7255 8550 2



**Extrait** « A l'époque qui voit naître Rabelais-écrivain, la Renaissance est, déjà, « moins un programme qu'un rêve perdu ». C'est cette inquiétude-là que j'ai voulu interroger avec et à partir de Rabelais. Pour des raisons historiques, mais aussi parce que, contrairement aux images trop réconfortantes d'une Renaissance réduite à une image d'Epinal, cette inquiétude est, me semble-t-il, encore capable de nous aider à mieux comprendre les contradictions de cette autre modernité, la nôtre. [...] S'il est difficile de dégager de son texte un message clair, l'homme Rabelais nous échappe à son tour. Ce que, par contre, nous pouvons retracer, ce sont les effets qu'auront produits ses écrits. Effets qui prennent la forme de témoignages de lecture, de critiques, de citations ou de réécritures, voire même de réappropriations, fidèles ou infidèles, de son texte. Traces produites par d'autres, plus ou moins bons lecteurs, et qui ne permettent certes pas de remonter aux intentions de Rabelais, mais qui disent quelque chose de l'efficacité de son texte, sa capacité à créer du sens. Et l'obscur est précisément un des effets majeurs produits par le texte rabelaisien »

**Description** Le présent ouvrage offre la première monographie consacrée à l'une des dimensions les plus controversées de l'œuvre rabelaisienne: la question de son obscurité. L'angle retenu est celui des enjeux herméneutiques qu'engagent les représentations troubles qui informent l'écriture de Rabelais dans le contexte d'un XVI<sup>e</sup> siècle qui multiplie les interrogations sur la nature et la valeur des signes. Il s'agit ainsi de mieux saisir le sens à donner à cette notion d'obscurité dans l'horizon historique et critique de la Renaissance et, en même temps, de comprendre le rôle qui revient à Rabelais et à sa langue dans la formation des représentations modernes de l'obscur.

**Pourquoi le lire?** Le livre s'adresse aux spécialistes et amateurs de la littérature française du XVI<sup>e</sup> siècle, de la Renaissance et, plus généralement, de la modernité artistique et littéraire.

---

Peter Frei  
**François Rabelais et le scandale de la modernité**  
Droz, 2015  
ISBN 978 2 600 01952 1

## ■ ERC für Big Data

Der Europäische Forschungsrat hat Philippe Cudré-Mauroux ein Stipendium von 2 Millionen Euro zugesprochen. Mit dem ERC Consolidator Grant wird der Professor für Informatik sein Big-Data-Projekt finanzieren – ein Forschungsgebiet das immer wichtiger wird. «Wenn wir es schaffen, diese enormen Datenmengen zu extrahieren und zu analysieren, können wir aussagekräftige Modelle schaffen, um genaue Prognosen zu treffen. So können wir vielleicht bald Börsenkurse, Verkehrsstaus oder Konsumentenverhalten vorherzusagen», hofft Cudré-Mauroux.

## ■ Mieux comprendre Alzheimer

Des changements dans la signalisation de notre cerveau peuvent provoquer une perte de la mémoire, comme c'est le cas pour les personnes atteintes de la maladie d'Alzheimer. Le groupe de recherche de la Dre Lavinia Alberi du Département de médecine de l'Université de Fribourg est parvenu à déchiffrer des processus moléculaires majeurs, éléments clés de la mémoire et de l'apprentissage. Au centre de cette étude, la signalisation Notch1, d'une importance capitale dans la médecine régénératrice. Depuis une dizaine d'années, Lavinia Alberi s'intéresse au rôle joué par le récepteur Notch1 et la voie de signalisation du même nom, qui permet la communication directe entre cellules voisines. Son équipe a pu déterminer la fonction essentielle de cette signalisation dans le processus d'apprentissage. Les scientifiques ont apporté la preuve que le Notch1 régule d'autres récepteurs synaptiques – membranaires – essentiels dans la transmission d'informations entre les cellules nerveuses. Par conséquent, certains changements du signal Notch1 influencent négativement la mémoire et peuvent contribuer au développement d'une démence. L'étude a été financée par le Fonds national suisse pour la recherche FNR et la Fondation Synapsis Recherche Alzheimer suisse RAS. Les résultats viennent d'être publiés dans la dernière édition de la plateforme en libre accès «Frontiers in Cellular Neuroscience».

## ■ Kopflös im Tierreich

Der Wurm mit dem stattlichen Namen *Symsagittifera roscoffensis* ist zu Erstaunlichem fähig: Nicht nur wächst dem Urtier nach einer Enthauptung der Kopf nach; auch die zuvor beherrschten Fähigkeiten kehren grösstenteils zurück. Prof. Simon Sprechers Forschung an der Universität Freiburg beweist das Vorhandensein eines Gehirns beim *S. roscoffensis* und analysiert

die Regenerationsfähigkeit und das Verhalten dieser Tiere. Untersucht hat der Biologe der Universität Freiburg drei Verhaltensweisen: Die Bewegung zum Licht hin, das Schwimmen nach unten und die Körperkontraktion bei heftigem Schüttelstimulus. Kopflös waren die Würmer einzig noch in der Lage sich zusammenzuziehen, wenn sie geschüttelt werden – diese Reaktion ist also nicht an ein Hirn gekoppelt. Die rasche Verschiebung zum Licht hin (Phototaxis) unternahmen sie sofort nach der Regeneration des Kopfes wieder. Die Abwärtsbewegung im Wasser (Geotaxis) blieb gänzlich aus. Im Rahmen der Verhaltenstests an den Acoelen hat Sprecher auch aufgezeigt, dass die evolutionsbiologisch gesehen wohl ältesten Tiere tatsächlich über ein Gehirn verfügen. Es ist ihm gelungen, mit einem neuen Marker das gesamte Nervennetz anzufärben und anhand der Struktur klar das Vorhandensein eines Gehirns zu identifizieren. Prof. Sprechers Arbeit konzentriert sich auf die Erforschung des Gehirns, dessen Funktionsweisen noch immer zum grössten Teil unverstanden sind.

## ■ Thérapies plus personnalisées

Une thérapie ciblant les vaisseaux sanguins qui nourrissent une tumeur a également des effets sur les globules blancs. L'Avastin® est un médicament conçu pour empêcher la formation de vaisseaux sanguins nourrissant la tumeur. Pour mieux comprendre ses effets, Sarah Cattin, du Laboratoire de pathologie de l'Université de Fribourg, a collaboré avec le Dr Gregor Fürstenberg du Centre anticancéreux ZeTuP de St-Gall et le Dr Benoît Fellay de l'HFR, sous la direction du Prof. Curzio Rüegg. Ils ont étudié des patientes atteintes de cancer du sein présentant des métastases traitées par chimiothérapie avec ou sans Avastin®. Leurs résultats montrent que, par rapport à des personnes saines, les patientes ont, dans le sang, un taux élevé de globules blancs (monocytes) spécifiques, connus pour faciliter la croissance tumorale. Le traitement avec Avastin® diminue leur nombre et inhibe leur fonction. La thérapie avec Avastin® a donc des effets qui vont bien au delà des résultats escomptés sur les vaisseaux tumoraux. Ce traitement pourrait ainsi stimuler la réponse immunitaire anti-tumorale innée chez certains patients. Ces résultats ont des implications potentielles pour les patientes atteintes de cancer du sein. D'une part, ils pourraient permettre d'identifier les patientes susceptibles de bénéficier de ce type de traitement par une simple prise de sang, afin de

leur proposer une «thérapie personnalisée». D'autre part, il devrait être possible d'offrir à ces patientes de nouvelles combinaisons thérapeutiques empêchant la croissance de nouveaux vaisseaux sanguins, par exemple en complément de l'immunothérapie.

## Statuten fürs SZIG

Mit der Annahme der Statuten des Schweizerischen Zentrums für Islam und Gesellschaft durch den Senat der Universität Freiburg erhält das Zentrum eine inter fakultäre Struktur. Das SZIG wird nun gemeinsam von der Theologischen, der Rechtswissenschaftlichen und der Philosophischen Fakultät getragen. Der Erlass der Statuten und die damit geschaffene rechtliche Verankerung des Zentrums ist ein wichtiger Schritt des seit Januar 2015 begonnenen Aufbaus. Die offizielle Eröffnungsfeier des Zentrums unter der Leitung von PD Dr. Hansjörg Schmid und Dr. Serdar Kurnaz soll im ersten Halbjahr 2016 stattfinden. Die mit dem Schweizerischen Zentrum für Islam und Gesellschaft bezweckte schweizweite, interdisziplinäre akademische Plattform für die Thematik «Islam und Gesellschaft» leistet einen wichtigen Beitrag zum Zusammenleben verschiedener Religionen und Kulturen in der Schweiz.

Magazine scientifique de l'Université de Fribourg  
n° 3 – 2015/2016, ISSN 1663 8026  
Unicom Communication & Médias  
Université de Fribourg  
Av. de l'Europe 20, 1700 Fribourg  
026 300 70 34  
www.unifr.ch/unicom  
communication@unifr.ch

Rédactrice en chef  
Claudia Brühlhart

Rédactrice en chef adjointe  
Farida Khali

Rédacteurs  
Christian Doninelli, Roland Fischer, Magali Jenny,  
Philippe Morel, Daniel Ryser

Secrétariat  
Antonia Rodriguez, Marie-Claude Clément

Graphisme  
Daniel Wynistorf

Tirage 9'000 exemplaires, papier FSC certifié  
Imprimerie Canisius, Fribourg

Prochaine parution  
Juin 2016